

editorial

Das griechische Wort »Synagoge« gibt sinngemäß den hebräischen Begriff *Bet ha-Knesset* wieder, was »Haus der Versammlung«, »der Zusammenkunft« bedeutet. Außerdem wird eine Synagoge als *Bet Tefilla*, als Gebethaus, bezeichnet, vor allem jedoch als »Schul«, als Ort des Lernens. Somit war und ist sie der zentrale Ort einer jüdischen Gemeinde, als Ort des gemeinsamen Gebets und als Lern- und als Versammlungsort.

Was wird nun aus einer Synagoge, wenn die Gemeinde nicht mehr existiert, weil ihre Mitglieder vertrieben oder ermordet wurden, weil die aus der Emigration Heimgekehrten so wenige sind, dass keine Gemeinde mehr entstehen oder die Synagoge nicht erhalten werden kann?

Die Geschichte der Synagogen Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg wird im vorliegenden Heft an Beispielen aus unterschiedlichen Regionen mit unterschiedlichen historischen Voraussetzungen dargestellt. Mit jedem jüdischen Sakralgebäude ist die Geschichte einer jüdischen Gemeinschaft und eines Ortes verbunden. Es ist gleichzeitig auch die Geschichte der Mehrheitsgesellschaft und deren Umgang mit der jüdischen Minderheit bzw. den baulichen Überresten, die von dieser noch erhalten geblieben sind.

Philipp Mettauer und Christoph Lind gehen in ihren Beiträgen der Geschichte der nunmehr Ehemaligen Synagoge St. Pölten nach. Die Aufarbeitung von Prozessakten zur Devastierung des Gotteshauses im November 1938 zeigt die im Prozess fehlende Objektivität ebenso wie den wenig schuldbewussten Umgang mit den Geschehnissen zu Zeiten des Nationalsozialismus in den Jahren nach dem Kriegsende. Die Geschichte der Renovierung des ruinösen Gebäudes in den 1980er Jahren macht einen Bewusstseinswandel deutlich. Die Bedeutung des Gebäudes als erhaltenswertes Kulturgut war damit klar definiert, nicht jedoch die Nutzung des seines Zwecks beraubten Baus. Gerade in letzter Zeit wird die sinnvolle Verwendung wieder diskutiert.

Ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein zeigt auch deutlich das von Georg Traska beschriebene, aus einer Privatinitiative hervorgegangene Projekt »Herklotzgasse 21« und der daraus resultierenden Einrichtung des Gedenkortes »Turnertempel«.

Einen anderen Weg des Umgangs mit den wenig ruhmreichen Kapiteln der jüngeren Geschichte wählte

die Stadt Graz. Dort wurde am Ort der zerstörten Synagoge ein neues Sakralgebäude errichtet und der jüdischen Gemeinde, die den Wunsch nach solch einem Bau eigentlich nicht hatte, übergeben. Die Nutzung dieses Neubaus durch eine nur kleine Gemeinschaft gibt immer wieder Anlass zu Diskussionen, da dem Haus weitere Funktionen – Erinnerungsort, Gedenkstätte – zuge-dacht werden, die jedoch nicht von allen Seiten auf Zustimmung stoßen.

Katrin Kessler und Ulrich Knufinke widmen sich in ihrem gemeinsamen Beitrag der sakralen Topographie Berlins. *Als eine Minderheit, die sich sakrale Orte geschaffen hat und schafft, sind in Deutschland die jüdischen Gemeinschaften zu betrachten, deren »Topographie« infolge der Zerstörungen in der Zeit des Nationalsozialismus eine in mehrfacher Hinsicht gebrochene ist.* Der Umgang mit diesem Bruch, das Aufzeigen des Zerstörten und Verschwundenen und die Bewusstmachung durch neuerliche Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist eines der Ziele des im Artikel beschriebenen Projekts.

Dem ländlichen Raum Unterfrankens mit seinen Synagogen wie auch anderen Baudenkmalern jüdischer Geschichte widmet sich Rebekka Denz in ihren Ausführungen und zeigt, wie unterschiedlich Gedenkkultur in einer Region abhängig von den jeweiligen lokalen Akteuren funktioniert.

Dem Schicksal der jüdischen Gemeinden von Krakau und Breslau widmet sich Katharina Friedla und zeigt, dass die Realisierung und Akzeptanz der eigenen jüdischen Geschichte in Polen erst in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, einhergehend mit einer stark touristischen Komponente, aus deren Vereinnahmung sich die kleinen jüdischen Gemeinschaften erst befreien mussten.

Die Geschichte der zahlreichen Synagogen von Czernowitz stellt Benjamin Grilj im abschließenden Beitrag vor und macht deutlich, wie wechselnde Herrschaftsverhältnisse das Leben der jüdischen Einwohner und ihrer Gebäude beeinflussten.

»Wer kann den Judentempel brauchen?« (NÖN, 4. 3. 1975) – eine immer noch aktuelle Frage für die historische Forschung, architektonische Rekonstruktion sowie die aktuelle Gedenkpolitik und lokale Erinnerungsarbeit. *Sabine Hödl*

Strafsache **Novemberpogrom.**

Philipp Mettauert

Mitten in einer deutschen Stadt – und das ist doch Sankt Pölten, oder nicht? – erhebt sich da ein morgenländisches Gebäude, krause Schriftzeichen »zieren« seine Vorderfront und ein Stern erhebt sich auf der Kuppel, den wir in unserem Himmel gerne entbehren. Wenn dieser Bau einmal ohne Sinn und Zweck dasteht, und das wird er bald (es ist klar, hier ist die Ostmark beispielgebend), dann wird er einem »repräsentativen« Gebäude Platz machen!?! Ist es uns gelungen, das Geschäftsleben in unserer Stadt von Fremden zu säubern, so müssen auch die äußeren Erscheinungen folgen.¹

Mit dieser journalistischen Hetze vom 5. November 1938 begann ein Zerstörungs- und Gewaltakt, dessen juristische Aufarbeitung dreizehneinhalb Jahre später, am 11. März 1952, am Kreisgericht St. Pölten mit dem Freispruch des letzten Angeklagten endete. Die Urteilsbegründung lautete wie folgt:

Der Angeklagte wird von der Anklage, er habe am 10. 11. 1938 in St. Pölten fremdes Eigentum im Werte von ungefähr 300.000 S dadurch beschädigt, daß er im Zusammenwirken mit dritten Personen den Tempel der israelitischen Kultusgemeinde teilweise zerstörte, und habe hiedurch das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums nach §85 a StG. begangen, gemäss §259/3 St.PO freigesprochen. [...]

Gleichwohl steht ihm kein Entschädigungsanspruch zu, weil der auf ihm ruhende Verdacht durch das Beweisverfahren nicht völlig entkräftet wurde. Wie er selbst zugeibt, hat er sich um die Aufnahme in die SS beworben und hat sich zur Tatzeit am Tatort befunden und sich unter den an der Zerstörung des Judentempels beteiligten SA- und SS-Leuten bewegt, weshalb anzunehmen ist, dass auch er selbst Zerstörungshandlungen gesetzt hat, wenn gleich durch die Zeugen derartige Handlungen nicht mit voller Sicherheit bestätigt werden konnten.²



Damals war ganz St. Pölten auf den Beinen, als es hieß, der Judentempel brennt

Der Ursprung der juristischen Aufarbeitung des Novemberpogroms in St. Pölten liegt in zwei Koffern mit Kleidungsstücken und Mänteln, die eine »Reichsdeutsche« auf ihrer Flucht in Wien zurückgelassen hatte. Diese ihm anvertrauten Gegenstände hätte der spätere Hauptangeklagte Eugen Brandstetter betrügerisch ent-

Der Fall St. Pölten 1946–1952

Ein Stoßtrupp beim Einmarsch deutscher Truppen vor St. Pölten © Bildarchiv Austria, ÖNB

Linke Seite: »Mittagsrast in St. Pölten, 14. März '38.«
Hitler am Fenster des Hotels Pittner © Bildarchiv Austria, ÖNB



wendet, weswegen im November 1945 ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, das in erster Instanz zu einer Verurteilung zu drei Monaten Kerker führte. Aufgrund seiner Berufung musste die Haftstrafe allerdings nicht angetreten werden, das Verfahren vor dem Straflandesgericht Wien war weiter anhängig.

Im Zuge dessen wurden weitere Ermittlungen angestellt und Brandstetter aufgrund ganz anderer Verdachtsmomente, gemäß §8 Verbotsgesetz, §7 Wahlgesetz sowie §4 Kriegsverbrechergesetz³ im April 1946 für rund ein Jahr in Untersuchungshaft genommen. Die Polizeidirektion informierte die Staatsanwaltschaft Wien: *B. gehörte seit 1938 der SS an und wurde auch von Zeugen in der SS-Uniform gesehen. [...] B. ließ sich nicht registrieren und beteiligte sich an der Wahl [zum Nationalrat 1945]. B. befindet sich seit 1.4. 1946 im Polizeigefangenenhaus Rossauerlande.*⁴

Der im Zuge dieser Ermittlungen vom Polizeikommissariat einvernommene Wilhelm Schuldes hatte Brandstetter schwer belastet. Dieser sei nicht nur *jedenfalls ein fanatischer SS-Angehöriger* gewesen, sondern auch bei der *Zertrümmerung des Judentempels in St. Pölten maßgebend beteiligt* gewesen und habe sich *auch als Aufseher bei verschiedenen Ausschreitungen gegen Juden beteiligt*.

In den Vormittagsstunden *glaublich zwischen 8 oder 9 Uhr* habe sich Schuldes zum Tatort begeben. *Als wir ankamen waren die Strassen vor dem Judentempel von Leuten umringt, welche das Geschehen beobachteten. Ich sah damals unter den SS-Angehörigen viele St. Pöltner Bekannte: Eugen Brandstetter, der mir von früher aus meiner Schulzeit bekannt ist, Luger, der Sohn eines Gastwirtes in St. Pölten, Promenade, Fritz und Ernst Witzany, Söhne des Rauchfangkehrermeisters Haiderer, Futschik Johann, besonders hervorgetan haben sich auch Matzer und Kalteis.*

Ich war nicht uniformiert und trug auch keine Stiefel

Der Hauptangeklagte Eugen Brandstetter, 1916 in Brünn geboren, absolvierte die Volks-, Bürger- und Gewerbeschule in St. Pölten und lernte danach in der Eisenhandlung Benedikt in der Wiener Straße den kaufmännischen Beruf. Noch vor Beendigung der Lehrzeit verdingte er sich allerdings als Berufsfußballspieler in St. Pölten und Wien und wurde Mitglied im Deutschen Turnerbund. Dieser hatte bereits 1889 den »Arierparagrafen« eingeführt, weshalb es Brandstetter wichtig erschien, in einer Niederschrift, aufgenommen von der Polizeidirektion Wien am 1. Juni 1946, folgendes zu Protokoll zu geben:

Ich war nur wegen des Sports beim Turnverein. Ich habe mich nie politisch betätigt. Ich habe sowohl in nationalen, so wie auch in christlichen Kreisen verkehrt. Ich pflegte auch Verkehr mit Juden. Letzteres dürfte der Wahrheit entsprochen haben, Melanie Benedikt, die Gattin des Eisenhändlers, war Jüdin und überlebte die NS-Zeit nur aufgrund ihrer »privilegierten Mischehe«.

Der in derselben Gasse wie Brandstetter wohnende Hermann Pimper hätte ihn dazu überredet, zur SS und zur Partei zu gehen. *Ich wurde nach St. Pölten, Karmeliterhof, gewiesen. Dort erhielt ich eine SS-Uniform und in dieser sollte ich nach Wien fahren, um mich beim Gauleiter Dr. Jury vorzustellen. [...] Ich kann mich nicht erinnern, jemals irgend ein Formular wegen Aufnahme in die SS unterschrieben zu haben.*⁵

Bemerkenswerterweise wurden diese Ausführungen nicht beanstandet, obwohl die Aufnahme in die SS ein Prozedere war, das durch verschiedene »rassenhygienische« und politische Prüfungen in der Regel bis zu einem Jahr dauerte und einen ca. 50-seitigen Personalakt umfasste. Erst wenn ein Bewerber als geeignet eingestuft wurde, erhielt er am 9. November, dem Gedenktag an den Hitlerputsch 1923 in München, seine Uniform, vorläufig ohne Kragenspiegel. Auf deren missbräuchliche Verwendung standen hohe Strafen.

Ich fuhr nach Wien, doch konnte ich zum Gauleiter nicht vorkommen. Ich fuhr damals nach Hause und kümmerte mich überhaupt nicht mehr trotz wiederholter Aufforderung um die SS. Die Uniform hingte ich in den Kasten und [sie] wurde später, wie mir meine Mutter mitteilte, abgeholt. [...] Bis zu meiner Einberufung im Oktober 1939 habe ich mit keinerlei Parteistellen, SS- oder SA-Stellen zu tun gehabt.

Erst nach weiteren Einvernahmen wird Brandstetter zugeben, Telefondienst für die SS geleistet zu haben. In seinen weiteren Ausführungen versuchte sich der Ange-



klagte, der sich offensichtlich schon längere Zeit illegal für die NSDAP betätigt hatte, als politisches Opfer des »austrofaschistischen Ständestaates« darzustellen. *Anlässlich der Arbeiterunruhen im Jahre 1934* sei seine Wohnung durchsucht worden, anlässlich einer Demonstration am St. Pöltner Bahnhof sei er mitverhaftet worden und 24 Stunden in Arrest gewesen. Erst nachträglich hätte er erfahren, dass es sich um »eine NS-Demonstration« gehandelt hatte. Und schließlich wäre er ein zweites Mal verhaftet worden, als die »ostmärkischen Sturmcharen«, eine paramilitärische Wehrformation der katholischen Jugend, in der Kremsergasse sämtliche Passanten anhielten und perlustrierten.

Nach dem »Einmarsch der Deutschen« habe er zwar von Ausschreitungen gegen die Juden, Misshandlungen, Plünderungen und Arisierungen »gehört«, wäre jedoch an keinerlei solchen Aktionen beteiligt gewesen. Auch wisse er davon, *dass damals die Juden aus ihren Wohnungen geholt und mit Autos weggeführt wurden.*



Die Synagoge in den 1950er Jahren © Niederösterreichische Landesbibliothek

Am 2. September 1939 hatten Eugen Brandstetter und Stephanie Gerlach, am 10. November 1918 in Wien geboren, Hochzeit gefeiert. Als Zeugin einvernommen erklärte sie am 3. Juni 1946, dass sie trotz Vorlage entsprechender Dokumente nichts davon wisse, dass ihr Mann der SS angehörte. Auch über die Zerstörungen der St. Pöltner Synagoge habe dieser nie ein Wort verloren.

Die Vernehmung weiterer Zeugen brachte keine neuen Erkenntnisse: Der Nachbar eines Angeklagten, Franz Brunner, der aus »Neugierde zum Tempel« gefahren wäre, eröffnete seine Aussage im Mai 1949 mit den Worten: *Es ist schon so lange her, dass ich nicht einmal mehr weiss, mit wem ich dort hingegangen bin. [...] Ich kann mich [...] an nichts mehr erinnern.* Die Nachbarin Theresia Sekyra gab zu Bedenken: *Ich bin sehr vergesslich.* Sie wisse auch nicht mehr, *ob der Judentempel damals im Frühjahr oder Herbst brannte.*

Bereits kurz nach der Befreiung lautete die Strategie im Umgang mit dem Nationalsozialismus demnach Amnesie, Unwissenheit und Schweigen. Unabhängige, mit größerer Erinnerungskraft ausgestattete Zeugen wurden nicht mehr vernommen, stattdessen sagten Brandstetters Familienangehörige aus. Für die Mutter wäre überhaupt der ganze Prozess unverständlich, denn ihr Sohn hat sich niemals um Politik gekümmert, für ihn war das Fussballspielen alles. Dem Ziehvater Rudolf war ebenso nichts Näheres bekannt, sein Schwager Franz Bruckner hätte Brandstetter *in der Nacht, in der der Judentempel angezündet wurde*, zu Hause vorgefunden, und sein Onkel Josef Simonik könne lediglich

davon berichten, dass *im Kaffeehaus Brunnngasse diskutiert [wurde] ob Brandstetter NSDAP Mitglied war.* Bei der folgenden neuerlichen Einvernahme verwickelte sich dieser jedoch in Widersprüche:

Von dem Brande des Tempels habe ich meiner Frau erzählt. Ich kam nämlich am Tage nach dem Tempelbrand in St. Pölten auf Besuch zu meiner Frau. Sie wohnte damals in der Grünen Torgasse [in Wien] gegenüber dem jüdischen Tempel, welcher noch eine rauchende Brandruine war. Im damaligen allgemeinen Gespräch erwähnte ich auch, daß in St. Pölten der Tempel ebenfalls gesprengt und angezündet wurde.

Einen Tag nach dem Pogrom und dem Geburtstag von Stephanie Gerlach, Brandstetters damaliger Braut, unterhielten sich die beiden demnach über die Vereinssynagoge Müllnergasse im Servitenviertel, die den Haupteingang in der Grünentorgasse 13, vis-à-vis ihrer Wohnung in Wien hatte.

Über die Verwüstungen der St. Pöltner Synagoge konnte Brandstetter detailliert Auskunft geben: *Als ich um ca. 8 Uhr früh, nachdem mich Pimper von zuhause abholte, zum Judentempel kam, sah ich, wie man im Vorgarten zu dem Tempel Papier, Fetzen und anderes zusammenwarf und anzündete. Es hat schon gebrannt, als ich hinkam. Ich sah, wie man die Fenster einschlug, weiters sah ich einen Mann auf die Kuppel klettern, welcher den Zionstern abriß und auf die Straße warf. Es war dies Anton Kalteis, welchen ich auch von der SS kannte. Er wohnte damals in St. Pölten und arbeitet als kaufmännischer Angestellter bei der Firma Kinzl [richtig: Kienzl] in St. Pölten, Riemerplatz.*



Die Synagoge in den 1950er Jahren © Niederösterreichische Landesbibliothek

Rechts: Stiegenaufgang zur Frauengalerie 1981 © Injoest, Foto: Hans Marsam

Bei den brennenden »Fetzen« handelte es sich vermutlich um den Thoravorhang und liturgische Gewänder, beim »Papier« um Gebetbücher und möglicherweise um Teile des Archivs der jüdischen Gemeinde und der Bibliothek.

Denn es ist zweifellos unmöglich, bei einer solchen Volksmenge einen einzelnen Mann im Auge behalten zu können

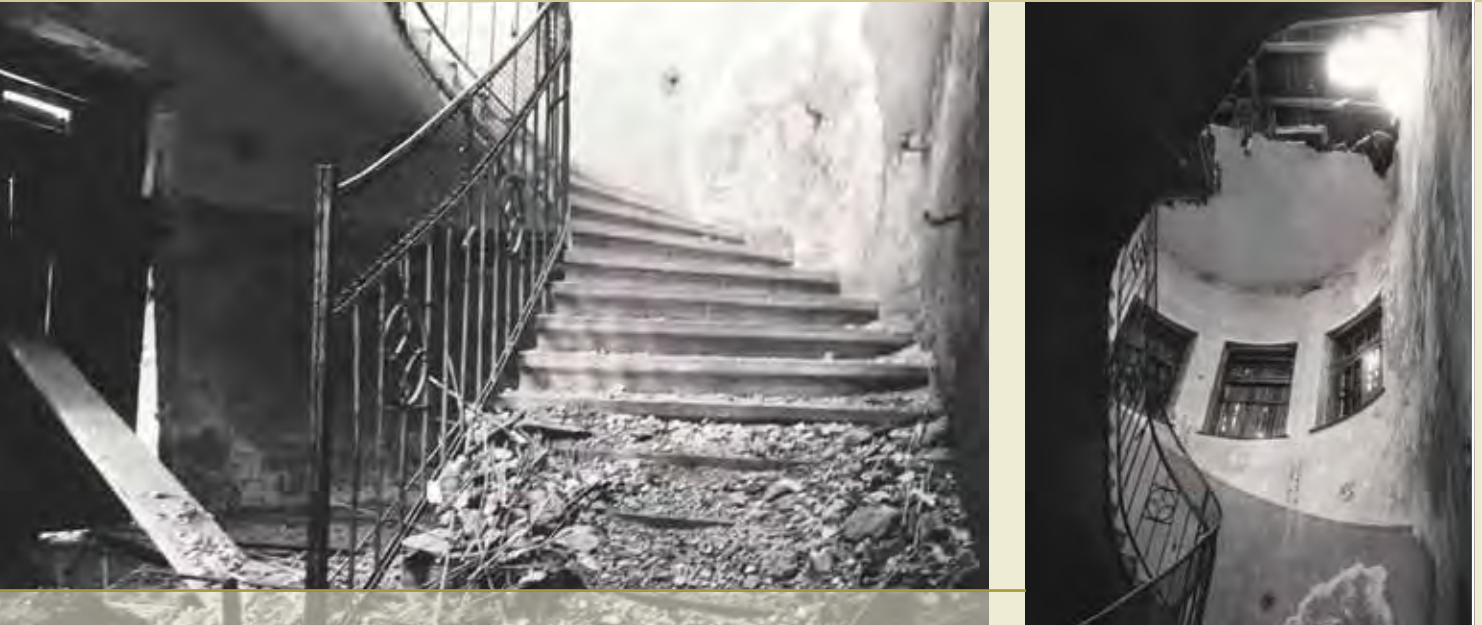
Die Ausforschungen des Anton Kalteis dauerten drei Jahre und gestalteten sich einigermaßen mysteriös. Zunächst wurde fälschlicherweise nach einem Kalteis N. gesucht, am 2. August 1949 konnte die Kriminalabteilung des Bundespolizeikommissariats St. Pölten schließlich mitteilen, *dass der in Frage stehende Kalteis Anton seit 1945 vermisst ist*. Befragt wurde stattdessen Kalteis Karl, Fleischhauermeister in Hofstetten an der Pielach, der allerdings keinerlei Auskunft geben konnte. In einem Schreiben vom 17. Juli 1950 wiederum berichtete das Polizeikommissariat schlussendlich, *dass der Zion-Stern von einem Teilnehmer der Aktion namens Julius Feicht, welcher 1941 an der Ostfront fiel, herabgeworfen und zertrümmert worden war*.

Die Suche zwecks Einvernahme nach weiteren, von unterschiedlichen Zeugen genannten mutmaßlichen Tätern gestaltete sich als Geisterfahndung. Ernst Witzany wäre nach Angaben seiner Brüder gefallen, Fritz Witzany noch 1945 in eines der westlichen Bundesländer Österreichs geflüchtet, N. Maca ebenfalls 1947

aus dem »Arbeitslager für NS-Angehörige« in St. Pölten entwichen, beide seither unbekanntes Aufenthaltes. Nachdem Ernst und Fritz nicht gefunden werden konnten, wurden die »nach unbestimmten Angaben« ebenfalls beteiligten Josef, Karl, Michael und Walter Witzany gar nicht mehr gesucht. Auch die beiden Söhne des Rauchfangkehrermeisters Haider waren im Krieg gefallen, ebenso SS-Sturmbannführer Josef Öllerer.

Der SS-Standartenführer aus Krems, der die Zerstörungen angeordnet haben soll und mehrmals als Befehlshaber genannt wird, bleibt anonym, hingegen wird der diensthabende Führer des Sturmbann 52/5 in St. Pölten, Anton Mickal, im gesamten Prozess nur einmal phonetisch als »Michkal oder Mischkol« umschrieben und nicht weiter beachtet.

Nach dem Verbot der NSDAP hatte die 52. SS-Standarte seit 1934 ihren Sitz im Untergrund in Krems. Von Mai 1937 an, mit Unterbrechung in den Jahren 1942/43, hatte Josef »Sepp« Dietz das Amt des Standartenführers inne.⁶ Die Kremser Synagoge war bereits im September 1938 beschlagnahmt, geräumt und die Inneneinrichtung zerstört worden, im Novemberpogrom selbst blieb sie größtenteils unbeschadet.⁷ Ob allerdings tatsächlich Kremser Nationalsozialisten bei den Verwüstungen in St. Pölten beteiligt gewesen waren oder ob der Standartenführer als Schutzbehauptung und Schuldabwehr angeführt wurde – die Angeklagten hätten schließlich nur Befehlen von höchster Stelle Folge geleistet –, lässt sich nach bisherigem Forschungsstand nicht eindeutig nachweisen.



Die Vermutung, dass in dem Prozess am St. Pöltner Kreisgericht durch das Delegieren der Verantwortung lokale Persönlichkeiten geschützt werden sollten, äußerten die Niederösterreichischen Nachrichten noch im Jahre 1988: *Einige der Teilnehmer [an diesen Ausschreitungen] zählen heute wieder zu den honorigen Personen in Politik und Gesellschaft unserer Tage.*⁸

Dokumentarisch belegt hingegen ist durch einen Erfahrungsbericht des Führers des SD-Unterabschnittes Wien, Josef Trittnner, dass die 52. SS-Standarte in Krems am 10. November um 4 Uhr früh den telefonischen Auftrag erhielt, *in jüdische Tempel und Bethäuser einzudringen und sie zu demolieren sowie den Juden die Fensterscheiben und die Türen einzuschlagen.* Die Gauleitung Wien gab an die Kreisleitungen bezüglich der »Judenaktionen« einen Befehl, dessen wichtigste Punkte lauteten: *1. Uniformverbot, 2. Strengstes Verbot bezügl. Plünderungen, 3. Brandstiftungen sind verboten.*⁹ Auch Gauleiter Hugo Jury unterstrich in seinem Telegramm an den SS-Oberabschnitt »Donau«: *Wer plündert, ist zu verhaften.*¹⁰ Geplündert wurde indes ungeniert, verhaftet wurden allerdings nicht die an den kriminellen Aktionen Beteiligten, sondern die jüdischen Männer St. Pöltens.

Auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus musste sich niemand der Verantwortung stellen, obwohl die Täter namentlich bekannt waren. In einem Schreiben des Polizeikommissariats St. Pölten an das Kreisgericht im Juli 1950 heißt es:

Wie durch die Erhebungen und durch vertrauliche Mitteilungen in Erfahrung gebracht werden konnte, waren an dieser Zerstörungsaktion nachstehend angeführte Personen maßgebend beteiligt: Kraupp August, Schwanke Michael, Klinker Rudolf, Steinbecher Johann, Kubec Erich, Wilhelm Friedrich, Müllner Franz, Moser Martin.

Bei vorstehenden Personen handelt es sich durchwegs um solche, die bei den Zerstörungsarbeiten gesehen wurden. Kraupp August und Schwanke Michael werden auch als Haupträdelsführer angegeben. Müllner Franz und Kubec Erich wurden außerdem beim Abtransport von Teppichen und Stühlen gesehen. Müllner soll solche Teppiche und Gegenstände bis zum Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches in seiner Wohnung verwendet haben. [...] Weiters sollen nach unbestimmten Angaben die Brüder Anton, Hermann, Karl und Maximilian Scheuch, sowie dessen Vater, Josef Scheuch, Wienerstr. 147, an den Zerstörungen beteiligt gewesen sein.

Keine einzige dieser mit Geburtsdaten und Meldeadressen amtsbekannten Personen wurde je vor Gericht geladen. Auch der als Anstifter mehrmals genannte Hermann Pimper wurde niemals ausgeforscht. Ausführlich verhandelt wurde stattdessen die Frage, ob Eugen Brandstetter Stiefel oder hohe Schuhe getragen habe, ob er damit gegen das Tempeltor in Zerstörungsabsicht getreten hat *oder bloß in der Absicht, es dadurch aufzuschließen*, ob er seine Uniform getragen oder in Zivil aufgetreten sei und ob er eine Hacke oder einen anderen Gegenstand in der Hand gehalten habe.



Innenraum der Synagoge 1981 © Injoest, Foto: Hans Marsam

Links unten: Fenster der ehemaligen Synagoge 1981 © Injoest, Foto: Hans Marsam



Kein Grund zur weiteren Verfolgung...

Das Verfahren gegen die beiden weiteren ebenfalls wegen Brandlegung und boshafter Beschädigung fremden Eigentums Angeklagten wurde im Oktober 1951 eingestellt. Der »gottgläubige« ehemalige SS-Scharführer Friedrich Luger,¹¹ Kellner aus Melk, – zunächst als Zeuge, dann als Beschuldigter, später wieder als Zeuge geführt, – gab zwar explizit zu, dabeigewesen zu sein, als die Fenster eingeschlagen wurden, plädierte aber auf Befehlsnotstand.

Der Dachdeckermeister Johann Futschik wiederum hatte mit seiner Verwirrungs- und Verteidigungsstrategie ebenfalls Erfolg. Bei seiner ersten Vernehmung gab er zu Protokoll, dass eine Verwechslung vorliegen müsse. *Ich war nie bei der SS und war auch nicht bei der Zerstörung des Judentempels in St. Pölten beteiligt. Ich war nicht einmal dort. Ich habe einen Bruder namens Ernst, doch ist dieser seit 1945 vermisst und wahrscheinlich tot. Dieser war bei der SS. [...] Ich habe insgesamt 6 Brüder.*

Ernst Futschik, seit 1. Mai 1938 Parteimitglied,¹² sei bei Budapest gefallen und wurde rückwirkend mit 31. Dezember 1944 für tot erklärt. Dass Johann in seiner Vernehmung angab, von seinem Bruder noch im April 1945 die letzte Nachricht erhalten zu haben, fiel zwar auf, aber nicht weiter ins Gewicht. Die Gattin von Ernst, Hedwig Futschik, hatte wieder geheiratet und nannte sich fortan Helena Gruber, weshalb die Ausforschung ihrer Anschrift einige Zeit in Anspruch nahm. Johanns Aussage, nicht bei der SS gewesen zu sein, entsprach zwar der Tatsache, allerdings war er im Juli 1938 SA-Mitglied geworden.¹³



Die letzten Zeugen

Im November 1950 – die Synagoge war zu diesem Zeitpunkt noch nicht restituert – wurde die Israelitische Kultusgemeinde Wien vom Kreisgericht St. Pölten über die Schadenshöhe befragt. Der Leiter des Rechtsbüros der IKG schlug daraufhin vor, diese durch einen Sachverständigen feststellen und sich den Umfang der Zerstörungen durch Zeugen schildern zu lassen. In Betracht dafür kämen: *Herr Jakob und Herr Max Kohn, Kaufleute in St. Pölten, Linzerstraße Nr. 20, die Hausbesorgerin des Tempels Frau Maria Dite, Private, Lederergasse 12. Ganz besonders gut informiert über den Umfang der Zerstörungen ist Herr Siegfried Baruch, Kaufmann, Villa Antoinette Claire, Plateau Piol, Nice, A.M., France.*

Zwischen diesem Antwortschreiben und der gemeinsamen Begehung durch den beauftragten Sachverständigen Stadtbaumeister Ferdinand Weinmann sollte noch fast ein Jahr vergehen. Im Oktober 1951 lag schließlich das Gutachten vor: *Übereinstimmend erklären alle 3 Zeugen, daß die Zerstörungen nicht durch einen Brand, sondern durch Verwüstungen hervorgerufen wurden, die darin bestanden, daß die gesamte Einrichtung des Bethauses, sowie auch die Betbücher und sonstigen Behelfe zur Abhaltung des Gottesdienstes auf die Straße geworfen und dort verbrannt wurden. Die Gittertür zum Vorgarten war ebenso wie die eichene Eingangstür mit Korbbogen schwer beschädigt worden. Der Tempelvorraum, 2 Waschbecken mit Wandverkleidung, Türen geplündert, bemalte Fenster zer schlagen, bei der Klosettanlage fehlen die Trennwände für 2 Aborte und die Installation derselben.*

WER BRINGT ÜBER

400

WELTMARKT-
FÜHRER HERVOR?



Österreichs Unternehmerinnen
und Unternehmer zählen
zu den Innovativsten der Welt.

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.
Mehr auf wko.at/klartext





Im Kuppelraum fehlen 280 Sitzplätze samt Pult und Lade, 1 Bronzeluster, sämtliche Türen und die bemalten Glasscheiben aller Fenster sind zerschlagen. Beim Altar ist das eiserne Geländer mit 2 Bronzekandelabern und 8 reservierte Sitze, sowie das Rednerpult und der Inhalt des Thoraverschlages mit kostbaren silbernen Geräten geplündert. Auf der Galerie, die Raum für ca. 180 Personen bot, fehlt eine 40 m lange Brüstung aus Eichenholz. Die geschätzte Schadenssumme belief sich auf 281.000.-, sollten die Fenster mit bemalten Gläsern und teilweiser Bleiverglasung wiederhergestellt werden, 300.000.- Schilling.

In der Hauptverhandlung am 11. März 1952 waren die beiden Brüder Kohn wiederum als Zeugen geladen, vermochten jedoch über die Vorfälle am 10. November 1938 keine weiteren Angaben zu machen, denn die Gestapo hatte sie schon in den frühen Morgenstunden abgeholt. *Von der Zerstörung weiß ich nichts, weil ich schon verhaftet gewesen bin. Als ich nach 14 Tagen enthaftet wurde, habe ich mir den Tempel von innen nicht mehr angesehen, gab Jakob Kohn zu Protokoll, und Max sagte aus: Ich wurde am Tage der Zerstörung des Tempels um 5 Uhr früh verhaftet, kam von Wien nach Dachau und verließ im März 1939 Österreich.*

Max Kohn war unmittelbar nach seiner Entlassung gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem Sohn nach Palästina geflohen, sein Bruder Jakob folgte mit seiner Familie über Italien im Juni 1939 nach. Die Kohns waren eine von drei Familien, die 1948 wieder nach St. Pölten zurückgekehrt waren. Die Synagoge betraten sie erst wieder mit Baumeister Weinmann. Der in dem Schreiben der IKG Wien als »besonders gut informiert«

bezeichnete, in Nizza wohnhafte Siegfried Baruch¹⁴ wurde hingegen nie befragt. Die Baruchs, die Eltern Adolf und Regina sowie die beiden Söhne Robert und Siegfried, hatten sich allerdings schon am 27. Juli 1938 nach Wien abgemeldet, wo sie aber nie ankamen. Stattdessen flohen sie nach Italien, wo die Brüder an der Grenze zu Frankreich weitere jüdische Flüchtlinge über die Alpen schleusten.¹⁵ Bei Kriegsausbruch wurden sie in verschiedenen französischen Sammellagern interniert. Robert wurde im August 1942 von Drancy nach Auschwitz deportiert und dort ermordet, die Eltern und Siegfried überlebten im Versteck in Nizza, *in einem Abstellraum ohne Fenster und Licht, [...] in feuchten Kellern, manchmal auch im Wald.*¹⁶

Maria Dite, *seit 18 Jahren Hausbesorgerin im Judentempel* konnte zwar bestätigen, *daß die Zertrümmerungen von Zivilisten vorgenommen wurden, ohne aber irgend einen Täter namhaft machen zu können. [...] Die Uniformierten sind erst nachher, als schon alles zerschlagen war, gekommen.* Den Zeugen Wilhelm Schuldes, der bei seiner ersten Vernehmung vor der Staatspolizei noch schwere Belastungsmomente vorgebracht hatte, plagten bei der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht im März 1952 große Gedächtnislücken. Zudem stellte sich heraus, dass er mit Brandstetter bei verschiedenen Fußballvereinen *zumindest in sportlichem Wettstreit* gestanden sowie ein langes Vorstrafenregister, unter anderem wegen Kreditschädigung, Sachwucher, Drohung mit leichter Körperverletzung, Veruntreuung und fahrlässiger Gefährdung mit Sprengmittel, vorzuweisen hatte. In seiner Wohnumgebung war er dennoch gut beleumundet.

Linkes Bild (von links nach rechts): Regine, Siegfried und Malvine Baruch in Nizza, 18. 8. 1946. Siegfried war dort Schammes (Synagogendirektor). © Injoest

Rechtes Bild (von links nach rechts): Max und Valerie Kohn mit Sohn Hans, ca. 1954 © Injoest

Der Angeklagte Brandstetter wiederum wurde mit Rücksicht auf seine Unbescholtenheit und »jugendliche Unbesonnenheit« zur Zeit der Tat sowie auf den Umstand, daß die Ausführung der strafbaren Handlung im Auftrage der Parteidienststellen durchgeführt werden mußte, freigesprochen.¹⁷ □

Anmerkungen

- 1 St. Pöltner Anzeiger, 5. Nov. 1938, Kolumne »Hier wird gemeckert«. Zit. in: Christoph Lind, »Der letzte Jude hat den Tempel verlassen«. Juden in Niederösterreich 1938–1945. Wien 2004, S. 196f. Die hebräische Aufschrift an der Fassade lautet: »Öffnet mir die Tore der Gerechtigkeit, ich will eintreten und Gott danken«.
- 2 Niederösterreichisches Landesarchiv, Kreisgericht St. Pölten, 6 Vr 201/49. Alle folgenden Zitate aus dem Prozess stammen aus diesem Aktenkonvolut.
- 3 »Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde«, Strafraumen: 5–20 Jahre schwerer Kerker. Siehe: www.nachkriegsjustiz.at (15. 4. 2015).
- 4 Das österreichische Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 sah die Registrierungspflicht aller Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, allen voran der SA und SS, vor. Dabei wurde zwischen »Kriegsverbrechern«, »Belasteten« und »Minderbelasteten« differenziert, die unterschiedliche Geldstrafen und Aufräumungsarbeiten von Kriegsschäden leisten mussten. Von öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen, leitenden Positionen in der Privatwirtschaft und der ersten Nationalratswahl waren sie vorerst ausgeschlossen.
- 5 Im Bundesarchiv Berlin sind keine Unterlagen zu Eugen Brandstetter vorhanden.
- 6 Der gelernte Buchhalter und Wirtschaftsbesitzer Josef Dietz, geboren am 13. Nov. 1909, mit einer niedrigen SS- und NSDAP-Mitgliedsnummer, leitete zudem seit März 1942 das SS-Ergänzungsamt »Südost«. Paul Milata, Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS. Köln-Wien 2007, S. 172.
- 7 Robert Streibel, Krens 1938–1945. Eine Geschichte von Anpassung, Verrat und Widerstand. Weitra 2014, S. 253f.
- 8 NÖN, St. Pöltner Zeitung, Nr. 45/1988. Zit. in Christoph Lind, »...es gab so nette Leute dort«. Die zerstörte jüdische Gemeinde St. Pölten. St. Pölten 1998, S. 132.
- 9 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 3. Wien 1984, S. 278–284.
- 10 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 3. Wien 1987, S. 370.
- 11 Bundesarchiv Berlin (BArch), NSDAP-Mitgliederkartei und R 9361/III (BDC, Personenbezogene Unterlagen des Rasse- und Siedlungshauptamts), Friedrich Luger.
- 12 BArch, NSDAP-Mitgliederkartei, NSDAP-Gaukartei sowie vorläufige Mitgliedskarte, Ernst Futschik.
- 13 Stadtarchiv St. Pölten, NSDAP Registrierung, Karton: Allgemeine Registrierung E–F.
- 14 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Entschädigungs- und Restitutionsangelegenheiten, Hilfsfonds, Siegfried Baruch, Mappen 9366-2 und 14580, Regina Baruch Mappe 6367.
- 15 Paolo Veziano, Ombre al confine. L'espatrio clandestino degli ebrei stranieri dalla Riviera dei Fiori alla Costa Azzurra 1938–1940. Saluzzo 2014, S. 64–70 und 173–177; dt. Zusammenfassung: Ders., Die ille-

galen Grenzübertritte österreichischer Juden von der Riviera dei Fiori an die Côte d'Azur 1938–1940. In: Christina Köstner, Klaus Voigt (Hg.), Österreichisches Exil in Italien. Wien 2009, S. 62–78.

16 Wiener Stadt- und Landesarchiv, Opferfürsorge, Regina und Siegfried Baruch, Mappe 19871.

17 St. Pöltner Zeitung, 27. März 1951.

Literatur

Heinz Arnberger, Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung. Wien 2011.

Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik. Wien 2008.

Martha Keil (Hg.), Gott und Kaiser. 100 Jahre ehemalige Synagoge St. Pölten, St. Pölten 2013.

Willibald Rosner (Hg.), Forschungen zur NS-Zeit in Niederösterreich 1938–1945. Vorträge der 2. Kurztagung des NÖ Instituts für Landeskunde. St. Pölten 2007.

Internetressourcen

www.nachkriegsjustiz.at

www.doew.at

<http://judeninkrems.at/juden-in-niederosterreich/> (sic!)

www.juden-in-st-poelten.at

ORF. WIE WIR.

WENN SIE
BAN KI
MOON
NICHT
FÜR EINE
THAILÄNDISCHE
FERIEINSEL
HALTEN

ORF
Kultur und Information

SAMSTAG
ZEITGESCHICHTE

Mehr Kultur und Information
unter tv.ORF.at/ORFdrei

» *Wer kann*

Die St. Pöltner Synagoge

Christoph Lind

Anzahl der Strohecke		
Bauspinner Baur, Judentempel	Stück	76
Schillererschule	Stück	2
Jugendherberge, entleert	Stück	314
Wirtschaftsamt	Stück	80
Schlachthof	Stück	2
Kriegsgefangenenlager	Stück	170
<hr/>		
Gesamtsumme	Stück	566
<hr/>		
Matrasen	Stück	46
<hr/>		
Teillieferer	Stück	2



Am Ende des Zweiten Weltkriegs zeugten vom St. Pöltner Judentum nur noch die beiden devestierten Friedhöfe sowie die verwüstete und verwaiste Synagoge. Die Architekten Theodor Schreier und Viktor Postelberg hatten sie 1912/13 für die blühende jüdische Gemeinde der Stadt errichtet. Der Bau war, wovon man sich auch heute noch überzeugen kann, so gelungen, dass die »St. Pöltner Deutsche Volkszeitung« nur anerkennende Worte fand: Das Gotteshaus präsentiere sich *in äußerst vorteilhafter Weise* und dürfe in *seiner Formenschönheit wohl als eine Zierde der Stadt bezeichnet werden*. [...] Zum Schlusse sei nur noch erwähnt, dass auch die *innere Ausgestaltung des neuen Tempels den allgemeinen Beifall aller Gäste gefunden hat*.¹

Das verwaiste Gotteshaus

Nur 25 Jahre später wurde die Synagoge während des Novemberpogroms 1938 verwüstet, die St. Pöltner Juden von den Nationalsozialisten vertrieben und in alle Welt zerstreut oder ermordet. Nur wenige überlebten die Schrecken der NS-Herrschaft in sogenannter privilegierter »Mischehe«, als »Mischlinge« oder versteckt im Untergrund. Von den 400 Juden und Jüdinnen, die einstmals in St. Pölten gelebt hatten – weitere etwa 400 Gemeindeglieder zählte der Landsprengel der Kultusgemeinde – kehrten bis 1947/48 nur annähernd zwanzig wieder in ihre Heimatstadt zurück. Auch von diesen Heimkehrern blieben nicht alle, sie gingen nach

den Judentempel brauchen?«

nach 1945



Auf einem Foto des Thoraschreins in der verwüsteten Synagoge, das vermutlich aus dem Jahr 1941 stammt, sind, neben einer Zielscheibe mit dem Kopf einer Soldatenfigur, Schäden von Einschusslöchern oder Granatensplittern zu erkennen. Im Bericht des SD-Unterabschnitts Wien heißt es dazu: »Die Zerstörung der Tempel und Bethäuser erfolgte in Wien in den meisten Fällen durch Werfen von Handgranaten im Innern der Tempel und durch Anzünden des Mobiliars derselben.« © Stadtarchiv St. Pölten

Linke Seite, links: 1942 diente die Synagoge als Lager für Zwangsarbeiter, wozu Strohsäcke in das Gebäude geschafft wurden. © Stadtarchiv St. Pölten

Wien in die Anonymität der Großstadt oder verließen Österreich für immer. In St. Pölten ließen sich nur einige wenige Familien und Einzelpersonen dauerhaft nieder. Die Gründung einer neuen, lebendigen Kultusgemeinde, die »den Judentempel hätte brauchen« können, war damit unmöglich. Eine IKG hätte weder wirtschaftlich überleben können, noch wäre für den Gottesdienst ein *Minjan* – ein Quorum von mindestens zehn Männern ab der religiösen Volljährigkeit von 13 Jahren – zustande gekommen.

Die Synagoge befand sich nach 1945 im Besitz der Stadt St. Pölten, die sie samt dem angebauten Kantorhaus nach dem Novemberpogrom »beschlagnahmte« und 1940 »arisiert« hatte. Im Zuge dessen hatte sie sich auch dazu verpflichtet, den Bau innerhalb von fünf Jahren nach der siegreichen Beendigung des Krieges abzureißen – glücklicherweise geschah weder das eine noch das andere. Die beiden Verbindungstüren zum Kuppelsaal der Synagoge wurden zugemauert und in das Kantorhaus zog die St. Pöltner SA-Standarte 21 ein,

die es fortan als Dienstsitz nutzte. Das Gotteshaus selbst, einstmals Ort des Gebets, wurde als Lagerraum genutzt, der Thoraschrein höchstwahrscheinlich – auf einem Foto aus den 1940er-Jahren sind Einschusslöcher zu sehen – für Schießübungen verwendet. Im Jahr 1942 funktionierte das Arbeitsamt den Hauptraum zu einem Lager für Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion um, wofür nach der entsprechenden Adaption der städtische Bauhof 76 Strohsäcke lieferte.

Restitution an die IKG Wien

Bei Kriegsende erlitt die Synagoge während der Bombenangriffe auf St. Pölten weitere Schäden, blieb aber wie das Kantorhaus, in dem im August 1945 das Inventar der SA sichergestellt wurde, im Wesentlichen intakt und wurde weiter als Lagerraum genutzt: als die sowjetischen Soldaten im November 1945 einen Billardtisch suchten, fand sich ein solcher in der Synagoge. In der folgenden Zeit dürfte sie auch als Getreidespeicher verwendet worden sein. Am 14. April 1947 wurde sie nämlich vom Kommandanten des



Getreidemagazins der Roten Armee, Morugin, an den vermeintlichen Eigentümer, die Stadt St. Pölten, zurückgegeben. Diese hatte das von ihr »arisierte« Gut mittlerweile (am 8. November 1946) entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen (»Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung«) bei Land und Bund gemeldet. Im Jahr 1947 wurde die Israelitische Kultusgemeinde Wien für die Geltendmachung der Rückstellungsansprüche der zerstörten 15 niederösterreichischen Kultusgemeinden zuständig und trat schließlich deren Rechtsnachfolge an.

In der Folge begann ein längeres Restitutionsverfahren, das in zwei Teilerkenntnissen vom 4. Februar 1952 und vom 27. Februar 1953 die Stadt St. Pölten zur Rückgabe der Synagoge und der beiden jüdischen Friedhöfe, die sie ebenfalls »arisiert« hatte, verpflichtete. Noch nicht entschieden waren die gegenseitigen Forderungen von Stadt und IKG. Die Stadt musste zwar die Erträge, die sie aus der »Arisierung« gezogen hatte und die im Wesentlichen aus den Mieteinnahmen für das Kantorhaus im Zeitraum vom 1. Jänner 1940 bis zum 31. Dezember 1951 bestanden, herausgeben, machte aber die ihr angefallenen Kosten geltend. Nach der gegenseitigen Verrechnung ergab sich ein Saldo von 6.220,28 Schilling zu Gunsten der Stadt. Die IKG hatte zudem den »Kaufpreis« von 1940 zurückzuzahlen, da, wie die Rückstellungskommission argumentierte, diese Gelder während der NS-Zeit für die jüdische »Auswanderung« verwendet worden, also ohnehin Juden zu Gute gekommen wären und dadurch dem gemeinnützigen Zweck gedient hätten, diesen eine neue Existenz zu ermöglichen. Unter dem Strich hatte die IKG Wien laut Enderkennnis der Kommission vom 1. Juni 1954 die Summe von 24.252,98 Schilling an den »Ariseur«, die Stadt St. Pölten, zu zahlen.



Unser lieber Bruder und Schwager, Herr

Viktor Postelberg

Architekt

ist am 14. Februar 1920 im 57. Lebensjahre, nach langem Leiden sanft verschieden.

Wir haben ihn, seinem Wunsche entsprechend, in aller Stille beerdigt.

Richard und Paula Postelberg, Dr. Emil und Anna Postelberg, Olga Kaufmann geb. Postelberg.

Die beiden Architekten der Synagoge St. Pölten: Theodor Schreier wurde 1943 im KZ Theresienstadt ermordet, Viktor Postelberg starb bereits 1920. © Injoest

Linke Seite unten: Gleichenfeier, ca. Mai 1913 © Stadtarchiv St. Pölten

Das Schicksal anderer Synagogen

Nach der Restitution sollte die Synagoge ein Vierteljahrhundert lang verwaist an der St. Pöltner Promenade stehen, an einem die Innenstadt umschließenden Straßenzug, der, ähnlich wie die Wiener Ringstraße,

an Stelle der alten Stadtbefestigungen angelegt worden war; mit Brettern vernagelt, nicht zugänglich, nicht betretbar und ungenutzt – aber aufgrund ihrer Lage für die Öffentlichkeit keineswegs unsichtbar. Dennoch schien sich niemand für das Gebäude zu interessieren und es dämmerte jahrzehntelang vor sich hin. Nur das Kantor-

OBB



Themenausstellung **Verdrängte Jahre**

Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938 – 1945

Stadtmuseum Wiener Neustadt ab Mitte Oktober 2015 bis Jänner 2016

Nationalfonds der Republik Österreich
für Opfer des Nationalsozialismus



haus war bewohnt, nach wie vor von Marie Dite, der Hausbesorgerin der IKG St. Pölten vor dem Krieg.

In diesen Jahren fielen viele andere Synagogen, die die IKG Wien restituiert erhalten hatte, dem Abriss zum Opfer. Im Gegensatz zu den Friedhöfen, für die sie ebenfalls das Erbe der vernichteten jüdischen Gemeinden Niederösterreichs und des Burgenlands angetreten hatte, müssen Synagogen aus rein religionsgesetzlicher Sicht nicht erhalten werden. Geheiligt werden sie nur durch die Thorarollen, die in ihnen aufbewahrt werden und ohne die sie nur leere bauliche Hüllen sind. Der Umstand, dass viele dieser Bauten von großem künstlerischen und kulturgeschichtlichen Wert waren, fiel in den ersten Nachkriegsjahrzehnten weder bei den jeweiligen Stadtgemeinden, in denen sie standen, noch bei der IKG Wien groß ins Gewicht. Da sie für letztere zudem auch noch eine finanzielle Belastung darstellten, wurden die Grundstücke mit den mehr oder weniger stark zerstörten Gotteshäusern nach und nach verkauft.

So erfolgte die endgültige Zerstörung vieler Synagogen Ostösterreichs erst nach 1945. Dazu gehören die ehemaligen Gotteshäuser von Eisenstadt (1951), Wiener Neustadt (1953), Groß-Enzersdorf (1961), Krems (1978), Mistelbach (1979), Neunkirchen (1984) und Mödling (1987). Noch im Jahr 1991 wurde die Jugendstil-Syna-

goge von Klosterneuburg abgerissen, nur das Kantorhaus ist bis heute erhalten. Solche Demolierungen wären heute wohl nicht mehr vorstellbar, da man mittlerweile, nicht zuletzt wegen der Vernichtung des europäischen Judentums, neben der kulturhistorischen auch die historische Bedeutung dieser Gebäude erkannt hat.

Andere Gotteshäuser wurden während des Kriegs oder nach dessen Ende umgebaut und einem profanen Verwendungszweck zugeführt – nur die Badener Synagoge wird heute noch für Gottesdienste genutzt. In der ehemaligen Gänserndorfer Synagoge befinden sich heute eine Musikschule und ein Kindergarten, das Bethaus in Hollabrunn dient als Wohnhaus, und in das Horner Bethaus zog das Gesundheitsamt der Bezirkshauptmannschaft ein, um nur einige Beispiele zu nennen. Ein ganz eigener Fall ist die Synagoge von Stockerau, die 1938 von der evangelischen Kirche »arisiert« und in ein christliches Gotteshaus umgebaut wurde, als das sie heute noch dient.

Zwischen Abbruch und Rettung

Der St. Pöltner Synagoge blieb dieses Schicksal erspart und sie dämmerte weiter vor sich hin, bis sie im Frühjahr 1975 die IKG der Stadt zum Kauf anbot. In den

Linke Seite: Von der Klosterneuburger Synagoge steht heute nur noch das Kantorhaus. Das sich darin befindliche Friseurgeschäft trägt einen eigenwilligen Namen. Aufnahme von 2012 © Injoest

Rechte Seite: Die Stockerauer Synagoge, heute die evangelische Lutherkirche © Wikimedia Commons/Kwerdenker

»Niederösterreichischen Nachrichten« (NÖN) erschien jener Artikel, der vierzig Jahre später der Sommerakademie des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs ihren Titel geben sollte:

Judentempel zu verkaufen – Brauchen Sie einen Judentempel? Das Angebot der israelitischen Kultusgemeinde macht den St. Pöltner Stadtvätern einiges Kopfzerbrechen. Die Gemeinde hat der Stadt den Judentempel zum Verkauf angeboten. Man wird wahrscheinlich zugreifen, weiß aber noch nicht, was man mit dem Gebäude anfangen soll. – »Haben Sie keinen Interessenten dafür?«, fragte Bgm. Schickelgruber die NÖN, und Stadtrat Gruber ist überzeugt, dass man mit geringfügigen Sanierungsarbeiten das Gebäude vorerst einmal erhalten kann. [...] Die Wünsche der israelitischen Kultusgemeinde beinhalten eine Gedenktafel, die Pflege und Instandhaltung des Judenfriedhofs durch die Stadt. Man könnte den Tempel niederreißen und das Areal der Krankenkasse anbieten. Diese hat allerdings schon abgewunken. »Für den Neubau zu ungünstig gelegen, für einen Parkplatz viel zu klein«. Wer kann den Judentempel brauchen?²

Da den »Judentempel« in St. Pölten zunächst tatsächlich niemand »brauchen« konnte, stellte die IKG 1976 beim Bundesdenkmalamt einen Abbruchantrag, da Gotteshäuser gesetzlich anerkannter Religionsgemeinschaften seit 1923 unter Denkmalschutz stehen. Der zuständige Landeskonservator Werner Kitlitschka gab diesem Antrag, gestützt auf ein Gutachten der Kunsthistorikerin Renate Wagner-Rieger, die in der St. Pöltner Synagoge den *bedeutendsten jüdischen Kultbau in Niederösterreich* sah, allerdings nicht statt. Noch in diesem Jahr wurden zwischen der Stadt St. Pölten und dem Land Niederösterreich erste Gespräche über eine mögliche Nutzung des Gebäudes als Forschungs- und Gedenkstätte geführt, diese blieben jedoch vorerst ohne konkrete Ergebnisse. Die Diskussion über ihre künftige Verwendung sollte die ehemalige Synagoge in der Folge mehr als zehn Jahre begleiten und letztlich bis heute aktuell bleiben.

Schließlich erneuerte die IKG 1977 ihren Abbruchantrag aus Sicherheitsgründen (»Verletzungsgefahr durch Ab- oder Einsturz«). Sie erkannte zwar die kulturhisto-



www.lotterien.at

Foto: Achim Bleniek

Mag. Bettina Glatz-Kremsner (Vorstandsdirktorin Österreichische Lotterien) und Dr. Sabine Haag (Generaldirektorin Kunsthistorisches Museum) vor der Tür zur Kunstammer.

Ein Gewinn für die Kultur!

Das **Kunsthistorische Museum** mit seinen sieben Ausstellungen zählt zu den bedeutendsten Museen der Welt. Die Österreichischen Lotterien unterstützen das KHM, damit Sie als Besucher dieses große Angebot zum kleinen Preis genießen können. Mit einer Jahreskarte um nur 34 Euro. Jetzt. Weitere Informationen finden Sie unter www.lotterien.at

Gut für Österreich.

österreichische **LOTTERIEN**

Oben: Zwei der vernagelten Fenster der Synagoge vor der Renovierung. Die verbliebenen originalen Glasfragmente sind gut zu erkennen. © Stadtarchiv St. Pölten

Unten links: Das für die Renovierungsarbeiten eingerüstete Gotteshaus © Stadtarchiv St. Pölten

Unten rechts: Innenrenovierung der Synagoge St. Pölten © Stadtarchiv St. Pölten



rische Bedeutung des Gebäudes an, sah sich aber außerstande, die Kosten für eine Renovierung selbst zu tragen, verständlicherweise, denn was hätte sie auch mit dem Gebäude ohne Gläubige anfangen sollen. Im April 1979 informierte Landeskonservator Dr. Werner Kitlitschka den St. Pöltner Bürgermeister Schickelgruber darüber, dass die IKG Wien einen weiteren Abbruch-

antrag gestellt habe. Dieser wurde zwar erneut verweigert, es kam aber auch Bewegung in die Angelegenheit.

Im November 1979 fand eine Besichtigung des Gebäudes statt, bei der schwere Bauschäden festgestellt wurden, da nach dem Pogrom von 1938 stets nur provisorische Sicherungsmaßnahmen durchgeführt worden waren. Erneut wurde über eine künftige Nutzung





diskutiert. Die Fenster waren mit Brettern verschlagen, das Dach durchlöchert, die Dachrinnen durchgerostet und die Gesimse an den vier Hauptecken absturzgefährdet. Im Inneren sah es nicht besser aus, der Wand- und Deckenputz war durch eindringendes Regen- und Schmelzwasser beschädigt und die Decke über einem der Stiegenhäuser drohte ebenfalls einzustürzen. Dazu kam, dass die hunderten Tauben, die sich eingeknistet hatten, ihre Spuren hinterlassen hatten.

Beginn der Renovierungsarbeiten

In der Folge fand sich ein Kuratorium zur Rettung der Synagoge zusammen, dem das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Land Niederösterreich sowie die Stadt und die IKG angehörten und das sich am 8. Mai 1980 im St. Pöltner Rathaus konstituierte. Das Land übernahm in Person von Landeshauptmann-Stellvertreter und Kulturlandesrat Leopold Grünzweig (SPÖ) Vorsitz und Leitung des Vorhabens, während sich die Stadt, die mit Bürgermeister Schickelgruber auch den stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums stellte, um Bauleitung, Organisation und finanzielle Abwicklung kümmern sollte. Die IKG als Eigentümerin war der Bauherr und erhielt formal auch die entsprechenden Mittel von Wissenschaftsministerium, Land und Stadt. Sie selbst war aufgrund ihrer angespannten finanziellen Situation nur dazu in der Lage, symbolische Beiträge zu erbringen, erklärte aber, das Gebäude nach der erfolgten Renovierung nicht vermieten oder verkaufen zu wollen. Das niederösterreichische Pressehaus produzierte für eine Bausteinaktion zudem eine zweifarbige Lithographie der Synagoge und übergab davon 200 Stück dem Kuratorium, die Einnahmen aus deren Verkauf blieben aber gering.

Zum Schutz der Bausubstanz vor den Niederschlägen der kalten und feuchten Jahreszeit begannen die Arbeiten noch im Sommer 1980 und gingen recht zügig voran. Dach, Kanal und Außenfassaden (die Nordfassade war schwer beschädigt) wurden saniert und noch im Winter die Fenster wieder verglast. Damit war der weitere Verfall aufgehalten, und im Kuratorium wurde diskutiert, ob man auch die Innenrenovierung durchführen sollte, die anscheinend nicht von Anfang an vorgesehen war.

Nach einer weiteren Begehung wurde in einer Sitzung am 2. Juli 1981 die Entscheidung gefällt, dass auch das Innere des Gebäudes instandgesetzt werden sollte. Dieser Entschluss führte in der Folge zu einer beträchtlichen Kostensteigerung, da das Bundesdenkmalamt auf der Restaurierung der originalen Malerei bestand, wofür erst entsprechende Schablonen hergestellt werden mussten. Bei den Arbeiten wurden allerdings die Stufen, die zum Thoraschrein hinaufführten, sowie zwei Becken für rituelle Waschungen im Kuppelsaal entfernt; auch ein gar nicht so kleiner Teil der ursprünglich farbigen Glasfenster war noch vorhanden, wurde jedoch

“**MEHR SICHERHEIT,
WENIGER SORGEN.**”

wienerstaedtische.at
f/wienerstaedtische

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

nicht erhalten. Ein Fensterfragment ist heute im Haus ausgestellt. Die Renovierung war dennoch ein Erfolg, und in einer Broschüre von 1998, die anlässlich 75 Jahre Denkmalschutzgesetz erschien, wird die Synagoge als eines von 75 erfolgreich geretteten Denkmälern angeführt. Im Zuge dessen wurden auch erste Überlegungen angestellt, das Äußere des nach wie vor bewohnten Kantorhauses zu renovieren. Ab 1984 wurde es für eine Büroinfrastruktur und eine Hausmeisterwohnung auch im Inneren instandgesetzt, was die Gesamtkosten erneut steigerte.

Mit der Innenrenovierung der Synagoge wurde die Nutzungsfrage aktuell und im Kuratorium wie auch mittlerweile in der Öffentlichkeit debattiert. Die Ideen reichten von einem Museum für Zeitgeschichte, das wieder ins Spiel gebracht wurde – dabei wurde wie schon 1979 über die Einziehung einer Zwischendecke nachgedacht – bis hin zu einer Widmung für das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester oder der Einrichtung eines Instituts für Studien des Alten Testaments. Das letztlich beschlossene Nutzungskonzept blieb recht vage und sah auf Vorschlag von Bürgermeister Schickelgruber Konzerte und temporäre Ausstellungen sowie generell eine multifunktionale Verwendbarkeit vor.

Wiedereröffnung der ehemaligen Synagoge

Im Sommer 1983 war das Ende der Arbeiten zur Innenrenovierung absehbar und das Kuratorium konnte sich Gedanken über die Eröffnung machen. Man einigte sich darauf, diese im Rahmen der St. Pöltner Kultur- und Festwochen 1984 mit einer Ausstellung zu begehen. Die Wahl fiel passenderweise auf die große Judaica-Sammlung von Max Berger aus Wien, von der ein Teil in dem ehemaligen Gotteshaus gezeigt werden sollte. Die Eröffnung der Ausstellung mit dem Titel »Kult und Kultur des österreichischen Judentums« erfolgte am 1. Juni 1984 in Anwesenheit von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und zahlreichen Ehrengästen. Parallel zu dieser ersten Nutzung des instandgesetzten Gebäudes fanden neun Konzerte statt (darunter »Folklore« aus Jerusalem und ein Liederabend), die teilweise auch als Akustikproben für künftige Veranstaltungen dienten. Die Ausstellung, es wurden 6.324 Besucher/innen gezählt, endete am 28. Oktober 1984. Ihr Katalog informiert über Geschichte, Rettung und Renovierung des Hauses und stellt die Sammlung Berger vor. In einem Absatz schrieb das Kuratorium:





*Zweifellos ist mit der Wiederherstellung dieses Baudenk-
mals ein Mahnmal der österreichischen Geschichte errichtet
worden. Denn die Zerstörung des jüdischen Kulturgutes und
der Synagogen war wie die Vertreibung oder Vernichtung der
jüdischen Bevölkerung ein großes Unrecht, das in unserem
Land geschehen ist. Wir wollten mit der Wiedererrichtung
der ehemaligen Synagoge in St. Pölten als Baudenkmal
zum Ausdruck bringen, dass das Schicksal der jüdischen*

*Mitbürger ein Teil unserer Geschichte ist. Neben dem ehe-
maligen Gotteshaus erinnert heute ein Gedenkstein an
die Außenwand desselben an die St. Pöltner Opfer der
Shoah, der 1992 auf Initiative von Hans Morgenstern,
der als Kind 1947 mit seinen Eltern aus dem Exil in Pa-
lästina in die Heimat zurückgekehrt war, gesetzt wurde;
eine erste Tafel hatte er bereits 1983 angeregt.*

Die Synagoge war nun zwar gerettet und instandge-
setzt, ungelöst war aber nach wie vor die Frage nach
dem Rechtsträger dieses neuen Veranstaltungsortes.
Bereits vor der Eröffnung war über die Gründung eines
Vereins diskutiert worden, der das Haus verwalten
sollte. Dies gelang aber erst 1988, vier Jahre nach der
Wiedereröffnung. Am 13. Juni dieses Jahres fand in der
Synagoge die letzte Sitzung des Kuratoriums (Obmann
war mittlerweile der niederösterreichische Landeshaupt-
mann Siegfried Ludwig, ÖVP) statt. Die Tagesordnung
umfasste nur wenige Punkte und bestand neben Berich-
ten über die abschließenden Arbeiten am Kantorhaus
und die Finanzlage vor allem in der Übergabe der Ge-
schäfte an den Verein zur Erforschung der Geschichte
der Juden in Österreich, heute Institut für jüdische Ge-
schichte Österreichs.



*Fragment eines Fensters der Synagoge
(oben), bei der Renovierung entfernt,
außerdem der Thoraschrein, Wandmale-
reien und Reste eines Waschbeckens zur
rituellen Reinigung der Hände © Stadt-
museum St. Pölten (Fensterfragment)
und Bundesdenkmalamt*



Seit damals hat das von diesem Verein getragene Institut im Erdgeschoß des Hauses seinen Sitz, die Wohnung im ersten Stock ist vermietet. In der Synagoge selbst finden seit mehreren Jahren nur noch wenige Veranstaltungen statt. Diese gab es seit der Eröffnung zwar regelmäßig und die Einnahmen aus den Raummieten sollten (ab 1988) der wissenschaftlichen Forschung des Instituts zu Gute kommen, aber dieses Modell erwies sich als finanziell nicht tragbar. Auch die in der Zwischenzeit nicht mehr funktionierende Heizung konnte nicht repariert werden. So harret die Synagoge erneut einer sinnvollen, dem Ort gerechten und würdigen Nutzung, die, wie zur Zeit angedacht wird, in einem Ausstellungs-, Lern-, und Gedenkort als Teilprojekt des geplanten »Hauses der Geschichte Niederösterreichs« im nur wenige Gehminuten entfernten Landesmuseum bestehen könnte. Sollte diese Idee tatsächlich umgesetzt werden, wäre sie trotzdem nur die zweitbeste Lösung für das Haus. Die beste Lösung bestünde in der Übergabe der ehemaligen Synagoge an eine neue St. Pöltner Kultusgemeinde. □

Anmerkungen

- 1 St. Pöltner Deutsche Volks-Zeitung, Nr. 34 vom 21. 8. 1913.
- 2 NÖN – St. Pöltner Zeitung, 4. 3. 1975. Bei Bgm. Schickelgruber handelt es sich um Hans Schickelgruber, SPÖ, Bürgermeister von 1970 bis 1985.

Quellen und Literatur

Evelyn Adunka, *Die vierte Gemeinde. Die Wiener Juden in der Zeit von 1945 bis heute.* Berlin-Wien 2000.
 Bundesdenkmalamt, *Landeskonservatorat Niederösterreich, Akt zur Synagoge St. Pölten.*
 Bundesdenkmalamt (Hg.), *Gerettet! Denkmale in Österreich. 75 Jahre Denkmalschutzgesetz.* Wien 1998.
 Martha Keil (Hg.), *Gott und Kaiser. 100 Jahre ehemalige Synagoge St. Pölten.* Hg. im Auftrag des Stadtmuseums St. Pölten. St. Pölten: kompakt, Band 2, St. Pölten 2013.
 Kuratorium zur Renovierung der ehemaligen Synagoge St. Pölten (Hg.), *Katalog zur Ausstellung »Kult und Kultur des österreichischen Judentums.«* St. Pölten 1984.
 Christoph Lind, *Der letzte Jude hat den Tempel verlassen. Juden in Niederösterreich 1938–1945.* Wien 2004.
 Christoph Lind, *»... es gab so nette Leute dort« – Die zerstörte jüdische Gemeinde St. Pölten.* St. Pölten 1998.
 Christoph Lind, *Kleine jüdische Kolonien. Juden in Niederösterreich 1782–1914.* Wien 2013.
 Christoph Lind, *»...sind wir doch in unserer Heimat als Landmensch aufgewachsen...« – Der »Landsprengel« der Israelitischen Kultusgemeinde St. Pölten: jüdische Schicksale zwischen Wienerwald und Erlauf.* Linz 2002.

Information

Die Synagoge kann wochentags von 9.30–13 Uhr besichtigt werden und ist von Juni bis September auch an Sonntagen von 15–20 Uhr geöffnet.



Von links nach rechts:
Der Gedenkstein an der Außenwand der Synagoge © Injoest,
Foto: Elisheva Kuehne

Außenaufnahme der Synagoge
2012 © Marius Höfinger

Die renovierte Ehemalige Synagoge
St. Pölten © Richard Permann

DIE ZUKUNFT WARTET NICHT

NEW DESIGN UNIVERSITY
GESTALTUNG . TECHNIK . BUSINESS



**NEW DESIGN
UNIVERSITY**
PRIVATUNIVERSITÄT ST. PÖLTEN

NDU STUDIENGÄNGE

BACHELOR

- Grafik- & Informationsdesign
- Innenarchitektur & 3D Gestaltung
- Design, Handwerk & materielle Kultur
- Event Engineering
- Information Science & Big Data Analytics°
- Business & Design°

MASTER

- Raum- und Informationsdesign
- Elektromobilität & Energiemanagement
- Innovation & geistiges Eigentum
- Information Science & Big Data Analytics°
- Entrepreneurship & Innovation

**QUER-
DENKER
GESUCHT!**



JETZT STUDIEREN!
WWW.NDU.AC.AT



Die New Design University ist die Privatuniversität
der Wirtschaftskammer NÖ und ihres WIFI

° in Akkreditierung

Wien tut alles für die Familie

Die MAG ELF ist speziell mit der Unterstützung von Familien und dem Schutz von Kindern und Jugendlichen beauftragt. Gleichzeitig ist sie mit einem umfassenden Beratungsangebot eine Serviceeinrichtung für Familien. Die Einrichtungen und das Angebot reichen von Eltern-Kind-Zentren über Beratungsstellen bis zu Einrichtungen des Kinderschutzes und anderen Institutionen.

Das Leben mit Kindern ist immer eine Herausforderung. Wir wissen, dass Schwangerschaft, Geburt und die Zeit unmittelbar danach zu den wichtigsten Phasen im Leben der Menschen gehören – und manchmal auch zu den schwierigsten. Das umfassende Beratungsangebot der Eltern-Kind-Zentren der MAG ELF soll helfen, Eltern in allen Lebenssituationen oder Krisen zu unterstützen.

Die Eltern-Kind-Zentren

Bereits in den ersten aufregenden Wochen mit einem Neugeborenen tauchen erfahrungsgemäß viele Fragen auf. Zu Beginn stehen Ernährung und Pflege im Vordergrund, später die richtige Förderung und Erziehungsfragen. Auch Kindergarten, Schuleintritt, Berufswahl,

Trotzphase, Pubertät und Erwachsenwerden werfen viele Fragen auf. Unabhängig davon, ob Sie in Schwierigkeiten stecken, ein Problem lösen oder sich nur Rat für die Kindererziehung holen wollen: Im Eltern-Kind-Zentrum bieten Ihnen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus den Bereichen Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Psychologie und Medizin umfassende Informationen, Unterstützung und Beratung zu Themen rund um die Geburt, in Erziehungsfragen, bei wirtschaftlichen Problemen und rund um Trennung, Scheidung und Besuchsrechtsfragen.

In den Elternberatungen werden neben der medizinischen Beratung auch Still- und Ernährungsberatung angeboten, sowie Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen und die im Mutter-Kind-Pass vorgesehenen Untersuchungen kostenlos durchgeführt.

Die Teams in den Elternschulen der Eltern-Kind-Zentren bereiten mit ihren Vorträgen auf die Geburt und das Leben mit Kindern vor. Sie greifen die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf und geben Impulse und Anregungen.

Bei Treffen mit Säuglingen und Kleinkindern geht es vor allem darum, miteinander ins Gespräch zu kommen.



Wien unterstützt Familien, zum Beispiel mit dem Wickelrucksack für alle Babys
© alle Fotos: MA 11, Votava

Eltern können in zwangloser Atmosphäre ihre Erfahrungen untereinander austauschen und sich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Bereichen Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Psychologie beraten.

Mit einem Wickelrucksack als Geschenk begrüßt die Stadt Wien ihre Babys bereits vor der Geburt und unterstützt Eltern dabei, sich auf die neue Situation vorzubereiten. Der Wickelrucksack kann acht Wochen vor der Geburt in einem der acht Eltern-Kind-Zentren der Stadt Wien mit dem Mutter-Kind-Pass abgeholt werden. Im Wickelrucksack ist auch eine Dokumentenmappe enthalten. Diese ist ein Sammelordner für wichtige Dokumente und persönliche Unterlagen der neuen ErdenbürgerInnen. Sie enthält kurz gefasste Informationen über verschiedenste Themen rund um die Geburt und ein Gutscheineheft mit Ermäßigungen für eine Vielzahl von Artikeln und Dienstleistungen in ganz Wien. Bei der Abholung des Willkommensgeschenkes in den Eltern-Kind-Zentren ist auch Zeit, Fragen zu stellen und sich über Serviceangebote der Stadt Wien zu informieren. Es ist eine gute Gelegenheit, das Eltern-Kind-Zentrum kennenzulernen.



Kindergärten in Wien: Lernen soll Spaß machen – in den Wiener Kindergärten ist beides möglich.



Wien investiert in den Ausbau von Kindergärten. So werden Familie und Beruf noch besser miteinander vereinbar.

Neuer Kindergarten in Penzing

In der Waidhausenstraße 30 in Wien-Penzing fand vor kurzem die Gleichfeier für den Neubau eines Kindergartens statt. Wien wächst und gerade auch im Westen Wiens steigt der Bedarf an Kindergartenplätzen und dabei besonders an Kleinkindergruppenplätzen. Hier in Penzing entsteht nun bis zum Kindergartenjahr 2015/16 ein neuer Kindergarten für bis zu 170 Kinder. Die Stadt Wien investiert in das neue Haus rund 7 Mio. Euro.

Aktuell gibt es in Wien rund 79.800 Plätze für Kindergartenkinder im städtischen und privaten Bereich, davon 23.700 Kleinkindergruppenplätze (»Krippe«). Für 3- bis 6-Jährige Kinder hat Wien durch den laufenden Ausbau aktuell eine Versorgungsquote von 106,6 Prozent. Bei den 0- bis 3-Jährigen kommt Wien auf eine Versorgungsquote von über 43 Prozent, bei den 1- bis 3-Jährigen auf fast 60 Prozent. Der Ausbau geht dennoch intensiv weiter: So sollen in den nächsten Jahren durchschnittlich 3.000 Plätze pro Jahr geschaffen werden, vorwiegend im Kleinkinderbereich.

Der zerstörte Turnertempel in Wien und das

Georg Traska

*Rechte Seite: Turnertempel
um 1900 © Jüdisches Mu-
seum Wien, Inv.nr. 3375*

*Turnertempel, Innenansicht
© Jüdisches Museum Wien,
Inv.nr. 4214*



Der Turnertempel und seine Erbauung

Die wichtigste Aufgabe der 1868 gegründeten »Israelitischen Cultusgemeinde im Bezirke Sechshaus« war die Erbauung einer der wachsenden Mitgliederzahl entsprechenden und im Stadtbild monumental hervortretenden Synagoge. Der Ursprung der Vereinigung in den südwestlichen Vororten Wiens, die erst 1892 in die Stadt eingemeindet wurden, geht bis in die 1830er Jahre zurück, als sich hier jüdische Textilfabrikanten vor allem aus Südmähren ansiedelten. 1852 formierten

sie sich als Filialgemeinde »Fünfhaus« der IKG Wien. Die daraus hervorgehende Vorstadtgemeinde »Sechshaus«, benannt nach dem politischen Bezirk derselben Ausdehnung, war die erste von vier, die sich von der Wiener Muttergemeinde unabhängig erklärten. Die Verwirklichung des Tempelbaus wurde zum deutlichsten Beweis für Erfolg oder Misserfolg der Unabhängigkeit.

Bereits 1869 wurde das Doppelgrundstück Turnergasse 22 angekauft. Es lag im Zentrum der Gemeinde und hielt ein bestehendes Gebäude für die Verwaltung, Wohnungen der Angestellten und für wohlthätige Verei-

Gedächtnis seines Ortes



ne bereit. 1870 wurde der Architekt Carl König, ein Schüler Heinrich von Ferstels, für die Planung gewonnen und legte die ersten Entwürfe vor. 1871/72 wurde der Tempel als sein erstes ausgeführtes Werk errichtet, gegenüber den ersten Plänen etwas kleiner mit 829 statt 1059 Sitzplätzen.

Der große Plan war also gelungen. Vor dem Linienwall (der äußeren Befestigungsanlage der Stadt), in einer Umgebung einstiger Weinbauerndörfer, die als Stätten von Gewerbe und Industrie und als bescheidene Wohngegend für deren Arbeiter zusammenwuch-

sen, war die dritte Synagoge im Raum Wien entstanden – nach dem biedermeierlichen Stadttempel und dem großen Leopoldstädtertempel, der, 1858 fertiggestellt, den baulichen Auftakt der »modernen« Geschichte des Wiener Judentums in der Gründerzeit darstellte.

Der Turnertempel war seit seiner Errichtung und blieb bis zu seiner Zerstörung das wichtigste sakrale Zentrum des Judentums im Südwesten Wiens, auch nachdem die im engeren Sinn orthodoxe Storchenschul 1934 zur zweiten Synagoge in dieser Region ausgebaut wurde.



Garage in der Turnergasse 22, an der Stelle der zerstörten Synagoge, 1950er Jahre © Martin Weber

Architektonische Gestaltung

Die architektonische Gestaltung des Turnertempels als historistischer Monumentalbau mit gewissen Anlehnungen an den christlichen Kirchenbau reflektierte die Bemühungen um einen Ausgleich zwischen orthodoxen und reformatorischen Bestrebungen, die die Wiener jüdische Gemeinde des späten 19. Jahrhunderts prägten. Die Orientierung am christlichen und insbesondere am protestantischen Kirchenbau betraf vor allem die rituell bedingte Raumdisposition des Inneren: Die *Bima* – ein Pult oder Tisch –, von der aus die Thora gelesen wurde und die traditionellerweise in der Raummitte stand, wurde nun in die Nähe des Allerheiligsten, des Thoraschreins, der seinerseits Anklänge an christliche Hochaltäre zeigte, gerückt. Der Prediger sprach von einer Kanzel.

In der Außengestalt überhöhten der hohe oktagonale Tambour und das Kuppeldach den Bau in monumentaler Weise – ein Schmuckmotiv ohne Verbindung zum Innenraum, mit gewissen Anklängen an christliche Vierungskuppeln und im weiteren Sinn eine typische Auszeichnung von Sakralbauten in Antike, Christentum und Islam. Der Raum war aus einem einfachen Kubus abgeleitet. Die Frauenemporen ruhten auf schlanken Eisensäulen. Von der Kuppel abgesehen waren Bautypus und stilistische Durchführung im Neorenaissance-Vokabular und mit einer malerischen Innenausstattung »im

pompejanischen Stil« weniger der Sakralarchitektur als einer abendländisch-aufklärerischen Sprache verpflichtet, die mit den Bildungswerten des emanzipierten Wiener Judentums korrespondierte.

Zerstörung und »Arisierung« des Grundstücks

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten »Reichskristallnacht«, wurde der Tempel von SS, SA und parteinahen Personen ausgeraubt, in Brand gesetzt und, wie alle anderen freistehenden Tempel Wiens, zerstört. Am 2. Dezember erhielt die IKG Wien von der Bezirkshauptmannschaft die »Bevilligung«, *die bestehenden Baulichkeiten und zwar den Tempel und den Betsaal samt Vorhalle [...] abtragen zu dürfen. [...] Die Demolierung ist bis Jänner 41 zu beenden.* Als Begründung führt das Schreiben an, *der Tempel, der im November 1938 einem Brand zum Opfer fiel, bedeute für die Passanten eine Gefährdung.*¹

Das Gemeindehaus bestand nach der Zerstörung des Tempels und des angrenzenden Bethauses noch einige Jahre weiter. Während alle jüdischen Vereine aufgelöst wurden, betrieb die IKG Wien hier eine Suppenküche, um die verarmende jüdische Bevölkerung, die weitgehend aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen worden war und nur reduzierte Lebensmittelkarten bekam, notdürftig verpflegen zu können.

Im Mai 1940 ging das Eigentumsrecht der Liegenschaft einschließlich des Gemeindehauses auf dem Weg der »Arisierung« und für einen Betrag von 38.500 Reichsmark an den Transportunternehmer und engagierten Nationalsozialisten Leopold Hölzl (wohnhaf in der Gebrüder-Lang-Gasse 15, also in unmittelbarer Nachbarschaft).² 1942/43 errichtete er *unter Verwendung des Sockelrestes des abgetragenen jüdischen Tempels*³ eine Kleingarage und einen Holzschuppen an der Stelle des ehemaligen Betsaals.

Frühe Nachkriegsgeschichte – kein Gedächtnis

1947 wurde ein Rückstellungsverfahren eingeleitet, das 1950 mit einem Vergleich endete. Die Baugeschichte nach dem Krieg setzte jene der NS-Zeit bruchlos fort. In den 1950er-Jahren wurde die Garage bis zur Baulinie der Turnergasse erweitert und im Hof an der Stelle des ehemaligen Betsaals eine Tankstellenanlage errichtet. Das ehemalige Gemeindehaus wurde 1966 für Werkstätten und Magazinräume umgestaltet, 1970 wurde die Tankstelle erweitert.

1973 wurde das Doppelgrundstück durch die Stadt Wien angekauft. Nach Abbruch des ehemaligen Gemeindehauses und der Garage von Leopold Hölzl wurde 1977 ein siebengeschossiges Wohnhaus erbaut. Es nimmt die Position des ehemaligen Gemeindehauses ein und ragt nur geringfügig in die Grundfläche der ehemaligen Synagoge. Doch gibt es in der Planung des Gemeindebaus keinen Hinweis darauf, dass dieses »Freilassen« irgendetwas mit der Geschichte des Bauplatzes oder mit dem Gedächtnis der zerstörten Synagoge zu tun hatte. Vielmehr scheint es ausschließlich Überlegungen der Flächenplanung geschuldet. In einer frühen Planungsstufe hätte nicht nur der tatsächlich errichtete Gemeindebau aus der Baulinie zurücktreten sollen, sondern eine Reihe neuer Wohnbauten hätte die aus Vormärz und Gründerzeit rührende Blockrandverbauung aufbrechen und durch eine Anlage von Baukörpern ersetzen sollen, die allseitig von Grünanlagen umgeben gewesen wären – wie das aus Wohnanlagen der 1950er Jahre bekannt ist. Die Grünfläche an der Ecke Turnergasse/Dingelstedtgasse ist Restbestand dieser nie verwirklichten größeren Planung. So kam die in Wien einzigartige Freilassung zustande, während sonst die Flächen zerstörter Synagogen verbaut wurden, und zwar zu einem großen Teil durch von der Gemeinde Wien errichtete Wohnbauten.

1988 wurde an dem Gemeindebau neben der Grünfläche eine Tafel mit folgender Aufschrift angebracht: *An dieser Stelle befand sich eine Synagoge. Sie wurde in der »Reichskristallnacht« am 9. November 1938 von fanatischen Anhängern des Hitlerregimes niedergebrannt u. zerstört./Niemals vergessen.*

Trotz des nachdrücklichen Aufrufs, niemals zu vergessen, entzieht sich die dunkle, wenig auffällige Tafel der öffentlichen Sichtbarkeit eher als sich ihr preiszugeben. Sie ist nur für jene bemerkbar – und auch diesen drängt sie sich nicht eben auf –, die von der Straße zum Eingang des Gemeindebaus gehen.

Voraussetzungen für den Erinnerungsort Turnertempel: Projekt Herklotzgasse 21

Seit 2007 entstand aus einer Bürogemeinschaft in der Herklotzgasse 21, unweit des Turnertempels, ein Erinnerungs- und Ausstellungsprojekt, das die Geschichte der jüdischen Gemeinde »Sechshaus« erforschte und mehr als ein Dutzend ihrer ehemaligen Mitglieder vor allem in Israel ausfindig machte, interviewte und filmte.



AKNÖ

**Das Team der AKNÖ
hilft Ihnen kompetent
und gerne weiter.**

Markus Wieser, AKNÖ-Präsident

Hotline: 05 7171-0
noe.arbeiterkammer.at



Neben zahlreichen Publikationen und Darstellungen in unterschiedlichen Medien zielte das Projekt auch auf eine Neugestaltung der »Leerfläche« des Turnertempels ab. Es gelang den Initiator(inn)en – Michael Kofler, Judith Pühringer und dem Verfasser – »Kunst im öffentlichen Raum Wien« (KOER), von dieser Neugestaltung unter der Bedingung zu überzeugen, dass sich auch der politische Bezirk daran beteiligen würde. Tatsächlich hatte dieser bereits das Projekt »Herklotzgasse 21« gefördert und war leicht für ein Denkmal »Turnertempel« zu gewinnen. Außerdem lag dem Bezirk an einer Öffnung der vernachlässigten Grünfläche, die ein wertvolles Stück Freiraum in dem dicht verbauten Viertel darstellt. Der kleine Park war einige Jahre früher durch einen niedrigen Zaun geschlossen worden, nachdem Bewohner der umliegenden Wohnhäuser über Lärm und Drogengeschäfte geklagt hatten.

Sensibilisiert durch diese Vorgeschichte einigte man sich darauf, dass das Projektteam »Herklotzgasse 21« und die Gebietsbetreuung Wien XIV/XV im Sommer 2008 eine Bürger/innen-Information und -Beteiligung durchführen sollten, deren Ergebnisse in die Ausschreibung des Wettbewerbs einfließen sollten. Die Bewohner/innen wurden angeschrieben und an Streetwork-Tagen angesprochen. In den Stiegenhäusern wurden Informationen ausgehängt. Historische Grätzel-Führungen fanden statt und abendliche Informationsveranstaltungen

waren gut besucht. Die Errichtung eines Denkmals für den zerstörten Tempel erschien angemessen und durchaus selbstverständlich, nachdem die Ausstellung »Das Dreieck meiner Kindheit« und die vielfältige Kommunikationsarbeit des Projekts »Herklotzgasse 21« (geleitet von Alexandra Zabransky) die jüdische Geschichte des Viertels wieder deutlich ins Bewusstsein der lokalen Öffentlichkeit gebracht hatten. In dem gesamten Prozess verlauteten nach Kenntnis des Autors nur prinzipiell positive, der Erinnerungsarbeit zugeneigte Stimmen. Es scheint, als hätten sich desinteressierte oder abgeneigte Stimmen gegenüber dem von allen Generationen getragenen positiven Tenor schwächer gefühlt und darauf verzichtet, sich öffentlich bemerkbar zu machen.

Ein wichtiger Teil der Vorgeschichte des Denkmals ist der vom Projektteam gemeinsam mit Radio Orange 94.0 entwickelte Audioguide mit zehn Stationen im 15. Bezirk, der seit November 2009 neben den deutschsprachigen Interview-Sequenzen auch englische, hebräische, türkische und serbisch-kroatisch-bosnische Übersetzungen anbietet und damit den hohen Anteil migrantischer Bevölkerung in dem Stadtteil anzusprechen sucht. Eine Station ist dem Turnertempel gewidmet: der Erinnerung der geflohenen Gemeindemitglieder an das sakrale Zentrum ihrer Kindheit und an dessen gewaltsame, noch immer schmerzhaft erinnerte Zerstörung. So befand sich an dem Platz bereits seit



Linke Seite: Grünfläche an der Ecke Turnergasse/Dingelstedtgasse, 2008 © Georg Traska

Rechte Seite: Turnertempel Erinnerungsort, 2011 © Stephan Wyckoff/KÖR GmbH

2009 ein neues Audio-Denkmal,⁴ das mit dem materiellen Denkmal koexistieren sollte und sich als wichtige Inspirationsquelle für die entwerfenden Künstler herausstellte. Sowohl das Siegerprojekt als auch das Projekt von Tobias Pils griffen im Audioguide hörbare Aussagen auf: die Erinnerung an den einstürzenden Dachstuhl des brennenden Tempels und den Satz »Ich höre die Wände sprechen« von Moshe Jahoda. Werner Reiterer rückte den Audioguide überhaupt in eine zentrale Position seiner Konzeption.

Ausschreibung und Wettbewerb

Im Herbst 2009 wurde die Ausschreibung vorbereitet und im Januar 2010 der zweistufige, geladene Wettbewerb durch KOER ausgelobt. Als Ziel wurde definiert, die getilgte Vergangenheit – den Tempel als religiöses Zentrum der Gemeinde und bedeutendes Gebäude sowie seine Zerstörung als intentionalen Akt der *damnatio memoriae* – wieder ins öffentliche Gedächtnis zu holen. Zugleich sollte aus dem »Unort«, als der sich der kleine Park bislang darstellte, ein für die Bewohner/innen des Bezirks zugänglicher und nutzbarer Freiraum geschaffen werden, ein »Ort der Begegnung und des Gedenkens«. Aus der Bürger/innenbefragung war außerdem hervorgegangen, dass angesichts des hohen Anteils an Migranten in der Umgebung und der dichten religiösen Topografie⁵

die Frage nach der gegenwärtigen Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Zuwanderern thematisiert werden sollte – als aktuelle Dimension in der Auseinandersetzung mit der radikalen und brutalen Ausgrenzung, die die Juden im Nationalsozialismus erlitten hatten. Mit diesem Wunsch war allerdings die Aufgabenstellung inhaltlich schon etwas überfrachtet. Wenn außerdem anderer NS-Opfergruppen wie der Roma und Sinti oder der Homosexuellen gedacht werden sollte, stand das bereits in einem gewissen Gegensatz zur Absicht, an dieser Stelle nicht ein »kleines Holocaust-Denkmal« in der Gesamtdimension der Tragödie zu errichten, sondern im Gegenteil auf den spezifischen Tempel und die lokale jüdische Gemeinde Bezug zu nehmen.

Mir, der ich an der Vorbereitung der Ausschreibung und in der Jury mitwirkte, erschien diese Unterscheidung besonders wichtig, weil in der jüngeren Bildenden Kunst die Thematik überwiegend zu einer stark abstrakten Konzeption und Sprache führte, um der Unfassbarkeit und symbolischen Unabschließbarkeit der Shoah gerecht zu werden. Hier hingegen sollte ein vor allem positives Gedenken an einen sozial und architektonisch konkret fassbaren Raum geschaffen und der intentionalen Tilgung durch den Nationalsozialismus entgegengesetzt werden – weniger ein Ort des industrialisierten Massenmordes als ein Ort der »nachbarschaftlichen« Realisierung der Shoah in ihrer gesellschaftlichen und

kulturellen Dimension, die dem Mord voranging. Neben magistratischen Auflagen hinsichtlich der Barrierefreiheit, Beleuchtung, Vorbeugung gegen Vandalismus und Vermeidung verschiedener Gefährdungen, etwa durch hervorstehende Elemente etc., kam als planerische Erschwernis hinzu, dass die Magistratsabteilung 42, die »Wiener Stadtgärten«, als Grundbesitzer den Erhalt der sieben Lindenbäume auf der Fläche forderte. Aufgrund der Vielzahl von Auflagen und Wünschen sowie der architektonischen Aufgabenstellung einer Neugestaltung der ganzen Fläche als Freiraum – auch unabhängig von seiner symbolischen Funktion – erwies sich die Einladung von Landschaftsarchitekt(inn)en als Partner der Künstler/innen als fruchtbar.

Die Projekte

Kurator Stefan Musil wählte fünf Künstler/innen aus, die gemeinsam mit Landschaftsarchitekt(inn)en Teams bildeten.

Die Konzeptionen von koselicka landschaftsarchitektur & Werner Reiterer bzw. Landschaftsarchitektur Rajek Barosch & Tobias Pils griffen keine Elemente des zerstörten Tempels in Grund- oder Aufriss auf. Reiterer verwies mittels eines Lichtkegels auf die Leerstelle, das Verschwundene und Zerstörte. Auf fünf Bänken, auf denen nach dem »Anschluss« den Juden sich niederzulassen verboten wurde, sollten die Telefonnummern des Audioguides in fünf Sprachen zu lesen sein. Tobias Pils prägte einer Betonwand den Satz »Ich höre die Wände sprechen« und auf der anderen Seite der Wand gegenläufig die hebräische Übersetzung ein. Büro Brandstätter Landschaftsarchitektur & Prinzgau/Podgorschek planten einen Holzsteg, der in freier Form auf die Frauenempore Bezug nahm, brachten aber auch neben dem Davidstern, Kreuz und Halbmond als Zeichen der religiösen Vielfalt der heutigen Umgebung ein und versuchten auf diese Weise vieles – vielleicht zu viel – von den Ansprüchen der Ausschreibung und der Bürger/innenbeteiligung umzusetzen.

An der zweiten Wettbewerbsstufe nahm neben dem Siegerprojekt das Büro für Landschaftsarchitektur DI Anna Detzlhofer & Sabina Hörtnner gemeinsam mit Sabine Dessovic teil und plante als einziges Projekt Elemente einer getreuen räumlichen Rekonstruktion. Auf einem 22 Meter hohen, die Umgebung überragenden Mast sollte die Laterne der Synagogenkuppel in Originalgröße und -position angebracht werden und bei Nacht leuchten, während in der Bodengestaltung der Grundriss der Kuppel nachgezeichnet würde. Vom Boden abgehoben sollte

ein Netz von Holzstegen als Erschließung der Fläche, aber auch als Metapher der Ausstreichung fungieren, der im Boden versinkende Schriftzug »Synagoge Turnergasse« sollte rückseitig den Platz begrenzen.

Das realisierte Siegerprojekt: »Suche nach einer reflexiven Archäologie«

2011 wurde das Siegerprojekt der Landschaftsarchitekten Auböck + Karász und der Künstler/innen Lobnig/Andraschek realisiert. Die »reflexive Archäologie« geht vom zerstörten Tempelbau in seiner realen Dimension aus, weicht aber von einer Rekonstruktion ab, reflektiert die Zerstörung und schafft Bilder einer Archäologie, die keine ist, sondern im Boden ein Vexierbild zwischen historischen und gegenwärtigen Bezügen »entdeckt«. Dunkelgrau durchgefärbte Betonbalken mit der dem Sichtbeton eigenen Holzoberfläche (Abdruck der Schalungshölzer) sind in ihrer wie hingeworfenen Anordnung dem eingestürzten Dachboden des Tempels nachgebildet. Vier Mosaik, im sandigen Boden gleich archäologischen Relikten sichtbar werdend, zeigen die sieben Früchte der Thora in gestalterischer Anlehnung an römische Bodenmosaik, die die Überreste eines Fests zeigen – ohne Referenz auf die einstige Bodengestaltung des Turnertempels. Diese Motivik wird ihrerseits in die Gegenwart verlagert als Bild eines fröhlichen Picknicks, in dem sich auch ein Plastiksack und eine zerdrückte Dose finden – Aufforderung zu einer entsprechenden Nutzung des Ortes. Die Geschichte des Ortes und den Ursprung des Denkmals erläutert im rückwärtigen Bereich der Fläche eine emaillierte Tafel, auf der sich auch die Telefonnummern befinden, unter denen die Tonspuren des Audioguides abhörbar sind.

Die Art und Weise, wie die Gestaltung von der gesamten Fläche Besitz ergreift, ist eine besondere architektonische Qualität des Entwurfs. Die symbolische Form des historischen Gedenkens deckt sich vollständig mit der Flächengestaltung des Parkraums: Die schwarzen Balken sind das semantische Kernmotiv, strukturieren aber zugleich die gesamte Fläche bis an die Ränder und können als Sitzgelegenheit genutzt werden.

Sozialräumliche Einbindung des Denkmals

Durch diese Konzeption entsteht eine bestimmte sozialräumliche Existenzform des Denkmals, die sehr gut dem bürgerschaftlichen Ursprung des Projekts »Herklotzgasse 21« und der möglichst bürgernahen Entwicklung des



Turnertempel Erinnerungsort, 2011 © Stephan Wyckoff/KÖR GmbH

Erinnerungsortes Turnertempel entspricht. Zwar fällt die ungewöhnliche Gestalt der Balkenstruktur und Mosaik aus dem visuell vertrauten Stadtraum heraus und gibt dadurch Hinweis auf eine besondere Bedeutung, doch löst sich das Denkmal nicht durch einen Sockel oder irgendeine andere Form der Schwelle vom Straßen- und Freiraum der Umgebung ab. Eines der Mosaik überschreitet sogar den Raum des Erinnerungsortes und ist im umlaufenden Gehsteig eingelassen. Es ist so weit als möglich in die Nutzungs- und Alltagsstruktur des Stadtraums eingebunden.

Das Projekt »Herklotzgasse 21« entstand aus einer Bürogemeinschaft, die wissen wollte, in welchen Räumen sie sich niedergelassen hatte. Die Büroräume stellten sich als der ehemalige Festsaal des Jüdischen Vereinshauses heraus und wurden zum temporären Ausstellungsort. Die Frage nach der Geschichte und Erinnerung keimte mitten im heutigen Arbeitsalltag auf – eine Frage ohne Institution. Die Errichtung des Erinnerungsortes Turnertempel bedurfte der Institution aufgrund des materiellen Aufwands und zur rechtlichen Absicherung bei einer so tiefgreifenden und bleibenden Intervention im öffentlichen Raum. Doch blieb die sozialräumliche Ein- und Rückbindung trotz der Institutionalisierung erhalten. Das wurde in der Ausschreibung nicht gefordert, vielmehr ist es

ein »Charakter« der lokalen Erinnerungsarbeit, der sich implizit durch den Wettbewerb hindurch den Künstler(inne)n in ihrer Entwurfsarbeit vermittelte und ins Werk mündete. □

Anmerkungen

- 1 Central Archives of the History of the Jewish People Jerusalem, A/W 2061.
- 2 Archiv der IKG Wien, A/VIE IKG/I-III/LG/Wien 15, Turnergasse 22/1/1.
- 3 Bescheid der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Hauptabteilung Bauwesen, Abteilung G 9, Bau-, Feuer- und technische Gewerbepolizei für die Bezirke 15 und 16 vom 7. September 1942. Bauakt des Magistrats der Stadt Wien, MA 37, Baupolizei, 15. Bezirk, EZ 174.
- 4 Zu hören unter +43 1 236 25 11 09-1 oder <http://www.herklotzgas-se21.at/index.php?id=51> (25.03.2015)
- 5 Kirche Maria vom Siege am Mariahilfer Gürtel, Schule und Kloster der Schulschwestern in der Friesgasse, kleine Moschee in der Dingelstedtgasse gegenüber dem Platz des ehemaligen Tempels.

Literatur

- Leopold Stern, *Geschichte der israelitischen Cultusgemeinde im Bezirke Sechshaus 1846–1892*. Wien 1892.
- Georg Traska, *Die jüdische Gemeinde »Sechshaus«*. In: Michael Kofler, Judith Pühringer, Georg Traska (Hg.), *Das Dreieck meiner Kindheit. Eine jüdische Vorstadtgemeinde in Wien*. Wien 2008.
- Bob Martens, Herbert Peter, *Die zerstörten Synagogen Wiens. Virtuelle Stadtpaziergänge*. Wien 2009.
- Kunst im öffentlichen Raum GmbH (Hg.), *Turnertempel Erinnerungsort. Suche nach einer reflexiven Archäologie – Memory Site Turner Temple. Searching for a Reflexive Archaeology*. Nürnberg 2012.
- Christoph Lind, *Kleine jüdische Kolonien. Juden in Niederösterreich 1782–1914*. Wien 2013.
- Pierre Genée, *Wiener Synagogen. Repr.* Wien 2014.

Publikationen



»Ostjuden« – Geschichte und Mythos

Hg. von Philipp Mettau und Barbara Staudinger
Schriftenreihe des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs 1 | Studienverlag, Innsbruck-Wien-Bozen 2015 | ISBN 978-3-7065-5411-4 | 24,90 Euro; auch als E-Book erhältlich

Drei Generationen. Shoah und Nationalsozialismus im Familiengedächtnis. Hg. von Martha Keil und Philipp Mettau | Schriftenreihe des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs 2 | Studienverlag, Innsbruck-Wien-Bozen 2016 | Erscheint im Frühjahr 2016 | ISBN 978-3-7065-5414-5 | 29,90 Euro; auch als E-Book erhältlich



Vorarlberg ist ein weltoffenes, kunstsinniges Land im äußersten Westen Österreichs. Alpenidylle und pulsierendes Kulturzentrum zugleich. Anregend und bewegungsfreudig.

Hier faszinieren die Landschaften mit großem Variantenreichtum – sanft zeigt sich das Land an den Ufern des Bodensees, eindrucksvoll alpin in der Bergwelt von Arlberg, Silvretta und Rätikon. Ein reizvolles Wechselspiel von weiten Tälern, imposanten Bergen, lebendigen Kleinstädten und malerischen Bergdörfern, noch dazu auf so angenehm überschaubarem Raum.

Vorarlberg lädt seine Besucher ein, Neues zu entdecken, Neues auszuprobieren und ganz besondere Momente zu erleben. Bei den zahlreichen hochkarätigen Kulturveranstaltungen, wie den Bregenzer Festspielen oder der Schubertiade. Bei der Auseinandersetzung mit der überraschend modernen (Holz-) Architektur. Beim Genießen der kreativ-regionalen Küche in den vielen ausgezeichneten Restaurants und Wirtshäusern oder bei inspirierenden Ausflügen in der Natur. Denn in Vorarlberg führen die Wanderwege nicht einfach nur auf Berge hinauf. Viele Wege erzählen Wissenswertes über die Geschichte, die Natur und die Lebenskunst.

Vorarlberg Tourismus: Postfach 99, 6850 Dornbirn
Tel. + 43 (0)5572 / 377033-0, F 377033-5
info@vorarlberg.travel | www.vorarlberg.travel

Vorarlberg entdecken

Jüdisches Museum Hohenems

Eingerichtet in der 1864 erbauten Villa Heimann-Rosenthal spannt das Jüdische Museum Hohenems den Bogen vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Dauerausstellung und Sonderschauen thematisieren Vergangenheit und Gegenwart zwischen Migration und Heimat, Tradition und Veränderung. Das Museum bietet mehrsprachige Audioguides, Videoterminals und eine Kinderausstellung für Kinder ab 6 Jahren. Im Museumscafé werden die Besucher mit jüdischem Hochzeitskuchen und Kaffee, Bagels und koscherem Wein verwöhnt.

Öffnungszeiten Museum und Café

Di–So und an Feiertagen 10.00–17.00 Uhr

Jüdisches Museum Hohenems

Schweizer Straße 5, 6845 Hohenems

Telefon +43 05576 73989-0

office@jm-hohenems.at

www.jm-hohenems.at

Jüdisches Museum Hohenems
© Foto: Dietmar Walser/Jüdisches
Museum Hohenems



Aktuelle Ausstellung

Endstation Sehnsucht.

Eine Reise durch Yerushalayim-Jerusalem-Al Quds

10. Mai 2015 bis 14. Februar 2016

Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Hohenems. Kuratiert von Hannes Sulzenbacher. Mit Fotografien von Galia Gur Zeev

Seit drei Jahren verbindet eine umstrittene Straßenbahn den Westen Jerusalems mit jüdischen Siedlungen im palästinensischen Ostteil. In ihr begegnen sich orthodoxe Juden, säkulare Israelis und Palästinenser, Pilger, Stadtbevölkerung und Touristen. In ihr spiegelt sich die brisante Gegenwart der urbanen Gesellschaft von Jerusalem. Das Jüdische Museum Hohenems nimmt seine Besucher mit auf eine Fahrt durch die Stadt, die Juden, Christen und Muslimen als heilig gilt. Eine Stadt, die Menschen aus allen Teilen der Welt für sich beanspruchen, und in der alle Konflikte der Vergangenheit und der Gegenwart ihren Ort haben.

Oben: Straßenbahn in Jerusalem
© Foto: Galia Gur Zeev

Linke Seite: Wandern auf »Min Weag« (Mein Weg) © Foto: Peter Mathis/Vorarlberg Tourismus

Erinnerungszeichen –

Gerald Lamprecht

Blick in die Glaskuppel der im Jahr 2000 eingeweihten Grazer Synagoge. In den Glaselementen liest man die jeweiligen Anfangs- und Endverse der Fünf Bücher Mose. © Gerald Lamprecht

Die neue Synagoge erhebt sich aus den Ruinen der alten. So bleibt die Erinnerung an die Zerstörung wach und zugleich wird durch den Neubau Zuversicht und Hoffnung ausgedrückt.¹

Die beiden Architekten der im Jahr 2000 eingeweihten Grazer Synagoge, Jörg und Ingrid Mayr, stellten ihrem Entwurf diese eingangs zitierten Überlegungen zur Seite. Demnach sei das Gebäude Erinnerungszeichen an die traumatische und gewalttätige Vergangenheit ebenso wie Symbol für eine zuversichtliche Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in der Steiermark. Sie vereine somit zumindest zwei Funktionen in sich, die sich auch in ihrer Entstehungs- und nachfolgenden Nutzungsgeschichte spiegeln: Gedenk- und Gedächtnisort sowie religiös-kulturelles Gemeindezentrum.

Der Neubau ist ein Ergebnis der Transformationen des historischen Bewusstseins in Österreich seit den 1980er Jahren. An seiner Geschichte zeigen sich zudem die Schwierigkeiten einer kleinen jüdischen Gemeinschaft, sich nach der Shoah in einer österreichischen Stadt zu behaupten. Unterschiedliche Gesellschafts- und Gruppeninteressen begleiteten den Bau ebenso wie diverse Nutzungskonzepte seit der Eröffnung. Mit ihm sind zudem vielfältige Erwartungen verbunden, die sich in manchen Fällen überlagern und immer wieder auch konfliktbeladen sein können. Sie drehen sich um Fragen nach Identitäten und Verortungen der jüdischen Bevölkerung in der städtischen Gesellschaft. Fragen, die bereits die Vorgängerbauten begleiteten.



Die Grazer Synagogen vor der Shoah

Seit dem Emanzipationszeitalter wurden in Graz vier Synagogen errichtet, die erste neuzeitliche geht auf die 1863 in Graz konstituierte »Israelitische Corporation« zurück. Sie wurde in einer kurzen Phase des Liberalismus in der Steiermark im sogenannten Coliseum eingerichtet. Als Bauherren traten einige vorrangig aus Westungarn zugewanderte jüdische Händler auf, die mit ihrem Vorhaben die Absicht einer Gemeindegründung und längerfristigen jüdischen Zukunft in Graz verfolgten. Dem Bethaus war ein Jahr zuvor die Gründung eines Friedhofs vorangegangen. Neben dem Zeitpunkt der Errichtung 1865, zwei Jahre vor der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in der Habsburgermonarchie, zeichnete sich die Synagoge vor allem dadurch

Bethaus – Lernort?

Die wiedererrichtete Grazer Synagoge



aus, dass sie von der Straße aus nicht als solche zu erkennen war. Trotzdem war ihre Eröffnung zu Rosch Haschana (Neujahr) ein bedeutsames gesellschaftliches Ereignis in Graz, da der Synagogenbau von den politischen Eliten als Zeichen der Fortschrittlichkeit und Aufgeklärtheit verstanden wurde. Die Einweihung selbst wurde vom Wiener Prediger Adolf Jellinek und vom berühmten Wiener Kantor Salomon Sulzer vorgenommen. Sie entsprach dem Wunsch der kleinen Zuwanderergemeinschaft nach Loslösung von den teils als »rückständig« empfundenen ungarischen Heimatgemeinden.

Nachdem seit der Emanzipation von 1867 und der ihr folgenden offiziellen Gründung der Israelitischen Kultusgemeinde die Zahl der Jüdinnen und Juden in Graz beständig wuchs, wurde die rund 240 Personen fassende Coliseumssynagoge rasch zu klein. Zudem ver-

langte die aufstrebende Gemeinde in den folgenden Jahren nach einer symbolischen Repräsentation in der Landeshauptstadt. Treibende Kraft hinter dem Bau einer neuen großen Synagoge war der 1877 nach Graz berufene Rabbiner Samuel Mühsam. Trotz der in Folge des Börsenkrachs wirtschaftlich schwierigen Jahre und des aufkommenden politischen Antisemitismus gelang es der 1890 in der gesamten Steiermark rund 1.800 Mitglieder umfassenden jüdischen Gemeinde, im Bezirk Gries – an der Mur gelegen – ein repräsentatives Haus zu errichten. Auf dem angrenzenden Grundstück wurde zeitgleich ein Amts- und Schulgebäude fertiggestellt und somit ein Zentrum des jüdischen Lebens in Graz geschaffen. Als Architekt fungierte der Wiener Maximilian Katscher. Er orientierte sich bei der Planung an den gegen Ende des 19. Jahrhunderts geführten



Die Grazer Synagoge, geplant von Jörg und Ingrid Mayr © Gerald Lamprecht

Architekturdiskussionen über einen jüdischen Baustil und entschied sich für einen maurisch-romanischen Backsteinbau mit einer von einem Davidstern gekrönten zentralen Kuppel.

Die gründerzeitliche Synagoge, die zu Rosch Haschana 1892 mit Weihereden von Samuel Mühsam und Moritz Gudemann, Rabbiner des Wiener Stadttempels, eingeweiht wurde, bekräftigte den Anspruch der Grazer Jüdinnen und Juden nach einer Partizipation an der städtischen Gesellschaft sowie innerhalb der deutschen Kultur, was ihnen von antisemitischer Seite immer wieder abgesprochen wurde.² Dementsprechend stellte Rabbiner Mühsam seiner Rede auch den Satz »Es gibt nur einen Gott und eine Menschheit« voran.³ Diese jüdische Selbstverortung äußerte sich letztlich auch in der Innenraumgestaltung, die mit der Bima unmittelbar vor dem Thoraschrein und dem Einbau einer Orgel eine Reformorientierung zum Ausdruck brachte.

1914 wurde das Amtsgebäude schließlich um eine Wintersynagoge erweitert. Ihr Bau wurde durch das anhaltende Wachstum der Gemeinde ebenso wie durch die technischen Unzulänglichkeiten der großen Synagoge notwendig, da vor allem in den Wintermonaten deren Benützung mangels einer Heizung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war.

Das Ende der Grazer Synagogen und der Gemeinde kam mit dem Jahr 1938 und der nationalsozialistischen Machtübernahme. Im Zuge des Novemberpogroms wur-

den die beiden Gotteshäuser ebenso wie die 1910 auf dem jüdischen Friedhof errichtete Zeremonienhalle durch örtliche Nationalsozialisten zerstört. Die Brandlegungen, als Aufwallungen eines »spontanen Volkzorns« propagiert, waren vorausschauend geplant und organisiert worden. So wurde die Synagoge in der Nacht vom 9. auf den 10. November von Mitgliedern des Grazer SA-Sturms mit bereits tagsüber herbeigeschafften Brennmaterialien angezündet. Die städtische Feuerwehr, die in die zuvor stattgefundenen Planungsbesprechungen eingebunden worden war, stand in der Nacht für Sicherungsmaßnahmen der umliegenden Wohnhäuser bereit. Ursprünglich nicht geplant war die Brandschatzung des Amts- und Schulgebäudes mit der Wintersynagoge. Seine teilweise Zerstörung war eine Art Kollateralschaden. Die Zeremonienhalle wurde erst am folgenden Tag, dem 10. November, niedergebrannt.⁴

Nach den Zerstörungen im Zuge des Pogroms wurde die Ruine der Synagoge gesprengt, der Schutt abtransportiert bzw. das noch brauchbare Material in weiterer Folge für den Bau von Garagen in der Alberstraße/Ecke Maifreddygasse weiterverwendet. Aus dem ehemaligen Synagogengrundstück wurde ein Park und das umgebauten Amts- und Schulgebäude zum Sitz der Hitlerjugend umfunktioniert. Als »Ariseur« sowohl des Grundstücks als auch des Gebäudes trat die Stadt Graz in Erscheinung.

Schwieriger Neubeginn: die Grazer Synagoge im Spiegel der Erinnerungspolitik

Bei der Volkszählung im Jahr 1934 bekannten sich in der Steiermark 2.195 Menschen zum mosaischen Glauben. Sie alle, sowie all jene, die erst durch die »Nürnberger Rassengesetze« zu »Jüdinnen« und »Juden« und somit zu Verfolgten gemacht wurden, waren von Beraubung und Vertreibung betroffen. Rund ein Drittel der steirischen jüdischen Bevölkerung wurde in der Shoah ermordet.

Für die wenigen, rund 100 bis 200 Jüdinnen und Juden, die aus den Lagern oder der Emigration nach Graz zurückkehrten, verlief der Neustart äußerst schwierig. Neben den erlittenen Traumata und dem Verlust von Angehörigen und Freunden waren sie mit der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Notlage sowie vielfältigen Problemen in Bereichen der Restitution des geraubten Eigentums und Fragen der »Wiedergutmachung« konfrontiert. Erschwerend kam hinzu, dass das gesellschaftliche Klima in der Steiermark, auch über den Bruch des 8. Mai 1945 hinweg, tief von antisemitischen Ressentiments geprägt war. Eingebettet in diese abweisende gesellschaftliche Stimmung und konfrontiert mit den alltäglichen Widrigkeiten, zog sich in der Folge die jüdische Gemeinde weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurück. Ihre Mitglieder versuchten über Jahrzehnte hinweg, in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen. So vollzog sich das jüdische Leben beinahe ausschließlich in den Räumen der Gemeinde sowie den Familien und Freundeskreisen, die auch die Grazer Diaspora miteinbezogen. Im restituierten Amtsgebäude, das man sich zunächst mit der KPÖ und später mit einem Trachtenfabrikanten teilte, wurde ein eigener Betraum eingerichtet und für die hohen Feiertage sowie religiösen Feste ein Rabbiner aus Wien eingeladen. Zu keiner Zeit strebte die kleine Grazer Gemeinde jedoch den Bau einer neuen Synagoge an. Vielmehr sah man angesichts der Kleinheit und des durchschnittlich hohen Alters der Mitglieder dafür gar keine Notwendigkeit.

Dies sollte sich mit den Transformationen des österreichischen historischen Bewusstseins ab den 1980er Jahren wandeln, wobei die Initiative nicht von der jüdischen Gemeinde, sondern von der nichtjüdischen Zivilgesellschaft und einzelnen politischen Kräften ergriffen wurde. Nach einem ersten öffentlichen Erinnerungszeichen, das in Form einer Gedenktafel im Jahr 1963 am Amtsgebäude angebracht worden war, dauerte es bis zum Jahr 1983, ehe erstmals eine breitere Öffentlichkeit vom Schicksal der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1945 sowie deren Leben in der Gegenwart Notiz

nahm. Der steirische Künstler Fedo Ertl legte in seiner Installation »1938/83« an den Landesgaragen in der Alberstraße/Ecke Mayfreddygasse einen Streifen im Verputz frei. Er wies erstmalig öffentlich auf die Zerstörung der Grazer Synagoge in der Reichspogromnacht hin und stand somit am Beginn der Entwicklung zur Wiederrichtung im Jahr 2000.

Die ersten realen Neubaupläne gab es im sogenannten »Gedenk- und Bedenkjahr 1938/88«, als sich die Stadt Graz und das Land Steiermark im Rahmen des »Steirischen Herbstes« intensiv und kritisch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzten. Im Zuge dieses erstmaligen offiziellen Gedenkens wurden Mahnwachen in Erinnerung an die Pogromnacht abgehalten und ein erstes Denkmal am ehemaligen Synagogengrundstück gesetzt. Inmitten des Areals wurde ein Obelisk mit einer Inschrift platziert und die ehemaligen Grundmauern der Synagoge mit Marmortafeln sichtbar gemacht.

Aus diesen Gedenkaktivitäten ging schließlich die Idee einer Wiederrichtung und Rückgabe der Grazer Synagoge hervor. Unter den Initiatoren waren unter

Ottenstein
— HOTEL —

Schlossrestaurant
Bootsbetrieb



Peygarten Ottenstein 60, 3532 Rastenfeld
Tel +43 (0)2826 251, rezeption@hotelottenstein.at
www.hotelottenstein.at



Innenraum der gründerzeitlichen Synagoge mit eingebauter Orgel (undatiert) © Yad Vashem

Gründerzeitliche Synagoge von Graz mit dem angrenzenden Amts- und Schulgebäude um 1900 © Bildarchiv Austria, ÖNB, Foto: Erwin Hassak

Erinnerungsort – Gedenkort – Begegnungszentrum?

Dieser Vorgeschichte entsprechend fiel letztlich die Planung des Gebäudes aus. Es trägt zahlreiche Erinnerungszeichen in sich und kann vor diesem Hintergrund auch als Mahnmal gesehen werden. Die neue Synagoge wurde auf den Grundmauern der alten, zerstörten errichtet, zugleich wurden die ehemals für den Bau der Landesgaragen verwendeten Ziegel in den Neubau integriert. Weiters wurde der 1988 aufgestellte Obelisk eingebunden, er steht heute zentral im Untergeschoss. Direkt über ihm befindet sich die aus Glas gefertigte Bima. Neben diesen und weiteren Erinnerungszeichen ist es aber vor allem die Architektur selbst, die eine Kontinuität zur gründerzeitlichen Synagoge wie auch zu dem in der Shoah ver-

anderem Bürgermeister Alfred Stingl (SP) und Kulturstadtrat Helmut Strobl (VP) sowie einzelne Vertreter der Zivilgesellschaft. Als man jedoch mit diesen Plänen an die jüdische Gemeinde herantrat, begegnete man zunächst überwiegender Skepsis und Ablehnung. Der Grundtenor lautete, dass angesichts des Durchschnittsalters sowie der geringen Mitgliederzahl keine Synagoge benötigt werde. Auch wolle man nicht allzu sehr in die Öffentlichkeit treten und sehe letztlich keine jüdische Zukunft in der Steiermark. Falls es aber trotzdem den Wunsch gäbe, etwas zu tun, so die Entscheidung der Kultusgemeinde, so wäre die Errichtung einer würdigen Zeremonienhalle auf dem Friedhof ein geeignetes Zeichen der Aussöhnung. Die Halle, ebenfalls von Jörg und Ingrid Mayr entworfen, wurde am 11. November 1991 eingeweiht.⁵

Doch trotz der noch immer zurückhaltenden Position der jüdischen Gemeinde verfolgten die Betreiber des Baues der Zeremonienhalle weiterhin das Projekt eines Synagogenbaus. Nachdem der angesprochene gesellschaftliche Wandel eine schrittweise Öffnung der jüdischen Gemeinde nach sich zog, konnte im Jahr 1998 im Grazer Stadtsenat der einstimmige Beschluss einer Wiedererrichtung gefasst werden.



nichteten jüdischen Leben herstellen möchte und somit den Mahnmalcharakter unterstreicht.

Die Eröffnungsansprachen der politischen Vertreter am 9. November 2000 wurden ebenso in diesem Sinne gehalten. Demnach sei der Neubau im Kontext der kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu sehen und man wolle die Wiedererrichtung mehr als 60 Jahre nach der Zerstörung im Sinne eines »Nie-Wieder« und als ein Zeichen der »Versöhnung« verstanden wissen.⁶ Dementsprechend wurden auch rund 100 aus Graz vertriebene Jüdinnen und Juden zu den Einweihungsfeierlichkeiten eingeladen.

Aus Sicht der jüdischen Gemeinde beinhaltete der Bau neben dem Aspekt der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus jedoch auch einen Aufbruch in eine neue Zukunft in Graz. Demgemäß kam es mit der Fertigstellung zu einem Generationswechsel im Kultusgemeindevorstand. Der langjährige Präsident Kurt David Brühl und sein Vizepräsident Otto Günter Klein, beide vor 1938 in Graz geboren und maßgeblich in die Planungen mit eingebunden, legten ihre Funktionen zurück. Mit dem Nachfolger Gérard Sonnenschein, der in der Emigration geboren worden war, vollzog sich auch im gesamten Vorstand eine Verjüngung. Die Hoffnung war, dass damit neben der Öffnung auch eine Belebung jüdischen Lebens mit der Synagoge als neuem Zentrum einhergehen würde. Ariel Muzicant, der damalige Präsident der Wiener IKG, sprach diese Belebung in seiner Ansprache anlässlich der Einweihung auch direkt an und forderte die Politik dazu auf, die Grenzen für eine jüdische Zuwanderung zu öffnen, wenn man wolle, dass die Synagoge nicht nur Mahnmal sondern auch in 20 Jahren ein belebter Ort sein solle.⁷

Diesem Wunsch nach Grenzöffnung kam die Politik jedoch nicht nach und die Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die burgenländischen Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf wurde 2013 aufgelöst und in die IKG Wien integriert. An ihre Stelle trat in Graz ein Israelitischer Kultusverein, der sich fortan um die religiösen und kulturellen Belange der jüdischen Bevölkerung ebenso wie um die Synagoge kümmern sollte.

Obwohl das gewünschte Wachstum der Gemeinde ausblieb, konnte sich die Synagoge seit ihrem Bestehen als zentraler Ort jüdischer Kultur und Geschichte bzw. jüdischen Lebens etablieren. Regelmäßig werden Gottesdienste und religiöse Feierlichkeiten abgehalten, die im Untergeschoß befindlichen Gemeinschaftsräume werden für Festivitäten der Gemeindemitglieder genutzt. Durch die dort gezeigten Ausstellungen entwickelte sich die

Synagoge generell zu einem frequentierten Veranstaltungsort. So organisierte und organisiert die Kultusgemeinde und seit 2014 der Kultusverein Vorträge, Konzerte und Gedenkveranstaltungen, die zwar auch von Mitgliedern der kleinen Gemeinde, jedoch mehrheitlich von nichtjüdischen Grazer/innen besucht wurden und werden.

Schließlich ist die Synagoge auch zentraler Lernort für eine Vielzahl von steirischen Schüler/innen. Zwischen 80 und 100 Schulklassen besuchen jährlich im Rahmen des Geschichts- oder Religionsunterrichts die Synagoge und werden sowohl über jüdische Geschichte und die Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus als auch über die Grundzüge des Judentums informiert. So zeigt sich auch hier der doppelte Charakter des Gebäudes als religiöser und geschichtlicher Ort.

Conclusio

Mit dem Bau der Synagoge und ihrer Einweihung im Jahr 2000 wurde in Graz ein Erinnerungszeichen geschaffen, das sowohl auf die Vernichtung in den Jahren

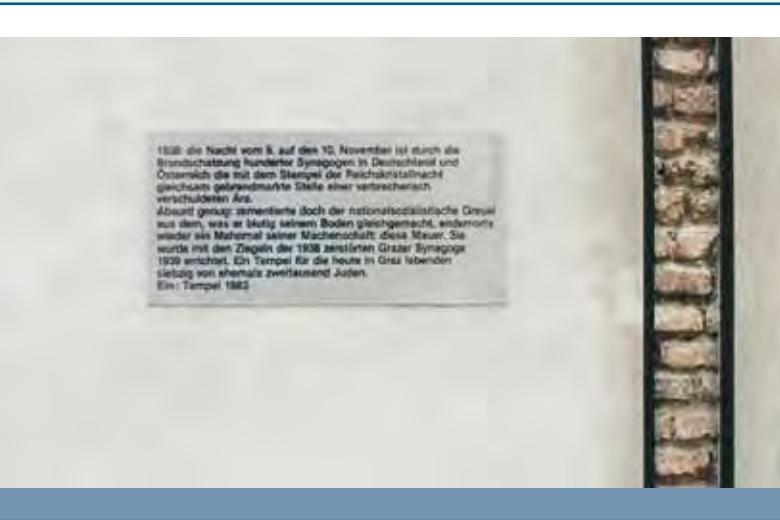


Arbeitsplätze schaffen.

Österreichs Industrie sichert direkt und indirekt 2,4 Millionen Jobs. Die Menschen und die Unternehmen brauchen eine Entlastung bei den Arbeitskosten. Eine Vermögensbesteuerung aber würde heimische Arbeitsplätze vernichten.

Foto: di.industrie.at/Mathias Krieger

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG www.iv-net.at  



Mahnmal, Albertstraße, Graz © Fedo Ertl, Foto: Hans Georg Tropper, Bild & Grafik. Entnommen aus: Fedo Ertl, *Citizens. Der Künstler im Kontext der Gesellschaft*. Hrsg. von Werner Fenz. Verlag Bibliothek der Provinz [Weitra 2009]

1938 bis 1945 als auch auf die Gegenwart der jüdischen Gemeinde verweist. Als solches Zeichen wird sie von vielen Menschen auch wahrgenommen. Der Israelitische Kultusverein übernimmt nicht zuletzt durch die Ausrichtung von Gedenkveranstaltungen in der Synagoge – am 27. Jänner (dem Internationalen Holocaustgedenktag), dem Jom HaSho'a (Tag des Gedenkens an Shoah und Heldentum, findet am 27. Nisan des jüdischen Kalenders statt), dem 5. Mai (Gedenktage gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus) sowie am 9. November (Gedenken an das Novemberpogrom) – zentrale Aufgaben der ritualisierten Erinnerungsarbeit in Graz. Vor allem ist die Synagoge aber religiöses und kulturelles Zentrum der kleinen jüdischen Gemeinschaft und wird als solches auch genutzt. Schließlich ist sie im Rahmen der Veranstaltungen und Schulführungen Begegnungszentrum von Judentum und nichtjüdischer Umgebungsgesellschaft.

Dieses Anforderungsspektrum zwischen Erinnern, Gedenken und Aufklären auf der einen Seite und den Erwartungen einer kleinen, sehr heterogenen und zunehmend aus Zugewanderten mit unterschiedlichen Vorstellungen von jüdischem Leben und jüdischer Identität bestehenden Gemeinde auf der anderen Seite erzeugt auch viele Probleme und Spannungen. Sichtbar werden diese exemplarisch an zwei Projekten: der im Jahr 2005 gezeigten Ausstellung »Minhag Styria. Jüdisches Leben in der Steiermark« und dem in Planung befindlichen »Beit Hashem/Haus der Namen – Holocaust Gedenkstät-

te Steiermark«. Denn wurde in der Ausstellung »Minhag Styria« der Fokus auf die Zeit vor und nach der nationalsozialistischen Herrschaft gelegt und ganz bewusst versucht, jüdische Identität auch abseits der Shoah zu definieren, so hat das »Haus der Namen« vor allem das Gedenken an die Verfolgung und die NS-Opfer sowie die Fragen nach einem erfolgreichen Zusammenleben in der heutigen Migrationsgesellschaft zum Ziel.

Gegen das »Haus der Namen«, das letztlich den Gedenkcharakter der Synagoge verstärken würde, werden immer wieder Kritikpunkte vorgebracht. Diese zielen vor allem darauf ab, dass zwischen einem jüdischen Gemeindeleben und einer Holocaustausstellung in ein und demselben Gebäude, nämlich der Synagoge, ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe, da damit dem Holocaust ein übermäßiges Gewicht in der Definition jüdischen Selbstverständnisses gegeben werde.⁸ Mit dieser Kritik werden somit nicht nur die Schwierigkeiten einer »angemessenen« Nutzung des Synagogengebäudes angesprochen, sondern sie berühren auch grundsätzliche Fragen einer Ausverhandlung jüdischer Identität 70 Jahre nach der Shoah. □

Anmerkungen

- 1 Jörg und Ingrid Mayr, *Entwurf der Grazer Synagoge*. In: »Denn mein Haus wird ein Bethaus für alle Völker sein«. Synagoge Graz. Informationsbroschüre aus Anlass der Fertigstellung des Bauwerkes und der feierlichen Übergabe am 9. November 2000. Graz 2000, S. 13.
- 2 *Tempel-Einweihung in Graz*. In: Österreichische Wochenschrift, Jg. 9 (30.9. 1892), Nr. 40, S. 772.
- 3 Samuel Mühsam, *Es gibt nur einen Gott und eine Menschheit. Weiherede zur Einweihung der Synagoge in Graz, des ersten Israelitischen Gotteshauses in der Steiermark*, am 15. September 1892 (23. Elul 5652). Graz 1892.
- 4 Steirisches Landesarchiv, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr. 8361/47.
- 5 Vgl. Kuratorium zur Wiedererrichtung der Zeremonienhalle (Hg.), *Die Zeremonienhalle der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz*. Graz 1991.
- 6 Stellvertretend sei an dieser Stelle auf die Grußworte von Bürgermeister Alfred Stingl anlässlich der Synagogeneröffnung verwiesen, in denen er von »Verzeihung« und »wider das Vergessen« sprach. Vgl. Wolfgang Sotill, *Es gibt nur einen Gott und eine Menschheit. Graz und seine jüdischen Bürger*. Hg. von Kurt Brühl und Helmut Strobl. Graz-Wien-Köln 2001, S. 202.
- 7 Stefan Winkler, *Die Synagoge gibt uns einen Teil unserer Würde wieder*. In: Kleine Zeitung, 10.11.2000.
- 8 Colette Schmidt, »Das Haus ist nicht einmal für das eigene Volk offen«. In: Der Standard, 5.2.2015.

Literatur

- Gerald Lamprecht, *Vom Vergessen und Erinnern. Die Geschichte der jüdischen Gemeinde von Graz seit 1945 im Spiegel der Rückgabe der Synagoge*. In: Joseph Desput (Hg.), *Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute*. Graz 2004, S. 737–752.
- Ders., *Fremd in der eigenen Stadt. Die moderne jüdische Gemeinde von Graz vor dem Ersten Weltkrieg*. Innsbruck-Wien-München-Bozen 2007.
- Ders., *Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in der Steiermark 1938 bis 1940*. In: Heimo Halbrainer, Gerald Lamprecht, Ursula Mindler (Hg.), *NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse*. Wien-Weimar 2012, S. 317–346.

Ein Grabstein für Ilona Schwartz

Die Steinsetzung für 228 Opfer des Massakers von Hofamt Priel

Martha Keil

In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 erschossen Angehörige der Waffen-SS 228 jüdische Männer, Frauen und Kinder, die im Frühjahr 1944 aus Ungarn zur Zwangsarbeit nach Österreich verschleppt und ab Mitte April 1945 auf dem Weg nach Mauthausen in einem Auffanglager in Hofamt Priel bei Ybbs Persenbeug untergebracht worden waren. Der elfjährige Tibor Schwartz überlebte unter einem Strohsack verkrochen, seine Mutter Ilona und seine Schwestern Éva und Judith wurden ermordet. In Angst vor der Rückkehr der Mörder wurde der geschockte Bub von der Bauernfamilie Forsthofer versteckt.

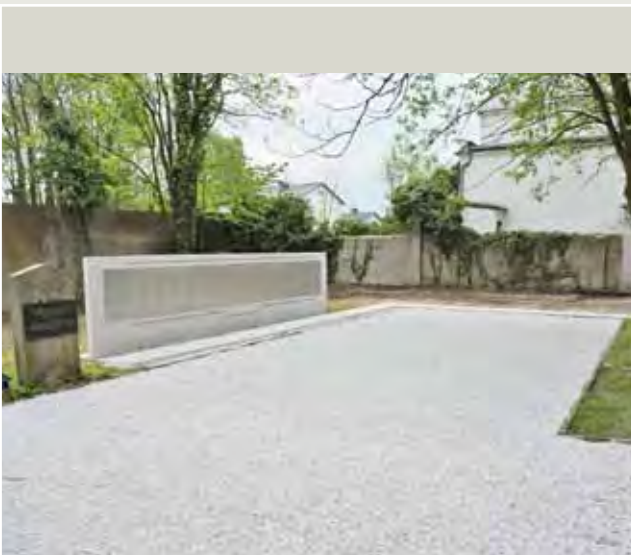
Die nach damaligem Wissen 223, nach derzeitigem Forschungsstand 228 Leichen wurden zuerst unweit des Tatorts begraben. 1964 wurden sie auf den jüdischen

Friedhof St. Pölten überführt und am 26. April neuerlich beerdigt. Der zu diesem Anlass aufgestellte kleine Gedenkstein gibt die Namen der Beerdigten nicht an. Trotz rascher Ermittlungen des Ortsgendarmen konnten die Täter nicht ausgeforscht werden.¹

Das Massaker in Hofamt Priel, fünf Tage vor Kriegsende, zählt zu den grausamsten der zahlreichen Endkriegsverbrechen, mit einer der höchsten Opferzahlen.²

Die Namensliste

Nach sechs Monaten Fußmarsch fand Tibor in seinem Heimatort Puspokládany bei Debrecen seinen Vater und seinen Bruder Shlomo wieder. 1950 wanderten sie gemeinsam nach Israel aus, Tibor nannte sich fortan



Massengrab mit Gedenkstein 1964 und Grabstein 2015 © Foto: Josef Vorlauffer

mit seinem hebräischen Namen, Yakov Schwarcz. Beide Brüder kamen 1964 zur neuerlichen Beerdigung nach St. Pölten. Auch danach besuchte Yakov mehrmals das Grab und hinterließ eine Namensliste, die unter den 223 Opfernamen makabrer Weise auch seinen eigenen enthielt.³ Er stellte eine Laterne mit Jahrzeitkerzen neben den Gedenkstein, einmal fand ich auch ein Büchlein mit Psalmen für das Totengedenken. Yakovs sehnlicher Wunsch nach einem Grabstein für seine Mutter, seine Schwestern und alle anderen Ermordeten war offensichtlich, doch waren weder die Forschungen weit genug gediehen noch die finanziellen Möglichkeiten gegeben. 2006 veröffentlichte die damalige Mitarbeiterin des Injoest, Eleonore Lappin-Eppel, nach intensiven Forschungen eine Namensliste mit nunmehr 228 Opfern. Auch der Schriftsteller Manfred Wieninger stellte Recherchen an und schrieb einen dokumentarischen Roman.⁴ Inzwischen hatten auch die Nachkommen der Familie Forsthofer mit Yakov Schwarcz Kontakt aufgenommen, ihre Mutter Rosa Eder, inzwischen 91 Jahre alt, konnte sich an »Tibor« noch gut erinnern.

Die Steinsetzung am 3. Mai 2015

Für das Bedenkjahr 2015 standen Mittel bereit, und ich war fest entschlossen, dass am 3. Mai 2015, zur 70. Jahrestag des Massakers, der Grabstein gesetzt und Yakov das Kaddisch sprechen sollte. An dieser Stelle sei allen För-

derern gedankt, die sowohl mit finanzieller als auch mit praktischer Unterstützung zu diesem Werk beigetragen haben. Die Künstlerin und Grafikerin Renate Stockreiter gestaltete einen einfachen, klaren und würdigen Stein, die Namen wurden mit einer kurzen Einleitung und einem Bibelzitat auf matte Metallplatten aufgebracht. Ein Weg führt rund um das Grab zum Stein, denn eine neue höhere Einfassung zum Schutz vor Betretung kann erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der alte Gedenkstein blieb vor Ort.

Als an der Realisierung kein Zweifel mehr bestand, rief ich Yakov Schwarcz in Bne Brak an. Seine Frau Elisheva war am Apparat, ihre erste Reaktion war: »Endlich!« Mit Unterstützung des Jewish Welcome Service konnten wir das Ehepaar Schwarcz nach Wien einladen, sie kamen mit ihren vier Kindern und drei ihrer sechzehn Enkeln. In Betonung des religiösen Charakters der Zeremonie wurden die politischen Vertreter gebeten, von Reden abzusehen und stattdessen gemeinsam mit anderen Personen, die zu dem Ereignis eine persönliche Verbindung hatten, die Verlesung der 228 Namen der Opfer zu übernehmen. Zwei der Kinder, Ilana und Roni, entschlossen sich zu kurzen Reden in hebräischer Sprache – »der Sprache unseres Herzens«, wie es Ilana ausdrückte –, die englische Übersetzung wurde verteilt.

Der 3. Mai war verregnet. Dank der Umsicht der Friedhofsverwaltung war die Zeremonienhalle gesäubert und es standen für die älteren der etwa 120 Besucher/innen

Linke Seite: Tibor Schwartz mit seinen Eltern und seinen Geschwistern vor der Deportation ins Ghetto, April 1944
© Yakov Schwarcz

Rechte Seite: Elisheva, Yair und Yakov Schwarcz vor dem Grabstein, 3. Mai 2015 © Foto: Wolfgang Mayer, Magistrat St. Pölten



Bänke bereit. Zufällig saß Rosa Eder genau hinter Yakov Schwarcz – ein herzliches, berührendes Wiedersehen. Roni, der älteste Sohn, sprach seine Großmutter an, die er nie kennenlernen konnte: *Grandma, we came to tell you that your child was saved. Little Jacob returned to his home-town to reunite with grandfather after a journey of six months. Dad recovered and established a wonderful family in Israel.* Roni machte verständlich, aus welchen drei Quellen sein Vater seine unglaubliche Kraft und positive Ausstrahlung schöpft: aus seiner Familie, seinem Glauben und seiner Liebe zum Land Israel: *Father's faith in the creator accelerated. But there were those which we do not judge, saying: how can we believe in God, facing the slaughter of millions! A great believer was our father! He said: »I had my own private salvation that is greater than the one Moses received – Moses was not able to go to Israel, he just saw it from the mountain and died – I was able to enter it. Little Jacob from Hungary won. I had one foot in the grave and in a few years I have seen the beginning of the redemption of Israel in its land revitalized.«*

Yakov selbst zeigte einfach zwei Fotos: Eines von seiner Herkunftsfamilie vor der Deportation ins Ghetto 1944, das zweite eine Fotomontage zu seinem 80. Geburtstag: Er und seine Frau Elisheva inmitten ihrer vier Kinder, die wieder jeweils vier Kinder ins Leben gebracht haben. Er übersetzte seine Worte selbst: *Zuletzt wünsche ich allen Beteiligten ein gesundes und glückliches Leben und Schalom für die ganze Welt!*

Danach erfolgte die Verlesung der 228 Namen durch Politiker, Förderer, Mitarbeiter/innen an Forschungs- und Gedenkprojekten sowie Angehörige der Familien Forsthofer und Schwarcz. Nach dem Totengebet »El male rachamim« – »Gott voll Barmherzigkeit« – stimmte Yakov mit kraftvoller Stimme das Kaddisch an. Nach den Psalmen und dem gesungenen Glaubensbekenntnis, dem Kerzenzünden und dem traditionellen Legen von Steinen auf das Grab ließ sich etwas ahnen, das Roni Schwarcz in seiner Rede angesprochen hatte: *In all this evil there is »Tikkun Olam«, the possibility of »Healing the World«.* □

Anmerkungen

- 1 Zu Vorgeschichte und Tathergang siehe Eleonore Lappin, *Das Massaker von Hofamt Priel*. In: Dies., Susanne Uslu-Pauer, Manfred Wieninger, *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45*. St. Pölten 2006 (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 45, NÖ Schriften Wissenschaft 167), S. 103–132. Download: http://www.injoest.ac.at/files/lappin_das_massaker_von_hofamt_priel.pdf (ohne Seitenangabe; Zugriff: 26. 5. 2015).
- 2 *Eine Chronologie der Endkriegsmorde* verzeichnet die Ausstellung »41 Tage« der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: <http://www.oeaw.ac.at/veranstaltungen-kommunikation/veranstaltungen/websites/2015/41tage/41-tage-kriegsende-1945/> (Zugriff: 26. 5. 2015).
- 3 Eleonore Lappin, *Die Opfer von Hofamt Priel – Namen, Tagebücher und autobiographische Berichte*. In: Dies., Uslu-Pauer, Wieninger, *Zwangsarbeiter*, S. 133–173, hier 133f. und Berichte von Yaakow Tibor Schwartz auf S. 167–173. Download: http://www.injoest.ac.at/files/lappin_die_opfer_von_hofamt_priel.pdf (ohne Seitenangabe, Zugriff: 26. 5. 2015).
- 4 Manfred Wieninger, 223 oder Das Faustpfand. Ein Kriminalfall. St. Pölten 2012.



Religiöse Bauwerke jüdischer

Katrin Keßler, Ulrich Knufinke



Betsaal im Jüdischen Krankenhaus Iranische Straße, Berlin, welches 1914 eröffnet wurde © Foto: Ulrich Knufinke, 2008

Auf die Frage, welche Orte zur sakralen Topographie einer Gesellschaft gehören, dürfte es verschiedene Antworten geben. Ein »sakraler Ort« könnte jeder Ort sein, an dem Menschen regelmäßig religiös konnotiertes Handeln vollziehen und der für diese Funktion eigens gestaltet bzw. von anderen, nicht-sakralen Räumen abgegrenzt ist. Es könnten aber auch solche dazu zählen, an denen religiöse Handlungen nicht mehr vollzogen werden, deren frühere Funktion als Orte solchen Handelns aber noch bekannt ist.

So wie religiöses Handeln sozial gebunden ist, sind auch die entsprechenden Plätze Gegenstände sozialer Konstruktionen und Konventionen – und damit sind sie Objekte in Aushandlungsprozessen unterschiedlicher Gruppen. Soziale, religiöse und kulturelle Mehr-

heiten und Minderheiten treten dabei als Akteure, als »Schöpfer« sakraler Orte auf. Die räumlichen und zeitlichen Relationen dieser Räume – ihr Entstehen, ihre Entwicklung, ihre Gestalt, ihr Verschwinden, ihre Zerstörung, die Erinnerung an sie – machen die sakrale Topographie zu einem synchronisch wie diachronisch aus unterschiedlichsten Perspektiven zu betrachtenden Forschungsgegenstand.

Als eine Minderheit, die sich sakrale Orte geschaffen hat und schafft, sind in Deutschland die jüdischen Gemeinschaften zu betrachten, deren »Topographie« infolge der Zerstörungen in der Zeit des Nationalsozialismus eine in mehrfacher Hinsicht gebrochene ist. Ihre Funktion – über die jüdische Gemeinschaft hinaus – ist komplexer als bei vielen anderen sakralen Orten.

Gemeinschaften als Orte der sakralen Topographie



In der langen Tradition des Judentums haben sich bestimmte Raum- und Bautypen entwickelt, die in ihrer Gestalt den Bedingungen der religiösen, liturgischen Praxis folgen und sich sowohl in überlieferten Traditionen als auch in kodifizierten religionsgesetzlichen Texten widerspiegeln. Eine weitere Bedingung für die räumliche und bauliche Ausgestaltung gab die nicht-jüdische Mehrheit vor, die auf die »jüdische Architektur« wiederholt größten Einfluss nahm.

Die religiös bedingte jüdische Architektur ist damit eine »Minderheiten-Architektur« – einerseits wesentlicher Ausdruck der religiösen wie der kulturellen Identität der Minderheit, andererseits ist sie ein Spiegel ihres jeweiligen Verhältnisses zur Mehrheit. Eine »jüdische« sakrale Topographie wäre ohne einen Blick auf die sakralen und profanen Topographien der Mehrheitsgesellschaft und anderer Minderheiten kaum verständlich.

Wichtige Orte jüdischer Gemeinschaften

Der für das religiöse, kulturelle und soziale Selbstverständnis wichtigste Ort der jüdischen Gemeinschaften ist die Synagoge. Das Wort bezeichnet im religiösen Verständnis nicht zuerst ein Gebäude, sondern einen Versammlungsort, an dem sich die Gemeinschaft zum gemeinsamen Gebet trifft. Charakteristisch für eine Synagoge ist daher nicht die äußere Gestalt oder gar ein spezifischer Baustil, sondern die Ausstattung des Raums mit den liturgisch wichtigen Objekten.¹ Sie bedürfen keiner eigens errichteten Bauten. Beträume können in bestehenden Gebäuden eingerichtet werden, was unter den Bedingungen der latenten oder offenen Diskriminierung der Minderheit sehr häufig der Fall war, was aber auch den ökonomischen Möglichkeiten der Gemeinden bzw. ihrer Größe geschuldet sein konnte.



Links: Laubhütte Rykestraße,
Berlin, vermutlich 1930er Jahre
© Foto: Ulrich Knufinke, 2008

Rechts: Synagoge Rykestraße,
Berlin © Foto: Ulrich Knufinke,
2008

So gut wie allen in Deutschland gebauten Synagogen gingen solche Betsäle voraus. Nicht selten gab und gibt es neben großen Gemeindesynagogen Betsäle kleiner Gemeinschaften. Da auch das Sozialwesen jüdischer Gemeinschaften, z. B. die Krankenpflege, traditionell mit religiösen Aspekten verknüpft und ein Betsaal häufig elementarer Teil von Krankenhäusern, Kinder- oder Altenheimen ist, können auch solche Einrichtungen in gewissem Maße als Orte der sakralen Topographie des Judentums verstanden werden.

Weitere Orte und Bauten religiöser jüdischer Praxis seien an dieser Stelle nur kurz erwähnt, da auch sie im Netzwerk der Sakraltopographie bedeutende Rollen spielen: Es sind dies die Friedhöfe als Orte der Memoria wie auch ihre Gebäude für die rituelle Leichenwaschung² sowie die Ritualbäder, die für eine religionsgesetzlich traditionell orientierte Lebensführung unerlässlich sind.³ Seltener erhalten sind die häufig als temporäre Anlagen erbauten Laubhütten.

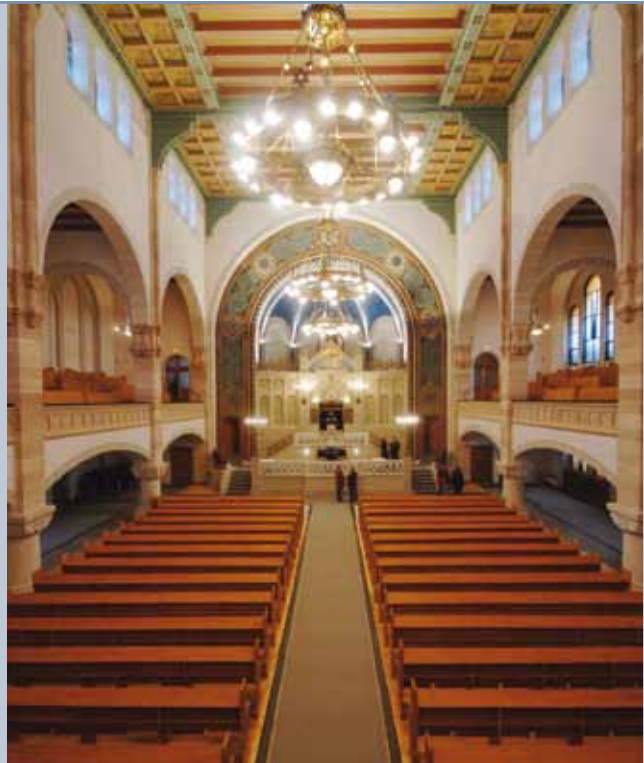
Am deutlichsten sichtbar und damit im Fokus der Auseinandersetzungen zwischen jüdischer Minderheit und nicht-jüdischer Mehrheit sind jedoch die Synagogen, die eigens als solche erbaut wurden.⁴ Ihre Errichtung zeugt von einer gewissen Sicherheit hinsichtlich ihres Fortbestands und von einer gesellschaftlichen

und ökonomischen Situation, die ein solches Projekt zulässt – *Wer ein Haus baut, will bleiben*, formulierte Salomon Korn 1986 anlässlich der Einweihung des jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt am Main.

Die Synagoge als Baugattung

Die Entwicklung der Synagoge als »Baugattung« ist in Deutschland seit dem Mittelalter zu verfolgen. Sie ist geprägt von Verlusten: Selbstverständlich kam und kommt es zum üblichen Verlust durch Aufgabe, wenn z. B. ein Neubau eine ältere Einrichtung ersetzt. Einschneidender sind jedoch wiederkehrende Zerstörungswellen aus jüdenfeindlichen bzw. antisemitischen Motiven im Zuge von Pogromen und Vertreibungen. Nach dem Ende der religiösen Funktion der Bauwerke folgte und folgt oft der Verlust durch Vernachlässigung, Umbau und schließlich Abriss. So ergibt sich ein sehr heterogenes Bild mit großen Lücken sowohl in der überlieferten Substanz als auch in den archivalischen Quellen – aber auch diese Lücken sind ein Teil der jüdischen Topographie Deutschlands.

Anhand äußerer historischer Einschnitte lassen sich in Deutschland mehrere Phasen der Synagogenarchitektur beschreiben. Im Mittelalter konnten sich jüdische



Gemeinden vor allem in Städten entwickeln. Ihre Synagogen waren, soweit dies heute noch rekonstruierbar ist, zumeist in ein mehr oder weniger fest abgegrenztes Wohnviertel eingebunden und damit Teil einer religiös-sozialen Infrastruktur, einer spezifischen jüdischen Topographie.⁵ Die fast vollständige Vertreibung der Gemeinden im hohen und späten Mittelalter brach die bauliche Tradition ab. Von wenigen Beispielen abgesehen (eine Ruine in Speyer, ergrabene Fundamente z. B. in Regensburg und Köln, umgebaute Gebäude in Miltenberg, Erfurt und weiteren Orten oder die nach 1945 wiederaufgebaute Synagoge in Worms), sind die romanischen und gotischen Synagogen in Deutschland baulich nicht mehr greifbar, aber archivalisch oft durchaus zu fassen und gelegentlich sogar zu lokalisieren.

Nach den mittelalterlichen Pogromen war es jüdischen Familien in weiten Teilen Deutschlands lange Zeit nicht gestattet, sich niederzulassen und Gemeinden zu bilden. Die Phase der Neuansiedlung und Konsolidierung der von Ausweisung bedrohten und mit hohen Abgaben belegten Gemeinden zog sich mit starken regionalen Unterschieden bis ins 18. Jahrhundert hin. Die ökonomische und rechtliche Situation ließ zunächst nur die Einrichtung von Betsälen in Privathäusern zu, häufig war man zu Umzügen gezwungen.

Ein repräsentatives Äußeres war nicht erwünscht, wenngleich das Innere nach den jeweiligen Stilen der Zeit gestaltet wurde. Dies gilt ebenso für die seit Ende des 17. Jahrhunderts wieder häufiger werdenden Synagogenneubauten in zumeist versteckter Lage. Auch die neuzeitlichen Betsäle und Synagogen waren in ein räumliches Geflecht von sozialen und religiösen Einrichtungen eingebunden.

Die Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts änderte die rechtliche und soziale Situation der jüdischen Gemeinschaften allmählich. Die rechtliche Gleichstellung als Bürger wurde zu einem Ziel, das jedoch erst im 19. Jahrhundert erreicht wurde und vom kulturellen Prozess der sogenannten Verbürgerlichung begleitet war – ohne jedoch volle soziale Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft zu finden. Nach wenigen frühen Beispielen im späten 18. Jahrhundert sah das 19. Jahrhundert eine starke Zunahme von Synagogenbauten, die zunehmend im Stadtbild präsent werden konnten. Sie wurden zum Ausdruck des gewandelten, »bürgerlich« zu nennenden Selbstbewusstseins der führenden Gruppen in jüdischen Gemeinschaften, die damit den Anspruch auf Gleichstellung unter Beibehaltung der konfessionellen Differenz zur christlichen Mehrheit demonstrieren konnten. Angesichts der Größe der Ge-

meinden – in den meisten Orten lagen die Mitgliederzahlen unter 100 Personen – blieben jüdische Gotteshäuser jedoch im Vergleich zu Kirchen bescheidene Bauwerke. Die Land-Stadt-Migration ließ ländliche Gemeinden schrumpfen oder sogar verschwinden.

In den größeren Städten brachten die Jahre des Wilhelminischen Kaiserreichs und hier besonders die Phase kurz vor dem Ersten Weltkrieg jedoch eine Fülle von nun – verglichen mit den Bauten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts – großen und im Stadtbild repräsentativ in Erscheinung tretenden Synagogen hervor. Wenige Beispiele sind noch erhalten (z. B. in Essen, Görlitz oder Offenbach), manche werden heute von jüdischen Gemeinden in der ursprünglichen Funktion genutzt (z. B. Frankfurt: Westend-Synagoge, Berlin: Rykestraße, Köln: Roonstraße). Stilistisch orientierten sich diese Synagogen an den zeitgenössischen Diskussionen des Historismus und der frühen Moderne, wobei die gelegentlich propagierte Suche nach einem genuin jüdischen Stil zu keinem einheitlichen Ergebnis führte. Das Neue Bauen, die Moderne der Weimarer Republik, schien für kurze Zeit eine Lösung der Stilfrage zu bieten, indem man sich von historischen Vorbildern löste (z. B. bei den Synagogen in Dieburg, Hamburg-Oberstraße oder Plauen), doch wurde diese Entwicklung in Deutschland mit der nationalsozialistischen Machtergreifung jäh unterbrochen.

Zerstörung und Neuanfang

Die systematische Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden ab 1933 zerstörte auch die über Jahrhunderte gewachsene Topographie religiöser, sozialer und kultureller Orte des Judentums. Sichtbarer Höhepunkt der Zerstörung war die sogenannte Reichspogromnacht im November 1938, in deren Folge so gut wie alle Synagogen und Betsäle, aber auch viele andere Einrichtungen zumindest verwüstet, wenn nicht in Brand gesetzt, gesprengt oder abgerissen wurden.

Nach dem Ende des Holocaust fand der Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in Deutschland nur unter großen Vorbehalten statt. Ein »Leben im Land der Täter« schien den Überlebenden, darunter über 100.000 sogenannte Displaced Persons, und den wenigen Rückkehrern kaum denkbar, ein Anknüpfen an die Strukturen der Zeit vor 1933 war angesichts der Verluste kaum möglich. Obwohl keineswegs alle Synagogen vollständig zerstört waren, kam eine Wiederherstellung nur für wenige in Frage, lagen diese Bauten doch zumeist in kleineren Orten, in denen sich keine neuen Gemeinden bildeten.

Erst in den 1950er Jahren hatten sich wenige Gemeinden soweit konsolidiert, dass sie aus den Provisorien der frühen Nachkriegszeit in Neubauten umziehen konnten. Während es in der DDR bei einem einzigen Neubau (Erfurt) und wenigen in bestehenden Gebäuden eingerichteten Synagogen blieb (Halle/Saale, Dresden, Schwerin, Chemnitz, Magdeburg, ältere Synagogen wurden in Leipzig und Berlin genutzt), kam es in der Bundesrepublik zum Bau einer ganzen Reihe neuer jüdischer Gemeindezentren (Stuttgart, Offenbach, Bonn, Münster, Bremen, Hamburg, Hannover und andere). Sie enthielten neben einer Synagoge auch weitere soziale und kulturelle Einrichtungen, sodass sich das jüdische Leben auf diese wenigen Orte konzentrierte.

Umnutzungen und Neubauten

Nach einer Phase der Stagnation setzte nach 1990 mit dem Zuzug von Jüdinnen und Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion eine erneute »Neubauwelle« ein, die bis in die Gegenwart anhält. Während die Bauten der 1950er und 60er Jahre nur selten den An-



Stele am Standort der
Vereinsynagoge Prinzen-
straße, Berlin, welche von
1872 bis 1909 bestand ©
Foto: Ulrich Knufinke, 2011

Mahnmal am Standort
der Synagoge Lindenstra-
ße, Berlin, welche 1891
eingeweiht wurde © Foto:
Ulrich Knufinke, 2011



spruch erhoben, städtebaulich wirksame Architekturen zu sein, werden die Synagogen der letzten Jahre mit hohem gestalterischem Anspruch entworfen. Sie sind wieder Teil des deutschen Städtebilds – und dies in einer Zeit, in der die Rolle der Kirchen als gesellschaftliche wie stadträumliche Bezugspunkte immer mehr in Frage steht.⁶ Insgesamt wird die Zahl aktuell genutzter Synagogen und Betsäle in Deutschland dennoch nicht über 250 liegen – eine verschwindend geringe Anzahl im Vergleich zur jüdischen Topographie vor 1933.⁷

Zur heutigen sakralen Topographie gehören aber auch jene Bauten, die historisch Orte jüdischen Gemeindelebens waren und es heute nicht mehr sind. Sie werden nicht nur als Erinnerungsorte für die jeweilige jüdische Gemeinde verstanden, sondern auch als Gedenkorte für den Holocaust insgesamt, sie sind Teil der deutschen Erinnerungslandschaft. Mit den ehemaligen jüdischen Einrichtungen und ihren Standorten wird seit der Zeit des Nationalsozialismus unterschiedlich umgegangen – ein Spiegel der Geschichte der Erinnerungskultur.

Die Umnutzung und Umgestaltung von Synagogen setzte bereits unter NS-Herrschaft ein. Die verfolgten, sich auflösenden Gemeinden mussten ihre Gebäude an »arische« Besitzer abtreten, die sie für ihre Zwecke veränderten. Bis 1945 war die Unkenntlichmachung der

wien.arbeiterkammer.at/bibliothek

AK BIBLIOTHEK WIEN FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

- ➔ 500.000 Bücher
- ➔ 900 Zeitungen und Zeitschriften
- ➔ Zwei Wochen Gratis-Entlehnung
- ➔ Online-Katalog
- ➔ Leseräume mit Terrasse
- ➔ Kostenloser Internetzugang
- ➔ Zugang zu eBooks

1040 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22
Öffnungszeiten: Mo-Fr 10–19³⁰ Uhr
 (Ausbezeiten von 12 – 18 Uhr)

Servicetelefon: (01) 501 65 -2352
 E-Mail: bibliothek@akwien.at

 AK Bibliothek auf Facebook

 **BIBLIOTHEK**

WISSEN IST MACHT



Friedhof Weißensee,
Berlin, 1880 angelegt
© Foto: Ulrich Knuffinke, 2011

jüdischen Funktion dieser Gebäude zudem eine immer wieder von offizieller Seite gesetzte Bedingung für ihren weiteren Bestand. Nach Kriegsende ging die Aneignung weiter. Die Spuren der einstigen Bedeutung wurden unsystematisch getilgt. Ehemalige Synagogen stehen uns heute als Wohnhäuser, Werkstätten, Garagen, Restaurants, Kirchen oder Feuerwehrhäuser gegenüber, zumeist ist ihre frühere Funktion nicht mehr offensichtlich. Derart veränderte Gebäude laufen Gefahr, noch weiter entstellt oder sogar abgerissen zu werden, was bis in die Gegenwart geschieht.

Erinnerungskultur – Erinnerungspolitik

Erst seit den 1980er Jahren regt sich größeres Interesse an diesen Objekten. Die »Wiederentdeckung« ehemaliger Synagogen durch zumeist nichtjüdische Akteure und ihre Musealisierung als Gedenk- und Lernorte für ein nichtjüdisches Publikum hat einige Bauten vor dem Verschwinden bewahrt.⁸ Die Erinnerungspolitik eignet sich durch die Setzung von Denkmälern und die Anbringung von Informationen auch die Standorte der zerstörten jüdischen Einrichtungen an, wobei sich hier ein Wandel hinsichtlich der Intentionen und der formalen Gestaltung beobachten lässt. Die historische sakrale Topographie des Judentums ist damit zu einem Teil der deutschen Erinnerungslandschaft geworden.

Ein Teil dieses Umgangs mit der Topographie jüdischer Einrichtungen ist deren architekturgeschichtliche Dokumentation und Erforschung, die im Kontext der jüdischen Studien, der Geschichte und der Zeitgeschichte mit unterschiedlichen Perspektiven betrieben wird. Bestehende und zerstörte Gebäude werden dabei ebenso erfasst und interpretiert wie ihre Standorte bzw. der Umgang mit ihnen. Dokumentationen zu einzelnen Objekten, Städten und Regionen sind, mit unterschiedlichem Anspruch an Tiefe und Vollständigkeit, recht zahlreich erschienen. Seit rund 20 Jahren sind an dieser Forschung das »Center for Jewish Art« der Hebrew University of Jerusalem und die Universität Braunschweig beteiligt. Gemeinsam haben sie die »Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa« gegründet. In unterschiedlich ausgerichteten Projekten (z. B. in Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) wurden und werden jüdische Bauten unter Beteiligung von Studierenden der Architektur dokumentiert – in ihrem aktuellen Bestand ebenso wie durch archivalische Studien – und zum Teil zeichnerisch oder in Modellen rekonstruiert.⁹

Ausgehend vom einzelnen Objekt – Synagoge, Bet-saal, Ritualbad oder Friedhof – spielt dabei der räumliche und historische Zusammenhang mit anderen Lebensorten der jüdischen Gemeinden eine besondere Rolle. So wird derzeit in einem mehrjährigen Gemein-

schaftsprojekt der »Bet Tfila – Forschungsstelle« mit der »Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« die umfangreiche jüdische Topographie Berlins vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht. Gegenstand der Forschung sind dabei nicht nur sämtliche Standorte und Bauwerke sakraler Funktion, sondern auch soziale und administrative Einrichtungen der zahlreichen jüdischen Gemeinschaften dieser Stadt, u. a. Schulen, Altersheime, Krankenhäuser und Kindergärten.¹⁰ Es sind mehrere Tausend Objekte, deren Kartierung, Beschreibung und historische Einordnung ein detailliertes Bild der jüdischen Topographie Berlins und damit der lange Zeit größten und bedeutendsten jüdischen Gemeinde Deutschlands zeichnen werden. Bewusst geht dieses in seinem Umfang und Ansatz prototypische Projekt über die Erfassung der sakralen Orte hinaus und bezieht die kulturellen und sozialen Aspekte mit ein: Nur in der damit möglich gemachten synchronischen und diachronischen Analyse all dieser topographischen Beziehungen wird sich die »räumliche Geschichte« des jüdischen Berlin erfassen lassen.

Die räumliche Geschichte

Anhand dieser Topographie lässt sich die gesamte Entwicklung beispielhaft nachvollziehen, wobei insbesondere Betsäle und Synagogen aufgrund ihrer Nähe zu den Wohnorten als Indikatoren dienen können: Die mittelalterliche jüdische Ansiedlung erfolgte um den Judenhof, von dem heute keinerlei Reste erhalten sind – somit ein »unsichtbarer« Ort jüdischer Geschichte. Die Bomben des Zweiten Weltkriegs und schließlich die Stadtbereinigung zum Wiederaufbau der 1950er Jahre führten dazu, dass nicht einmal mehr die Ausdehnung des Judenhofs auf dem Parkplatz zwischen Klosterstraße, Judenstraße und Grunerstraße begreifbar ist.

Ähnlich ergeht es dem Besucher beim späteren Zentrum jüdischen Gemeindelebens, das sich im späten 17. Jahrhundert zwischen Spandauer Straße und Judenstraße entfaltete und mit dem Bau der Synagoge Heidereutergasse einen Mittelpunkt fand. Auch hier ist die ursprüngliche Bebauungssituation der engen Heidereuter- und Rosengasse nicht mehr erkennbar.

Eine kluge Verkehrspolitik statt rot-grüner Schikanen



Stadtrat Manfred Juraczka, Klubobmann Fritz Aichinger



RATHAUSKLUB

»Die rot-grüne Verkehrspolitik ist gescheitert«, so Klubobmann Fritz Aichinger in Richtung der Stadtregierung in der jüngsten Sitzung des Wiener Gemeinderats. Autofahrer-Schikane und ein Gegeneinander-Ausspielen der einzelnen Verkehrsteilnehmer haben nur ins Chaos geführt.

»Nur mit einem ganzheitlichen Konzept werden wir die Verkehrsprobleme dieser Stadt lösen. Ich stehe klar für ein Ende der Schikanen und für einen Neuanfang in der Verkehrspolitik!«, so Stadtrat Manfred Juraczka. Wien braucht eine faire Parkraumbewirtschaftung mit Lenkungseffekt. Tempo 30 bei Schulen, bei Spitälern, in reinen Wohngebieten, aber sicher nicht auf Hauptverkehrsrouten. Um die Autos, die tagtäglich nach Wien einpendeln rechtzeitig abzufangen muss die U-Bahn bis an die Stadtgrenze führen und dazu benötigt Wien ausreichend Park&Ride-Anlagen, umreißt Juraczka die Forderungen der ÖVP, die Ende Mai als Antrag im Gemeinderat eingebracht wurden.

Am Rande einer unattraktiven Grünfläche findet der Suchende immerhin eine Hinweistafel mit Informationen zur Geschichte und Zerstörung der Synagoge. Mehr Aufmerksamkeit erregt seit 1995 eine Gruppe aus Sandsteinskulpturen, die an den erfolgreichen Protest der Angehörigen von im jüdischen Gemeindehaus inhaftierten Ehepartnern aus »Mischehen« erinnert. Obwohl an diesem sakralen Ort keine greifbaren Reste erhalten sind, helfen die wenigen Hinweise dem Betrachter bei einer gedanklichen Rekonstruktion des Ortes.

Besser erfahrbar ist die Geschichte an jenen Orten, an denen die von jüdischen Gemeinschaften genutzten Bauten erhalten geblieben sind. Zahlreiche ehemalige Betsäle wurden zu Wohnungen, Geschäften und Gebäuden mit anderen Funktionen umgebaut. Es sind auch hier vorzugsweise jene Orte, die während des NS-Regimes aufgegeben werden mussten, die für die Öffentlichkeit durch Gedenktafeln, Plaketten, Stelen oder, wie am Standort der Synagoge Lindenstraße, in Form von

Heidereutergasse, Berlin, Standort der Synagoge von 1712
© Foto: Ulrich Knufinke, 2008



Betonbänken, auf denen der Besucher wie zum Gottesdienstbesuch Platz nehmen kann, sichtbar gemacht werden. Vor allem aber sind es die wenigen Synagogenbauten, die Berliner Besuchern eindrucksvoll in Erinnerung bleiben, so in der Rykestraße, der Pestalozzistraße und insbesondere in der Oranienburger Straße. Erhalten blieb hier zumindest das Vordergebäude, hinter dem sich bis zu seiner Abräumung im Jahr 1958 der (kriegszerstörte) Gottesdienstsaal befand. Nichtsdestotrotz wurde dieser Ort für das nationale wie internationale Publikum wie kein anderer zum Symbol für das jüdische Berlin, und nicht selten erfahren Besucher erst an der Kassa des Centrum Judaicum, dass der eigentliche Synagogenbaukörper – auch hier – nicht erhalten ist.

Wie das Beispiel Berlin zeigt, steht eine jüdische immer auch im Kontext bzw. ist Teil der gesamten sakralen Topographie. Sie ist nicht nur eine historische, weitgehend immaterielle »Landschaft« des Verlorenen und Zerstörten, sondern auch eine reale, aus Orten und Objekten bestehende Landschaft des Erinnerns – und, wo jüdische Gemeinden Synagogen und Gemeindezentren betreiben, eine Landschaft deutsch-jüdischer, religiöser, sozialer und kultureller Gegenwart. □

Anmerkungen

- 1 Katrin Keßler, *Ritus und Raum der Synagoge. Liturgische und religionsgesetzliche Voraussetzungen für den Synagogenbau in Mitteleuropa*. Petersberg 2007.
- 2 Hannelore Künzl, *Jüdische Grabkunst von der Antike bis heute*. Darmstadt 1999; Ulrich Knufinke, *Bauwerke jüdischer Friedhöfe in Deutschland*. Petersberg 2007.
- 3 Georg Heuberger (Hg.), *Mikwe. Geschichte und Architektur jüdischer Ritualbäder in Deutschland*. Frankfurt am Main 1992.
- 4 Harold Hammer-Schenk, *Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933)*. Hamburg 1981; Carol Herselle Krinsky, *Europas Synagogen. Architektur, Geschichte und Bedeutung*. Wiesbaden 1997; Aliza Cohen-Mushlin, Harmen H. Thies (Hg.), *Jewish Architecture in Europe*. Petersberg 2010.
- 5 Simon Paulus, *Die Architektur der aschenasischen Synagoge im Mittelalter*. Petersberg 2005; Ole Harck, *Archäologische Studien zum Judentum in der europäischen Antike und dem zentraleuropäischen Mittelalter*. Petersberg 2014.
- 6 Ulrich Knufinke, *Architektur und Erinnerung, Synagogenbau in Deutschland nach der Shoah*. In: Kai Kappel, Matthias Müller (Hg.), *Geschichtsbilder und Erinnerungskultur in der Architektur des 20. und 21. Jahrhunderts*. Regensburg 2014, S. 93–108.
- 7 Ulrich Knufinke, *Synagogenarchitektur in Deutschland seit 1945. Mit einem Vorwort von Salomon Korn*. Publiziert auf <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/383.synagogen.html> (Aufgerufen: 24. 3. 2015).
- 8 Ulrich Knufinke, *Brüche und Spuren. Historische Synagogen als kulturgeschichtliche »Exponate«*. In: Koldewey-Gesellschaft – Vereinigung für Baugeschichtliche Forschung e.V. (Hg.), *Bericht über die 47. Tagung für Ausgrabungswissenschaft und Bauforschung vom 16. bis 20. Mai 2012 in Trier*. Dresden 2014, S. 65–73.
- 9 Aliza Cohen-Mushlin, Harmen Thies (Hg.), *Synagogenarchitektur in Deutschland. Dokumentation zur Ausstellung »...und ich wurde ihnen zu einem kleinen Heiligtum«*. Synagogen in Deutschland. Petersberg 2008.
- 10 Aliza Cohen-Mushlin, Hermann Simon, Harmen H. Thies (Hg.), *Beiträge zur jüdischen Architektur in Berlin (Kleine Schriften der Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa, Band 2)*. Petersberg 2009.

Entgeltliche Einschaltung



ÖTSCHER:REICH

Die Alpen und wir

FRANKENFELS:WIENERBRUCK:NEUBRUCK

Niederösterreichische Landesausstellung 2015

25. APRIL BIS 1. NOVEMBER



2 Ausstellungen und 1 Naturparkzentrum
Ausflugsprogramm für jedes Wetter!

Foto: Martina Siebenhandl



Die »Judenschul« im Dorf

Vom Umgang mit Spuren

Rebekka Denz

Das Haus »Zur Judenschul« ist laut Homepage der unterfränkischen Kreisstadt Karlstadt *eines der ältesten Gasthäuser Deutschlands*. Der Name geht wohl auf den Standort einer längst verschollenen Synagoge zurück.¹ Der Verfasser erläutert den Begriff »Judenschul« in dem kurzen Text nicht, er setzt das Verständnis des Wortes also voraus, folglich hat es sich bis heute im Wortschatz erhalten.

»Judenschul(e)« oder kurz »Schul(e)« leitet sich vom jüdischen Begriff »shul« ab. Wie schriftliche Quellen bezeugen, wurde er bereits im Mittelalter als Synonym für Synagoge verwendet. An der jüdischen Eigenbezeichnung »Schul« oder der Fremdbezeichnung »Judenschul« lässt sich der zentrale Aspekt der Synagoge als Gebäude mit vielen Funktionen ablesen. Bis heute dient sie sowohl dem Gebet, dem religiösen Lehren und Lernen als



jüdischen Lebens in Unterfranken

auch der Versammlung und Rechtsprechung. Wenn eine Gemeinschaft klein war, kein Geld oder keine Erlaubnis für den Bau eines eigenständigen Synagogengebäudes hatte, richteten Juden einen Betraum ein, der sich zumeist in einem Privathaus im jüdischen Besitz befand.

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf den ehemaligen Synagogen in Unterfranken, deren heutige Nutzung im Zusammenhang mit der regionalen Gedenkkultur dargestellt wird.

Zur jüdischen Geschichte in Unterfranken

Die jüdische Bevölkerung in Deutschland lebte vom Spätmittelalter bis weit ins 19. Jahrhundert hinein mehrheitlich auf dem Land. Ein wichtiges Zentrum jüdischen Lebens war Franken, insbesondere Unterfranken. Diese ländlich geprägte Region liegt im nördlichen Teil des Bundeslandes Bayern und gilt als eine jener Gegenden im deutschsprachigen Raum, die bis in das 19. Jahrhundert hinein eine hohe Dichte an jüdischer Besiedlung aufwiesen.

Jüdisches Leben in Unterfranken begann vermutlich um 1100, als Juden nach den Verfolgungen während der Kreuzzüge am Mittelrhein in dieses Gebiet zogen. Gemeinden wurden zunächst in Städten – in Aschaffenburg, Miltenberg, Schweinfurt und Würzburg – gegründet und zeugten von der Blüte jüdischen Lebens. Beträume wurden eingerichtet und erste eigenständige Synagogengebäude errichtet. Das Mittelalter war für Juden in Unterfranken eine sehr heterogene Zeit zwischen wechselnden Ansiedlungen einerseits und erneuten Vertreibungen andererseits. Gerade durch diese spielte sich jüdisches Leben zusehends auf dem Land ab. Ländliche jüdische Gemeinden schufen eine religiöse Infrastruktur.

Linke Seite, links: Blick auf die ehemalige Synagoge in Veitshöchheim, die 1994 als Teil des Jüdischen Kultur museums renoviert eröffnet wurde. © Rebekka Denz

Linke Seite, rechts: Die ehemalige Synagoge in Arnstein wurde 2012 als Begegnungsstätte und jüdisches Museum eröffnet. © Rebekka Denz

Unten: Außenansicht der ehemaligen Synagoge in Höchberg mit Glockenturm, die seit 1951 als evangelische Kirche genutzt wird. © Rebekka Denz



Sie richteten Betstuben ein, bauten Synagogen, eröffneten Schulen und *Mikwen* (Mehrzahl von *Mikwa*, rituelles Tauchbad, hebr.: *Mikwaot*) und legten Friedhöfe an.

Der Ansiedlungsprozess auf dem Land wurde durch vielfältige herrschaftliche Zersplitterung des unterfränkischen Raumes befördert und war im 17. Jahrhundert überwiegend abgeschlossen. Die Gegend war ein Flickenteppich aus großen und kleinen, aus kirchlichen und weltlichen Territorien. Viele Herrschaften nahmen Juden in ihr Gebiet auf, denn sie versprachen sich von deren Handelstätigkeit und der erzwungenen Zahlung des »Judenschutzes« höhere Einnahmen.

Unterfranken gehörte ab 1814 zum Königreich Bayern. 1816/17 wurde auch in dieser bayerischen Region das sogenannte »Judenedikkt« eingeführt, welches unter anderem Juden auf dem Land verbot, ihren Wohnort zu wechseln. Doch es brachte auch positive Änderungen mit sich: Sie konnten nun das Bürgerrecht und Grundbesitz erwerben, auch ihre beruflichen Möglichkeiten wuchsen. Teil des Edikts war der »Matrikelparagraph«, mit dem die Zahl der an einem Ort zugelassenen jüdischen Familien festgelegt wurde. Für das Jahr 1817 lassen sich im heutigen Regierungsbezirk Unterfranken 203 Orte ermitteln, in denen Juden lebten. Im damaligen Untermainkreis, der relativ deckungsgleich mit dem heutigen Regierungsbezirk Unterfranken und seinen neun Landkreisen ist, wohnten an 217 Orten Juden, allerdings in fast 70% der Ansiedlungen nur sehr wenige. Die Anzahl der jüdischen Haushalte belief sich pro Ort auf vier bis 24. In rund 30 der 217 Ortschaften existierte keine jüdische Gemeinde, da die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig unbedeutend war. Folglich wies die jüdische Ansiedlung zwar eine hohe Dichte an von Juden bewohnten Orten auf, der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung blieb aber insgesamt gering.

Bis zur Aufhebung des »Matrikelparagraphen« 1861 wanderten viele aufgrund fehlender Entwicklungsmöglichkeiten in andere deutsche Länder ab oder – vor allem in die USA – aus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann der Prozess der Urbanisierung. Als Folge der Abwanderung schlossen sich mehrere kleine zu einer größeren Gemeinde zusammen. Sie gaben ihre Landsynagogen auf, verkauften die Gebäude und führten sie damit einer neuen Nutzung zu. (Klein)städtische Gemeinden wiederum bauten ihre Infrastruktur aus. Neue und größere (Stadt-)Synagogen wurden errichtet.

Im 20. Jahrhundert setzten sich diese Entwicklungen bis zur NS-Zeit fort. In der »Reichspogromnacht« zerstörten Nationalsozialisten und ihre Helfer Syna-

gogen und das dazugehörige Inventar. Sie demolierten Geschäfte und Wohnungen und verhafteten zahlreiche Juden. Aufgrund der Ereignisse im November 1938 sowie der Ausgrenzung und der zunehmenden Repressalien intensivierten viele Juden und Jüdinnen ihre Bemühungen, ins Exil zu gehen. Zwischen Ende 1941 und Mitte des Jahres 1943 wurden mehr als 2.000 Jüdinnen und Juden, denen die Auswanderung nicht mehr gelungen war, aus Unterfranken deportiert – von ihnen überlebten nur 60 die Vernichtungs- und Konzentrationslager.

Nach 1945 gründeten Displaced Persons und zurückgekehrte Überlebende die »Jüdische Gemeinde Würzburg und Unterfranken«, die bis heute die einzige der Region ist und ihren Sitz in Würzburg hat. 1970 wurde die neu erbaute Synagoge als Teil des Jüdischen Gemeindezentrums in Betrieb genommen, sie ist heute ein Element des 2006 neu eingerichteten Kulturzentrums »Shalom Europa«.

Bauliche Spuren jüdischen Lebens

Wer heute aufmerksam durch Franken fährt, stößt in vielen Kleinstädten und Dörfern auf ehemalige Synagogen, Mikwen und Geschäfts- oder Privathäuser, die einst von Jüdinnen und Juden genutzt und bewohnt wurden. Auch finden sich zahlreiche nahe den Ortschaften gelegene jüdische Friedhöfe. Die baulichen Spuren zeugen damit facettenreich vom einstigen reichen jüdischen Leben in der Region.

In ganz Franken können heute noch fast 100 jüdische Friedhöfe besucht werden, allein die Hälfte davon liegt in Unterfranken.² Die Anzahl der Mikwen ist bislang statistisch nicht erfasst. Als Orientierung dienen folgende Zahlen, die für das ganze Königreich Bayern im Jahr 1905 belegt sind: 143 jüdische Gemeinden besaßen eine Mikwe, 53 betrieben kein rituelles Tauchbad. Als Vergleich dienen die Zahlen für ganz Deutschland: Im Jahr 1905 betrieb lediglich circa die Hälfte aller jüdischen Gemeinden eine Mikwe. Damit lag Bayern mit 73 Prozent im Landesvergleich weit über dem Durchschnitt.³

Bei der Erarbeitung einer Statistik der ehemaligen Synagogengebäude in Unterfranken stand neben der Erhebung der Anzahl die Frage nach deren erhaltenen Spuren im Zentrum des Interesses. Diesem Sachverhalt wurde unabhängig davon, wann die Synagoge erbaut und wie lange sie genutzt wurde, nachgegangen.

Die Recherchen ergaben die Existenz von 205 Synagogen in der Region. Bis heute hat sich bei nahezu der Hälfte – bei 102 Gebäuden –, eine solide Bausubstanz

erhalten, deren Erhaltungszustand von Landkreis zu Landkreis variiert. Die Gründe dafür sind historisch bedingt, z. B. gingen die Verstädterung und damit der Auflösungsprozess von kleinen Landgemeinden ab dem 19. Jahrhundert in einer Region schneller vonstatten als in einer anderen. Einige Synagogen wurden somit früher als andere profaniert. Anhand der Varianz des Erhaltungszustands lassen sich häufig die öffentliche Interessenlage von 1945 bis heute sowie die örtlichen politischen Bedingungen ablesen. In einigen Gemeinden und Landkreisen war und ist das Bewusstsein, Baudenkmäler der jüdischen Geschichte schützen zu wollen, stärker verbreitet als in anderen Regionen, in denen dieser Wunsch bei politischen Entscheidungsträgern und lokalen Akteurinnen und Akteuren schwächer ausgeprägt ist.

Die Nutzung ehemaliger Synagogen

Die Frage nach der heutigen Nutzung von Synagogen im ländlichen Raum Unterfranken kann durch die Auswertung der Daten des »Synagogen Internet-Archivs« der TU Darmstadt, Fachbereich Architektur⁴ beantwortet werden, da dieses zumindest in Bezug auf die heutige Nutzung als am zuverlässigsten gelten kann: Insgesamt sind in dieser Datenbank 160 ehemalige Synagogengebäude aufgeführt, von 113 sind heute noch bauliche Spuren vorhanden. Die Mehrheit dieser Ge-

bäude – genau 64 – dienen als Privathaus, 20 werden gewerblich genutzt, meist als Lagerhalle. Fünf ehemalige Synagogen stehen leer, zu acht Gebäuden gibt es keine Angaben.

16 ehemalige Synagogen werden öffentlich genutzt – beispielsweise als Rathaus wie in Karbach, als Versammlungshaus der politischen Gemeinde wie in Geroda oder als Feuerwehrhaus wie in Großlangheim und Oberaltertheim. Dort wurde das Haus allerdings 1990 abgerissen. In drei der 16 Fälle ist die ehemalige Synagoge zu einer Kirche umgebaut worden, so waren die evangelische Kirche in Höchberg und die katholischen Kirchen in Mainstockheim bzw. in Sommerhausen einst jüdische Gotteshäuser. In fünf der 16 Beispiele öffentlicher Nutzung wurden die Synagogen zu Museen und Gedenkstätten umfunktioniert, in Gaukönigshofen als Kreisgedenkstätte des Landkreises Würzburg (1988), als Museen in Urspringen (1991), Kitzingen (1993), Veitshöchheim (1994) und in Memmelsdorf/Ufr. (2004). In Veitshöchheim wurde die Synagoge bei der Restaurierung auch wieder kultfähig gemacht.

Die ehemaligen Synagogen von Maßbach und Arnstein sind mittlerweile ebenfalls Ausstellungsorte jüdischer Geschichte (2009 bzw. 2012). Beide wurden noch nicht im »Synagogen Internet-Archiv« erfasst, wie auch noch nicht die in Planung befindlichen musealen Räume in den ehemaligen Synagogen Wiesenbronn und Laudenbach (Ortsteil von Karlstadt).



Alte Gedenktafel im »Standarddesign«, die in der Vertiefung des ehemaligen Thoraschreins in Wiesenfeld ihren Platz gefunden hat. © Rebekka Denz



Neue Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge Wiesenfeld, in der heute der örtliche Musikverein probt. © Rebekka Denz

Zur Gedenkkultur in Unterfranken

Museen sind ein Element der Erinnerungskultur. Seit Jahrzehnten engagieren sich politische Initiativen, Denkmalpflege, verschiedene Institutionen und vor allem Privatpersonen dafür, die Erinnerung an das jüdische Leben als Bestandteil der fränkischen Landesgeschichte lebendig zu halten. Diese Erinnerungsarbeit ist zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe geworden, derer sich einige nichtjüdische Deutsche angenommen haben. Als ein Interessenschwerpunkt hat sich im Rahmen dieses Engagements der Erhalt von Bauwerken herauskristallisiert.

In Unterfranken wird bei 84 ehemaligen Synagogen der Geschichte des Gebäudes bzw. der örtlichen Gemeinde gedacht, dies ist bei einer Gesamtzahl von 113 fast drei Viertel. Verstärkt ab den späten 1980er-Jahren wurden Gedenktafeln mit einem »Standarddesign« entweder am Gebäude direkt oder z. B. an der Mauer des jüdischen Friedhofs angebracht. Falls der Hausbesitzer dem Anbringen einer Gedenktafel nicht zustimmte,

wurde ein Standort in der Nähe eingerichtet. In einigen Fällen wurden zunächst Gedenktafeln angebracht und zu einem späteren Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen wieder entfernt.

Gedenktafeln machen historische Gebäude zu institutionalisierten Gedenkort, die Teil der öffentlichen Erinnerungskultur sind. Der Begriff »Erinnerungskultur« wird gemeinhin in zwei Bereiche, den öffentlichen und den privaten, eingeteilt. Unter »öffentlich« wird im Folgenden die staatlich-politisch umgesetzte Erinnerungskultur verstanden, die nach dem »top-down-Prinzip« funktioniert, also nach dem Prinzip von oben nach unten. Konkret werden unter der Begrifflichkeit solche Projekte subsumiert, die von politisch Verantwortlichen oder Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Denkmalschutzbehörden und anderer Institutionen initiiert und umgesetzt werden.

»Private Erinnerungskultur« wiederum meint die Erinnerungsarbeit, die nach dem umgekehrten, dem »bottom-up-Prinzip« funktioniert. Lokale Akteurinnen und Akteure, zumeist Heimatforscher/innen oder auch Jugendgruppen, starten ein Projekt und setzen es mit Hilfe – oder zuweilen gegen den Widerstand – der politisch und institutionell Verantwortlichen sowie der Ortsbevölkerung um. Wie auch bei anderen Phänomenen gibt es Überschneidungen, die öffentliche lässt sich nicht immer trennscharf von der privaten Erinnerungskultur abgrenzen.

In der wissenschaftlichen und publizistischen Beschäftigung mit der Erinnerungskultur im Kontext der deutsch-jüdischen Geschichte wird das Augenmerk häufig auf die Diskussion über zentrale Großprojekte, wie z. B. das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« in Berlin, und die staatlich-politische Erinnerungsarbeit gerichtet. Nach der eben genannten Definition wird folglich meist die öffentliche Erinnerungskultur fokussiert. Initiativen von Ortsansässigen, also der private Sektor, werden in Analysen selten miteinbezogen. Dies resultiert aus der Tatsache, dass sich häufig Menschen publizistisch und wissenschaftlich mit dem Thema befassen, die beruflich involviert sind; dies sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Denkmalschutzbehörden und anderer öffentlicher Einrichtungen. Selbstredend hat diese Gruppe andere Motivationen für ihr Engagement und dessen publizistische Beurteilung als ehrenamtlich engagierte Ortsansässige. Das Engagement zum Erhalt von Gebäuden als private Erinnerungsarbeit wird zwar häufig in politischen Reden gewürdigt, in die Analyse der Gedenkkultur wird es aber selten einbezogen.

»(Un)dankbare« Baudenkmäler jüdischer Kultur

Gibt es ein Ranking von Bautypen jüdischer Kultur, die für nichtjüdische Deutsche heute besonders interessant sind? Gelten beispielsweise Synagogen als erhalten- und schützenswerter als Friedhöfe und Mikwen?

Rituelle Tauchbäder werden häufig als »undankbare« Denkmäler wahrgenommen. Sie »verschwinden« unkompliziert, da sie andere bauliche Voraussetzungen haben und einfach zugeschüttet werden können. Zudem herrscht in der nichtjüdischen Bevölkerung viel Nicht- und Unwissen über den Gebrauch der Ritualbäder, was das Vergessen fördert. Außerdem waren an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Mikwen nicht zwingend Teil der Infrastruktur einer (ländlichen) jüdischen Gemeinde, damit sind sie seltener Teil des »Orts-gedächtnisses«, was sich auch für Unterfranken konstatieren lässt. Es blieb relativ wenig Bausubstanz erhalten, doch gibt es auch Beispiele, so Bad Kissingen, Gaukönigshofen, Karbach, Miltenberg oder Veitshöchheim,

bei denen diese Bauten in die lokale Erinnerungsarbeit einbezogen und renoviert wurden.

Jüdische Friedhöfe sind aufgrund ihres Charakters und ihrer optischen Erscheinung für viele nichtjüdische Deutsche »verwunschene«, ja nahezu mystische Orte. Der Umgang mit diesem »Erbe« ist häufig problematisch und von Mangel an Ressourcen geprägt. In vielen Fällen pflegen Heimatforscher/innen die Friedhöfe in Absprache mit dem »Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern«, jedoch fehlt es häufig an einer professionellen Dokumentation. Wenn die Einwilligung des zuständigen Rabbiners vorliegt, mangelt es in vielen Fällen an für die Restaurierung der Grabsteine notwendigem Fachpersonal, an finanziellen Mitteln und generell dem Verständnis für den wissenschaftlichen und kulturellen Wert der Begräbnisstätten. Es spricht für sich, dass das Bundesland Bayern bis heute kein landesweites Projekt ins Leben gerufen hat, um die professionelle Dokumentation jüdischer Friedhöfe flächendeckend umzusetzen.



Verantwortung hat einen Namen



GÖD



www.goed.at
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst



Die Mikwe in Gaukönigshofen wurde im Zuge der Einrichtung der Kreisgedenkstätte Ende der 1980er Jahre renoviert. © Rebekka Denz

Synagogen im »Ortsgedächtnis«

Synagogen gehörten und gehören als eigenständige Gebäude zum Ortsbild von Land und Stadt. Sie sind nicht so »unsichtbar« wie Mikwen und »leichter handhabbar« als jüdische Friedhöfe. Sie sind, mehr oder weniger zugänglich, bis heute Teil des ländlichen »Ortsgedächtnisses«. Ein Grund dafür mag sein, dass die Synagoge im Verständnis vieler nichtjüdischer Deutscher häufig mit den Funktionen und der Sakralität einer Kirche gleichgesetzt oder verglichen wurde und wird. Synagogen sind keineswegs als unproblematische Denkmäler zu kategorisieren, sie sind aber im Vergleich zu Mikwen und Friedhöfen allemal »bequemere« Baudenkmäler. So wundert es nicht, dass sich die Akteure und Akteurinnen in der privaten und öffentlichen Erinnerungsarbeit häufiger um den Erhalt und die Neunutzung ehemaliger Synagogen verdient machen als um die Restaurierung von Mikwen und jüdischen Friedhöfen.

Seit einigen Jahren existiert das Projekt »Synagogen-Gedenkband Bayern«, das die Synagogen der mehr als 200 Gemeinden, die um 1930 im heutigen Bundesland Bayern bestanden, umfassend dokumentiert.⁵ Der erste Band über den Regierungsbezirk Unterfranken wird 2015 erscheinen.

Das Fallbeispiel des ländlichen Unterfrankens zeigt, wie in einer an jüdischer Geschichte so reichen Region viele bauliche Spuren bis in die Gegenwart erhalten ge-

blieben sind. So ist von mehr als der Hälfte der ehemaligen Synagogen eine solide Bausubstanz sichtbar. Die Bauwerke sind oftmals Teil des Ortsgedächtnisses und dank verschiedener Projekte der privaten und öffentlichen Erinnerungskultur zu einem Teil der lokalen Erinnerung geworden. □

Anmerkungen

- 1 Siehe <http://www.karlstadt.de/sites/gensite.asp?SID=cms220220111241204579584&Art=346> (29.3.2015).
- 2 Rebekka Denz, Vom Umgang mit jüdischen Friedhöfen. Beobachtungen aus Unterfranken. In: Wenn Steine sprechen... Die Spuren der Pappenheimer Juden II. Pappenheim 2014, S. 12–17.
- 3 Die jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland (Veröffentlichung des Bureaus für Statistik der Juden 3). Berlin 1906, S. 17f.
- 4 <http://www.synagogen.info> (29.3.2015).
- 5 <http://www.synagogenprojekt.de> (29.3.2015).

Literatur

- Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 2.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Corneli.C3.9Fen?oldid=97392 (29.3.2015).
- Rebekka Denz, Rotraud Ries, Mitten unter uns. Landjuden in Unterfranken vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Begleitheft zur Wanderausstellung. Würzburg 2013.
- Otto Lohr, Ehemalige Synagogen in Bayern als Erinnerungsorte, Museen und Begegnungsstätten. Entwicklungen im Umgang mit Denkmälern jüdischer Geschichte. In: Ehemalige Synagoge Sulzbach. Festschrift zur Eröffnung am 31. Januar 2013. Sulzbach-Rosenberg 2013.

Landessonderausstellung 2015

Diakoniewerk Gallneukirchen Haus Bethanien 30.04. -02.11. 2015



hilfe.

Lebens**Risiken** Lebens**Chancen**
Soziale Sicherung in Österreich

»Wir wollen, wieder belebt werden...«

Katharina Friedla

Bis in die 1980er-Jahre war die jüdische Vergangenheit Polens im öffentlichen Leben nicht präsent. Erst der politische Umbruch des Jahres 1989 initiierte eine zeithistorische Debatte und damit die Entdeckung der Geschichte der Jüdinnen und Juden. Dies bewegte viele Polen dazu, das jüdische Kulturerbe sowie die damit verbundene verloren gegangene Identität ihrer Städte zu erforschen. Diese »jüdische Renaissance« hat ihre Wurzeln in Krakau, wo bereits seit 1988 das Jüdische Kulturfestival stattfindet, zurzeit das größte in Europa. Dieser Erfolg dehnte sich auf andere Städte aus, in denen mittlerweile ähnliche Festivals veranstaltet werden und Erinnerungsorte sowie Denkmäler für die in der Shoah ermordeten Juden errichtet wurden. Darüber hinaus gibt es christlich-jüdische Begegnungsstätten

und einen intensiven polnisch-israelischen Austausch. Inmitten des ehemaligen Ghetto Geländes von Warschau wurde im Oktober 2014 das »Polin« als eines der modernsten Museen des Landes eröffnet, welches die tausendjährige Tradition und Geschichte des polnischen Judentums thematisiert. Vor allem am Umgang mit den leerstehenden Synagogenbauten wird deutlich sichtbar, welche Wandlungen die Erinnerungskultur in Polen in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat.

Die jüdische Vergangenheit Krakaus und Breslaus und damit die Geschichte ihrer Synagogen unterscheiden sich diametral von anderen Städten im Land. Krakau ist die einzige Stadt Polens, in der sich im Stadtteil Kazimierz auf engstem Raum sieben Synagogen befinden, das gesamte Viertel wurde 1978 in die Weltkultur-



dass unsere Gebetshäuser

Die Synagogen in Breslau und Krakau

erbe-Liste der UNESCO aufgenommen. Die einzige erhaltene Synagoge Breslaus diente vor der Shoah der drittgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands. Nach 1945 wurde die Stadt Teil des polnischen Staatsgebiets, das Sakralgebäude wurde den überlebenden Jüdinnen und Juden zur Verfügung gestellt. Somit knüpft die heutige jüdische Gemeinschaft der Stadt an das Erbe des deutsch-jüdischen Breslau an.

Ziel dieses Beitrags ist es, am Beispiel der beiden Städte nicht nur die wechselhafte Geschichte der Synagogen während der letzten 70 Jahre zu beleuchten, sondern vielmehr auch den Erinnerungsdiskurs zum jüdischen Erbe sowie die polnisch-jüdischen Beziehungen und die Suche nach der Neudefinition der jeweiligen Identität darzustellen.

Krakau – »Hauptquartier der Diaspora«

Die jüdische Gemeinde Krakaus zählt zu den ältesten Polens. Bereits im 12. Jahrhundert kamen die ersten jüdischen Zuwanderer in die Stadt, das Viertel Kazimierz war vor dem Zweiten Weltkrieg eines der wichtigsten intellektuellen und geistigen Zentren der Diaspora.

Vor 1939 existierten über 90 Synagogen und Bethäuser und mehr als 68.000 Jüdinnen und Juden lebten in der Stadt, somit lag ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei einem Drittel. Nur knapp 4.000 von ihnen überlebten die Shoah. Die systematische Zerstörung und Vernichtung von Gebäuden, Kunstgegenständen und Nachlässen führte zu einem beinahe völligen und unwiderruflichen Verlust der jüdischen Kultur.



Innenraum der Synagoge »Zum Weißen Storch«, Breslau, 2014
© Fundacja Bente Kahan Wrocław

Linke Seite: Außenansicht der Synagoge »Zum Weißen Storch«, 2007 © Wikimedia Commons/Julio

Innenansicht der Remuh-Synagoge, Krakau, 2007 © Wikimedia Commons/Dnlor 01

Nach dem Krieg lebten etwa 6.000 Jüdinnen und Juden in Krakau, die meisten verließen jedoch infolge des virulenten Antisemitismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit, der politischen Ereignisse Mitte der 1950er Jahre und letztendlich nach der antisemitischen Kampagne von 1968 die Stadt. Die wenigen noch Verbliebenen nutzten die orthodoxe Remuh-Synagoge, welche während der gesamten kommunistischen Zeit in Betrieb war. Sie ist das kleinste Synagogengebäude der Stadt und heute eines von zwei noch genutzten jüdischen Gotteshäusern. Im Jahre 1553 errichtet, verdankt das Gebetshaus seinen Namen dem Krakauer Rabbiner Moses Isserles, hebräisch abgekürzt »Rema«, polnisch »Remuh«. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Synagoge von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und geplündert. Im Herbst 1945 wurde sie für die Gläubigen wieder eröffnet, von 1958 bis 1968 konnten dank der Bemühungen der jüdischen Gemeinde und der Stadtverwaltung Restaurierungsarbeiten durchgeführt werden. Das gesamte Viertel verfiel jedoch und verlor mit dem Verfall und dem Vergessen seinen jüdischen Charakter. Erst nach 1989 erweckte Kazimierz wieder das Interesse der Stadtbewohner sowie der Touristen und wurde zu einem Symbol der Geschichte der osteuropäischen Jüdinnen und Juden. Ein Schlüsselereignis für die Revitalisierung war zweifelsohne die Abhaltung des bereits erwähnten Kulturfestivals. 1993 diente der Stadtteil als Kulisse für die Dreharbeiten des Films »Schindlers Liste« von Steven Spielberg.

Die Betonung des jüdischen Erbes der Stadt war von Anfang an mit einer zunehmenden Kommerzialisierung und einer populären Definition von »jüdisch« verbunden. Krakau entwickelte sich zu einem der größten Zentren des »jüdischen Tourismus« in Polen,¹ das Geschäft mit der Folklore boomte. Auf den Straßen traten als Klezmer-Musiker kostümierte nichtjüdische Polen auf und die Souvenir-Läden boten aus Holz geschnitzte religiöse Juden in ihren traditionellen Gewändern an. Beliebt waren die Rundfahrten »Auf Schindlers Spuren« sowie die »Auschwitz-Birkenau Tour«. Die zahlreichen Restaurants mit klingenden hebräischen beziehungsweise jiddischen Namen – wie »Ariel« oder »Klezmer Hois« – und pseudo-koscherem Essen, die siebenarmigen Leuchter und Davidsterne, die allgegenwärtige Klezmer-Musik, all das sollte einen Hauch dessen wiederge-



ben, was Kazimierz vor dem Zweiten Weltkrieg einmal war. Lange erinnerte das Viertel an ein Freilichtmuseum mit ein paar Synagogen, jüdischen Friedhöfen, unzähligen Kneipen, Galerien und Musikern. Viele Besucher waren vor allem an den Spuren ihrer jüdischen Vorfahren interessiert, ihr Interesse für die aktuellen Probleme der Gemeinde war begrenzt.

Auf die Welle der Kommerzialisierung folgte eine Rückbesinnung auf das »authentische« Kazimierz und damit die Revitalisierung des kulturellen und religiösen Lebens. Frischen Wind in die Aktivitäten brachten die zahlreichen neu gegründeten Organisationen, wie beispielsweise das 2008 ins Leben gerufene Jüdische Gemeindezentrum. 2004 wurde das Jüdische Museum Galizien in Krakau eröffnet, 2010 das vom Staatlichen Museum Krakau gegründete Museum »Schindlers Fabrik« (»Fabryka Schindlera«). All diese Bestrebungen ändern jedoch nichts an der Tatsache, dass die heutige jüdische Gemeinde nur etwa 180 Mitglieder zählt und mehrheitlich aus älteren Menschen besteht. Die meisten sind nach 1945 hergezogen oder auf der Durchreise in den Westen hier geblieben.

Die Remuh-Synagoge in Krakau, 2012
© Wikimedia Commons/Zygmunt Put (Zetpe0202)

Eingang zur Remuh-Synagoge, 2006
© Wikimedia Commons/Grippenn

Von den insgesamt sieben Synagogen werden nur noch zwei für Gottesdienste genutzt, die bereits erwähnte Remuh-Synagoge in der Szeroka Straße jeden Freitag und Samstag und die Tempel-Synagoge in der Miodowa Straße an den Hohen Feiertagen, zu denen zahlreiche jüdische Touristen nach Krakau kommen. Die anderen dienen als Museen, Ausstellungsräume oder Jugendheime.

Tadeusz Jakubowicz, seit 1998 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde, wurde 1939 in Krakau geboren. Zunächst lebte er mit seinen Eltern im Ghetto Krakau, anschließend wurde die Familie in das Konzentrationslager Płaszów deportiert. Von dort gelang ihnen 1943 die Flucht in die Wälder. Sie überlebten den Krieg im Versteck bei einem polnischen Bauern. In einem Interview meinte er: *Wir haben genug Synagogen, es fehlen nur die Juden.*²

Jonathan Ornstein, Direktor des Jüdischen Gemeindezentrums, schätzt, dass *tatsächlich 300 bis 400 Juden hier in Krakau leben.*³ Ornstein, der in New York geboren wurde und einige Jahre in Israel lebte, kam 2001 in die Stadt, unterrichtete zunächst Hebräisch an der Jagiellonen-Universität und engagierte sich stark für die Wiederbelebung der Gemeinde. *Die Juden hätten in Krakau eine wechselvolle, mindestens 1000 Jahre alte Geschichte. Das dürfe nie vergessen werden, erklärt Ornstein – und fordert einen Wechsel der Perspektive: »Die Juden fokussieren sich zu sehr auf die Rolle Polens während des Holocaust.« Um attraktiv und damit überlebensfähig zu werden, dürfe*





Remuh-Synagoge in Krakau, Ansicht aus den 1930er-Jahren © Yad Vashem Archives, Jerusalem



Synagoge »Zum Weißen Storch«, 1926 © Yad Vashem Archives, Jerusalem

man sich nicht nur »über die Tragödie definieren«. ⁴ Ziel seiner Tätigkeit ist, dass die jüdische Gemeinde Krakaus als eine lebendige wahrgenommen wird, indem sie auf die Menschen zugeht und Feste, Seminare sowie Sprachkurse organisiert. Ob diese Bestrebungen für eine jüdische Zukunft in der Stadt tragfähig sind, wird die Entwicklung der nächsten Jahre zeigen.

Breslau – Stadt »ohne Gedächtnis und Identität«

Das jüdische Breslau, vor dem »Zivilisationsbruch« ⁵ der Shoah eines der bedeutendsten und florierenden Zentren jüdischen Lebens in Deutschland, wurde bei-

nahe vollständig ausgelöscht. Nach Kriegsende bis 1946 bildeten im Zuge der »Repatriierung« aus der Sowjetunion jüdische Flüchtlingsströme hier eine der größten Ansiedlungen in der Polnischen Volksrepublik. Durch die Vertreibung der Deutschen – darunter auch Juden deutscher Herkunft – erfolgte ein umfassender Bevölkerungstransfer und der Bruch jeglicher kultureller Kontinuität. Breslau wurde zu Wrocław, zu einer Stadt »ohne Gedächtnis und Identität«.

Schon im August 1945 wandte sich das Jüdische Komitee Breslaus, dessen Repräsentanten vor allem aus der Deportation zurückgekehrte polnische Juden waren, mit der Bitte um Rückgabe der einzigen erhalten gebliebenen Synagoge »Zum Weißen Storch« (Pod Białym Bo-

cianem) an die Stadtverwaltung. Die Storch-Synagoge war in den Jahren 1927–1929 erbaut worden. Während des Pogroms vom 9./10. November 1938 zerstörten die Nationalsozialisten die Fassade, aufgrund der Nähe zu den benachbarten Gebäuden wurde sie jedoch nicht in Brand gesetzt, was sie, im Gegensatz zur Neuen Synagoge am Anger, vor einer völligen Zerstörung bewahrte. Ab 1943 wurde das Gebäude als Autowerkstatt sowie als Lager für »arisierte« Güter genutzt. Im Hof der Synagoge wurde der Hauptsammelplatz für die Deportation der Breslauer Juden und Jüdinnen »in den Osten« eingerichtet.

Das Gebäude überstand die schweren Kämpfe um die »Festung Breslau« im Frühjahr 1945 und wurde nach der Befreiung im Mai desselben Jahres polnischen Überlebenden rückgestellt. Die Synagoge diente noch bis Mitte der 1960er-Jahre als religiöser Ort und Treffpunkt. 1966 erwirkte die Regierung mit Hinweis auf den desaströsen Zustand des Gebäudes die Schließung, erlaubte jedoch fast ein Jahr nach dem Protest der Gemeinde wiederum die Nutzung des unteren Teils, allerdings nur an bestimmten Feiertagen.

Die letzte Welle der jüdischen Emigration, vor allem durch die antisemitische Kampagne 1968 erzwungen, führte zur Einstellung der Gottesdienste. Das traditionelle Bad, die Mikwe, wurde ebenso außer Betrieb genommen, lediglich der Betsaal im Gemeindehaus an der Włodkowica Straße konnte weiter genutzt werden. Der Verlust des Gotteshauses war auch Ausdruck einer tiefen Krise innerhalb der jüdischen Gemeinschaft der Stadt. Die wenigen Mitglieder, überwiegend hohen Alters und mittellos, sahen sich nicht nur außerstande, die Kosten für die notwendige Generalsanierung zu tragen, sondern auch die für die Erhaltung erforderlichen Mittel aufzubringen. Darüber hinaus war das riesige Gebäude für die kleine Gruppe der Gläubigen entschieden zu groß.

1974 wurde die Synagoge auf Grundlage der Gesetze zum ehemals deutschen Eigentum verstaatlicht und im gleichen Jahr der Universität zugewiesen. Mit dem Kauf durch das Zentrum für Kultur und Kunst wurde das Bauwerk mehrere Jahre lang zum Ort künstlerischer Aktivitäten. Die weitere Zerstörung – hauptsächlich durch zwei Brände verursacht – führte zum erneuten



SIEMENS

Grünes Licht für die Zukunft.
Unsere Systeme für intelligente Städte schonen die Umwelt.
Und fördern gleichzeitig die Wirtschaft.

Es gibt eine einfache Methode, eine Stadt zum Energiesparen zu bringen: Man macht sie intelligent. Vom öffentlichen Verkehr bis hin zur Gebäudetechnik: Siemens baut nicht nur umweltschonende Bahnen und U-Bahnen, sondern entwickelt auch integrierte Gebäudetechnik-Lösungen und Verkehrsleitsysteme,

die der modernen Stadt das Energiesparen beibringen. Dadurch schaffen wir auch völlig neue Berufsbilder, die Umweltschutz und Wirtschaftswachstum in Einklang bringen: Eine echte Zukunftsperspektive! Weitere Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden Sie auf unserer Website.

www.siemens.com

Besitzerwechsel. 1989 übernahm die Akademie für Musik das Gebäude; allerdings verfiel es danach endgültig zur Ruine.

Inspiziert von der »Wiedergeburt jüdischen Lebens« in Krakau unternahmen Ende der 1980er-Jahre die Nachkommen in Breslau den Versuch, ihr Judentum wieder stärker zu leben. So wurden auf Initiative von Jerzy Kichler, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde von 1999–2003, religiöse und kulturelle Aktivitäten neu aufgenommen. Mithilfe der unermüdlichen Bemühungen von Bente Kahan und ihrer Stiftung konnte die Storch-Synagoge im Mai 2010 feierlich wiedereröffnet werden und erstrahlt nun im alten Glanz. Die norwegische Künstlerin jüdischer Abstammung berichtet von ihren Anfängen 2006 in der Stadt: *Es war alles schrecklich hier. Die Synagoge hatte kein Dach und war ungeheuer verwaorlost. Was mich erschüttert hat, war die Tatsache, dass die Synagoge nicht durch die Deutschen während des Novemberpogroms 1938 oder infolge des Krieges zerstört worden war, sondern die Zerstörung erst nach 1968 durch die Kommunisten erfolgte. [...] Bis Ende der 1960er-Jahre haben dort noch Menschen gebetet...*⁶

Im Gebäudeinneren wird die permanente Ausstellung »Zurückgewonnene Geschichte« präsentiert, die das jüdische Leben in Breslau und Niederschlesien seit seinen Anfängen bis zur Gegenwart dokumentiert und darstellt. Das von der »Bente Kahan Stiftung« gegründete Jüdische Zentrum für Kultur und Bildung agiert als Schirmherrin sämtlicher kultureller Veranstaltungen. *Dieser Ort soll für alle zugänglich sein, damit die*

*Geschichte der Juden in Breslau/Wrocław einen Platz im Bewusstsein der Einwohner gewinnt.*⁷

Seit 1998 gib es auch eine jüdische Grundschule, »Szalom Aleichem«, die jedoch zum größten Teil von nichtjüdischen Schülern besucht wird. An der Universität wurde 2004 das Institut für Jüdische Studien eingerichtet, das unter der Leitung von Prof. Marcin Wodzinski Forschungen zur Kultur, Literatur und Geschichte sowie zu den polnisch-jüdischen Beziehungen betreibt.

Auch wenn diese Bestrebungen nicht mit dem einstigen Glanz des jüdischen Lebens in der Stadt vergleichbar sind, findet dieses in anderer Weise und an anderen Orten doch seine Fortsetzung. Die jüdische Gemeinde Breslaus, mit etwa 300 Mitgliedern die zweitgrößte Polens, ist eine der großen Hoffnungen für das Judentum in Polen. Die Bemühungen um die Wiedereröffnung der Synagoge haben bewiesen, dass sich die polnischen Juden allen Brüchen zum Trotz mittlerweile auf die deutsch-jüdischen Traditionen zurückbesinnen und diese als Teil der eigenen Geschichte begreifen. So fand am 2. September 2014 die Ordinationsfeier von vier Rabbinern und drei Kantoren des Potsdamer Abraham Geiger-Kollegs in der Breslauer Synagoge statt.

Die zahlreichen Initiativen, das jüdische Erbe von Breslau weiterzutragen, betrachtete Cyla Zylbertal, Mitglied der Gemeinde, in einem Interview mit einer gewissen Distanz und Skepsis: *Es wird keine Juden mehr in Polen geben. Es gibt nur sehr wenige Juden hier, viele von ihnen bekennen sich nicht einmal zum Judentum. Wenn ich auf unsere Synagoge schaue, wenn ich diese Menschen*



zu Rosch Haschanah zum Gebet versammelt sehe... Das sind doch alles Greise, die bald sterben werden [...] So zerfällt das alles, es zerfällt einfach... Wird es noch jemanden geben, der mich auf dem jüdischen Friedhof beisetzen wird? Totengräber gibt es bei uns in Polen genug, aber Juden...? ⁸

Historisches Erbe – neue Identitäten

Im 20. Jahrhundert erschütterte der Totalitarismus Breslau und Krakau zweimal, Terror, Krieg und Genozid prägten die Schicksale der jüdischen Bewohner beider Städte. Der Fall des »Eisernen Vorhangs« öffnete viele neue Möglichkeiten, das historische Erbe zu rezipieren, bis hin zur Idee einer multiethnischen Gesellschaft. Die Restaurierung von Synagogen, Bethäusern, jüdischen Friedhöfen, aber auch die Errichtung von Denkmälern haben den Städten eine zusätzliche, eine neu entdeckte Identität verliehen.

In den letzten Jahren wird sowohl in Krakau als auch in Breslau das jüdische Leben präsenter. Dieses manifestiert sich in einer Revitalisierung der religiösen Praxis, Hand in Hand mit einer Neukonstituierung der Gemeinden, aber auch in einer breiten Palette diverser Organisationen, Stiftungen und Museen, die im Rahmen kultureller Veranstaltungen das Erbe bewahren und vermitteln.

Noch vor ein paar Jahren handelte es sich, zumindest im Krakauer Kazimierz, um »eine virtuelle jüdische Welt«⁹ ohne Juden für ein nichtjüdisches Publikum, doch in letzter Zeit ist in beiden Städten eine größere

Teilnahme der jeweiligen Gemeinden an den Aktivitäten zu beobachten. Diese Entwicklung stellt nicht nur eine Verbindung zu dem einst florierenden jüdischen Leben her, sondern bietet vielmehr die Chance einer Neudefinition diverser Identitätsaspekte sowie einer Auseinandersetzung sowohl mit der polnischen als auch der jüdischen Vergangenheit und Tradition.

Markant für beide Städte bleibt die Tatsache, dass die Neuorganisation des Gemeindelebens vor allem durch jüdische Persönlichkeiten aus dem Ausland stattgefunden hat. Dank Jonathan Ornstein in Krakau und Bente Kahan in Breslau erhielt die polnisch-jüdische Gemeinschaft viele wichtige Impulse, ihr Erbe anzuerkennen und sich mit ihm auseinanderzusetzen. □

Anmerkungen

- 1 Ruth Ellen Gruber, *Jewish Heritage Travel: A Guide to Eastern Europe*. Washington 2007; Dies., *Virtually Jewish. Reinventing Jewish Culture in Europe*. Berkeley 2002.
- 2 Interview mit Tadeusz Jakubowicz, Muzeum Historyczne Krakowa, Projekt: *Opowiedz mi miasto*, <http://opowiedzmiasto.mhk.pl/swiadkowie/tadeusz-jakubowicz> (6.5.2015); vgl. Tadeusz Jakubowicz, *Chcemy, żeby nasze synagogi żyły*, *Gazeta Wyborcza*, 31. Mai 2014.
- 3 Knut Krohn, *Jüdische Gemeinde Krakau: Ein Potemkinsches Dorf*. In: *Frankfurter Rundschau*, 8. 8. 2009. Online: <http://www.fr-online.de/home/juedische-gemeinde-krakau-ein-potemkinsches-dorf,1472778,3293258.html> (6.5.2015).
- 4 Ebd.
- 5 Dan Diner (Hg.), *Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz*. Frankfurt/Main 1988.
- 6 Interview mit Bente Kahan im Sept. 2006 in Breslau, Archiv der Autorin.
- 7 Ebd.
- 8 Interview mit Cyla Zylbertal im September 2007 in Breslau, Archiv der Autorin.
- 9 Vgl. Gruber, *Virtually Jewish*.



Der Stadtteil Kazimierz – »eine virtuelle jüdische Welt« © 2014–2015 RePortal
Wszelkie prawa zastrzeżone (<http://reportal.pl/co-warto-zobaczyc-w-krakowie>)

Mitte: © Leszek (<http://www.panoramio.com/photo/19129989>)

Rechts: © Andrew Petche, 2012 (<https://anotherbagmoretravel.wordpress.com/2012/09/20/krakow-kazimierz/>)

Die Zerstörung

Benjamin Grilj

Große Synagoge
© Benjamin Grilj



Als die Bukowina 1774 von österreichischen Truppen annektiert wurde, existierten in der gesamten Region jüdische Gemeinden, auch in Czernowitz, wo die Juden knapp 40% der Bevölkerung stellten. Die österreichische Anfangsphase war von Bemühungen geprägt, *in nachdrücklichster Weise die Zahl der Juden herabzudrücken*.¹ Doch konnten Gesetze und Verordnungen den Zuwachs nur kurzfristig eindämmen, so dass es rasch zu einem massiven jüdischen Zuzug kam.

Parallel zur demographischen Entwicklung bildete sich eine religiöse Infrastruktur heraus. Zentrum war die Große Synagoge, die bis 1959 Mittelpunkt der orthodoxen jüdischen Gemeinde war. Im direkten Um-

feld entstanden ein *Cheder* (religiöse Kinderschule), der (alte) jüdische Friedhof, das Israelitische Krankenhaus und die Chewra Tehillim Synagoge.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts verzehnfachte sich die Czernowitzer Bevölkerung. Die Anzahl der Synagogen und Bethäuser wuchs stetig, doch wollte die Stadt dieses Faktum nicht öffentlich sichtbar machen. Laut Stadt- und Brandplänen dieser Zeit gab es lediglich die Große

Synagogen in Czernowitz Jerusalems am Pruth

Tempel
© Benjamin Grilj



Synagoge und das Israelitische Krankenhaus. Doch existierten allein in der Synagogengasse und den direkt angrenzenden Gassen acht weitere Synagogen. Stadt, Bevölkerung und jüdische Gemeinde wuchsen weiter: 1910 kamen auf 87.100 Bewohner/innen 28.613 Juden und Jüdinnen. Die Gemeinde war stark inhomogen, sodass genau in dieser Phase die meisten neuen Synagogen und Bethäuser entstanden – die Zahlenangaben schwanken zwischen 77 und 400. In den offiziellen Stadtplänen hatte sich die Darstellung des religiösen jüdischen Lebens jedoch kaum geändert: einzig die für den reformierten Teil der Gemeinde 1873–77 errichtete, »Tempel« genannte Synagoge in der Tempelgasse wurde ergänzt.

Man liebte weiterhin Österreich

Lydia Harnik

Als Konsequenz des Ersten Weltkriegs übernahm Rumänien die Bukowina und setzte verordnete Minderheitenrechte nicht um; es folgte eine radikale Rumänisierung und allein in der Bukowina wurden ca. 100.000 Juden und Ukrainer staatenlos.² Mit dem wirtschaftlichen Niedergang Ende der 1920er Jahre kam es zu einer politischen Radikalisierung: Rumänen strömten in antisemitische und faschistische Organisationen und »Minderheiten«-Bündnisse zerbrachen, weil sich viele Bukowina-»Deutsche« der NSDAP zuwandten und sich

immer mehr Ukrainer der in Galizien aktiven »Organisation der Ukrainischen Nationalisten« anschlossen.

1934 folgte mit der Bestellung des Czernowitzers Ion Nistor zum Unterstaatssekretär für Minderheitenfragen die Phase, die Hanna Arendt wohl gemeint hat, wenn sie Rumänien als das antisemitischste Land Europas vor dem Zweiten Weltkrieg beschrieb. Seine Politik bereitete die völlige Entrechtung der Juden durch Octavian Goga 1937 und die folgende Königsdiktatur vor. Alle jüdischen Parteien und Organisationen wurden enteignet, verboten und aufgelöst, ein Jahr später verlor ein Drittel der jüdischen Bevölkerung der Bukowina die Staatsbürgerschaft. Es kam zu massiven Einschränkungen bis hin zum Ausschluss aus dem Bil-

Man hat gehofft, dass unter dem russischen Regime alle Menschen gleich sein werden

Siegfried Benzer

Als Konsequenz des »Hitler-Stalin-Paktes« marschierte am 28. Juni 1940 die Rote Armee in die Nord-Bukowina ein. Zurückziehende rumänische Verbände verübten die ersten Pogrome. »Volksdeutsche« wurden »heim-ins-Reich« umgesiedelt, Tausende Ukrainer, Rumänen und vor allem Juden und Jüdinnen im Zuge von »Volksprozessen« nach Sibirien deportiert.³ Trotz Verschleppung, Enteignung und Willkür wurde die sowjetische Besatzung wegen des relativ schwachen Antisemitismus vielfach als Befreiung empfunden.⁴ Die Situation der Syn-



dungssystem sowie zu umfassenden Restriktionen im Eigentumsrecht der Jüdinnen und Juden.

Dies zeigt sich unter anderem deutlich an einer Liste des Geheimdienstes aus dem Jahr 1936, die 54 Synagogen und Bethäuser registrierte. Die Differenz zu den oben erwähnten Zahlen ist ein Anzeichen dafür, dass sich viele Juden aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatten. Die Gemeinde wurde beständig unter Druck gesetzt, beispielsweise wurden 1937 der Großen Synagoge und dem Altersheim Wasser und Strom abgedreht. 1938 folgte die Rumänisierung des Besitzes der Kultusgemeinde und somit teilweise der Synagogen und Bethäuser.

agogen im sogenannten »Russenjahr« 1940/41 ist also noch heute schwer zu beurteilen. Der »Tempel« wurde umgehend geschlossen. Die Große Synagoge und viele andere Bethäuser blieben laut Zeitzeugenberichten jedoch weiterhin geöffnet.

Sie kamen mit giftblauem Feuer

Rose Ausländer

Mit dem Angriff Deutschlands auf die UdSSR zogen sich die Sowjets Ende Juni 1941 aus der Bukowina zurück. Im daraufhin entstehenden Machtvakuum kam es zu einer Reihe von Pogromen. Deutsche Flugzeuge bom-

bardierten Czernowitz, die rumänische Gendarmerie, die 3. rumänische Armee und die SS-Einsatzgruppe Xb rückten vor. In den ersten drei Tagen zogen Rumänen marodierend durch die Stadt und erschossen wahllos mehr als 3.000 jüdische Menschen. Die Einsatzgruppe verhaftete und exekutierte gezielt 400 Führungspersonen, wie den Rabbiner Dr. Abraham Jakob Mark, der noch zusehen musste, wie am 9. Juli 1941 der »Tempel« in Brand gesetzt wurde.⁵ Alle männlichen Juden wurden zur Zwangsarbeit eingeteilt, der Gelbe Stern eingeführt und erste Gerüchte von Deportationen kamen auf. Am 11. Oktober 1941 wurde ein Ghetto eingerichtet: zwischen 50.000 und 60.000 Menschen wurden in einen Stadtteil gesperrt, in dem zuvor nicht einmal ein Zehn-

tel dieser Zahl gelebt hatte.⁶ Bereits zwei Tage später setzten Deportationen nach Transnistrien ein. In zwei Wellen wurden 32.530 Czernowitzer Juden und Jüdinnen verschleppt – nicht einmal ein Drittel überlebte. 15.633 Verfolgte wurden von Bürgermeister Dr. Traian Popovici gerettet.⁷ Alle Synagogen und Bethäuser wurden geschlossen. Die in der Stadt Verbliebenen lebten häufig versteckt, doch führten einige im Geheimen weiterhin ein religiöses Leben.

Mit wechselndem Schlüssel schließt du das Haus auf

Paul Celan

Mit der Befreiung Transnistriens durch sowjetische Truppen am 20. März 1944 kehrten die vertriebenen Juden und Jüdinnen vor allem nach Czernowitz zurück, viele entschieden sich jedoch unmittelbar zur weiteren Migration. Allein von Februar bis April 1946 verließen 22.307 Personen die Nordbukowina. Gleichzeitig kamen über 53.000 Zuwanderer – in erster Linie Ostukrainer und sibirische Juden – in die Stadt.

Chewra Tehillim Synagoge
© Benjamin Grilj

”DURCH DEN EU-BEITRITT HAT SICH DIE KULTURARBEIT UND DER KULTURELLE AUSTAUSCH SEHR ERLEICHTERT.“

Martin Hochleitner
Museums-Direktor

20 | JAHRE
ÖSTERREICH
IN DER EU



Bezahlte Anzeige / BMEIA

Die Jahre bis zum Tod Chruschtschows waren vor allem von Widersprüchen gekennzeichnet. Juden waren offiziell eine Opfergruppe des »großen vaterländischen Krieges«, erhielten aber, im Gegensatz zu anderen, mehrheitlich keine Zuschläge oder Vergünstigungen. Spätestens mit der Irankrise 1979 griff in der Sowjetunion der Antisemitismus deutlich um sich: ab diesem Ereignis standen Juden unter Generalverdacht. Gleichzeitig waren sie aber eine gleichberechtigte Nationalität der Sowjetunion.

Beim Umgang mit Religion zeigte sich die Divergenz zwischen Theorie und Praxis: grundsätzlich war die UdSSR ein atheistischer Staat, die meisten religiösen Gebäude wurden geschlossen. Doch fanden in

Sie verfallen seit Jahren, [...] störend und mit stummem Schrei

Othmar Andréé

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden geschlossene Kirchen wieder eröffnet und neue gebaut. Sie erfreuen sich heute eines starken Zulaufs. In der einzigen offenen Synagoge, der Benjamin-Synagoge, kommen hingegen nur selten die für das Gebet notwendigen zehn Männer, ein *Minjan*, zusammen. Nach der Errichtung der Paul Celan-Büste 1992 erhofften sich viele eine Aufarbeitung der Vergangenheit, doch änderte sich wenig. Enteigneter Besitz wurde nicht restituiert und verfiel zunehmend. Eine Ausnahme ist die 2012 wiedereröffnete Korn Synagoge.



Benjamin-Synagoge
© Benjamin Grilj

Czernowitz aufgrund der Verfolgungen bereits ab der Zwischenkriegszeit viele religiöse Aktivitäten im Verborgenen statt.⁸ 1944 gab es nach offiziellen Angaben 28 aktive Synagogen, zwei Jahre später nur mehr 19, danach elf bzw. zwölf und 1953 schließlich nur mehr sechs. Nach der Schließung der Großen Synagoge 1959 blieb als einzige die Benjamin-Synagoge bestehen. Die Auflistungen des sowjetischen Geheimdienstes sind jedoch widersprüchlich.⁹

Parallel zu den steigenden Restriktionen für Juden nahm die Migration nach Israel in mehreren Wellen zu. Von 37.600 Juden in Czernowitz im Jahr 1959 sank die Zahl auf heute 800 bis 1.500.

Die Czernowitzer Synagogen

Die Benennung der Synagogen ist vielfältig, oft verballhornt und daher die Identifizierung der einzelnen Bauwerke nicht immer eindeutig. Meist wurden ursprünglich hebräische oder jiddische Bezeichnungen eingedeutscht, dann ins Rumänische transkribiert, später rumänisiert, russifiziert und schließlich ukrainisiert. In vielen aktuellen Beschreibungen finden sich daher inkonsistent Namen der unterschiedlichen Phasen oder eigene Ableitungen aus dem Ukrainischen.

Jenseits der Benennung ist die Differenzierung zwischen Synagoge und Bethaus zu beachten. Wenn man der üblichen Definition folgt, ist erstere ein eigenständiges Gebäude, das eine rein rituelle Verwendung hat. Davon ausgehend, lassen sich aus den Akten elf Synagogen bestimmen, die in Czernowitz 1941 und 1944 geöffnet waren. Wie erwähnt zeigen sich dabei Widersprüche, da zum Beispiel während des Kriegs zerstörte Gebäude trotzdem genannt werden.

Große Synagoge (Synagogengasse 41, A. Барбюса/Barbjusa 31). Alternative Namen: alte Synagoge, Altschil, Großschil, Groschil, große Schul, Großschul, Hauptsynagoge, Schil Bethaus, große Stibl.



Bereits 1710 befand sich an diesem Ort eine hölzerne Synagoge, die 1769 den Flammen zum Opfer fiel. Zwischen 1820 und 1853 wurde mit Spenden der Czernowitzer und anderen Bukowinaer Gemeinden ein Steinbau errichtet. Das barock-klassizistische Gebäude überragte das gesamte Viertel. Da es den Stadtbrand von 1863 nahezu unbeschadet überstanden hatte, verbreiteten sich rasch Gerüchte über die »Wunder-Synagoge«, die lange Bestand haben sollten. Bis zur Errichtung des »Tempels« war die Große Synagoge die größte der Stadt, und blieb bis zu ihrer Schließung das religiöse Zentrum der orthodoxen Gemeinde.

Mit der Errichtung des Ghettos wurde die Große Synagoge geschlossen und nahm erst mit dem Ende der rumänischen Herrschaft wieder ihren Betrieb auf. Die sowjetische Administration erlaubte die Öffnung nur vorerst – 1959 folgte die Schließung. Seit 1960 wird sie als Sargfabrik und Steinmetzbetrieb genutzt. Im Zuge der Umgestaltung wurde die reiche innere Ausstattung völlig zerstört. Erst unlängst kamen unter dem bröckelnden Putz wieder einzigartige Wandmalereien zum Vorschein. Von außen erinnert heute nur der Segensspruch über dem Eingang an die frühere Funktion als Synagoge.

Tempel (Tempelgasse 10, Університетська/University-tetska 10). Alternative Namen: israelitischer Tempel, Tempel-Synagoge, Reform-Synagoge, reformierte Synagoge, neue Synagoge, Neuschil, neue Schil, großer Tempel, große Synagoge und Choral-Synagoge; scherzhaft: Cinemagoge.

1857 regte der damalige Landespräsident Franz Freiherr von Schmück den Bau einer Synagoge für die reformierte Gemeinde nach den Bebauungsplänen des

www.facebook.com/fsg.oeGB

www.fsg.at

**DIE
LOHN-
STEUER-
SENKUNG
KOMMT!**

**OHNE KAMPF
KEIN FORTSCHRITT.**



Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

Stadtbaumeisters Adolf Marin an. Doch eskalierten die Konflikte zwischen dem orthodoxen und dem reformierten Teil der Gemeinde in einer Spaltung. Erst nach der Versöhnung am 8. Mai 1872 konnte endlich der Grundstein gelegt werden, und zwar durch den reformierten Rabbiner Eliezer Elijah (Lazar Elias) Igel gemeinsam mit dem christlich-orthodoxen Metropolitan Eugen (Jefgen) Hakmann. Wie sich auch durch Hilfeleistungen des Bischofs bei Bedrohungen zeigte, waren die Beziehungen zwischen der reformierten jüdischen Gemeinde und dem christlich-orthodoxen Bistum eng und tragfähig.

Nach den Plänen des Lemberger Architekten Julian Zachariewicz entstand bis 1878 der neo-maurische

zum Kino »Zhovten« (»Oktober«), der die Reste jüdischer Tradition hinter Beton versteckte. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine bekam das Kino den Namen »Chernivci« (»Czernowitz«).

Chewra Tehillim Synagoge (Synagogengasse 31, A. Барбюса/Barbjusa 23). Alternative Namen/Schreibweisen: Chewra, Hevra, Hewra, Khevra, Khewra, Tehilim, Theilim, Telim, Tihillim, Tihilim, Tilim.

Unweit der Großen Synagoge entstand Anfang des 19. Jahrhunderts die Chewra Tehillim (wörtlich: »Bruderschaft der Psalmen«)-Synagoge. Diese Gemeinschaft der Psalm-Vorleser wollte das Gebet nach außen tragen, besonders zu denen, die nicht mehr in den Got-



Tempel, der bis in die Zwischenkriegszeit eines der beliebtesten Postkarten-Motive war. Im Zuge der Rumänisierung wurde der Tempel 1938 enteignet und im sogenannten »Russenjahr« 1940 geschlossen. Offensichtlich stellte er als Sitz des reformierten, stark am Deutschtum akkulturierten und wirtschaftlich erfolgreichen Teils der Gemeinde ein Symbol der Werte dar, die von den Sowjets abgelehnt wurden. Nach der Rückeroberung der Bukowina durch Rumänen und Deutsche setzte die Einsatzgruppe den »Tempel« in Brand: das gesamte Interieur verbrannte und die Kuppel stürzte ein. 1956 wurde die Sprengung angeordnet, sie scheiterte aber an den massiven Außenwänden. 1959 erfolgte der Umbau

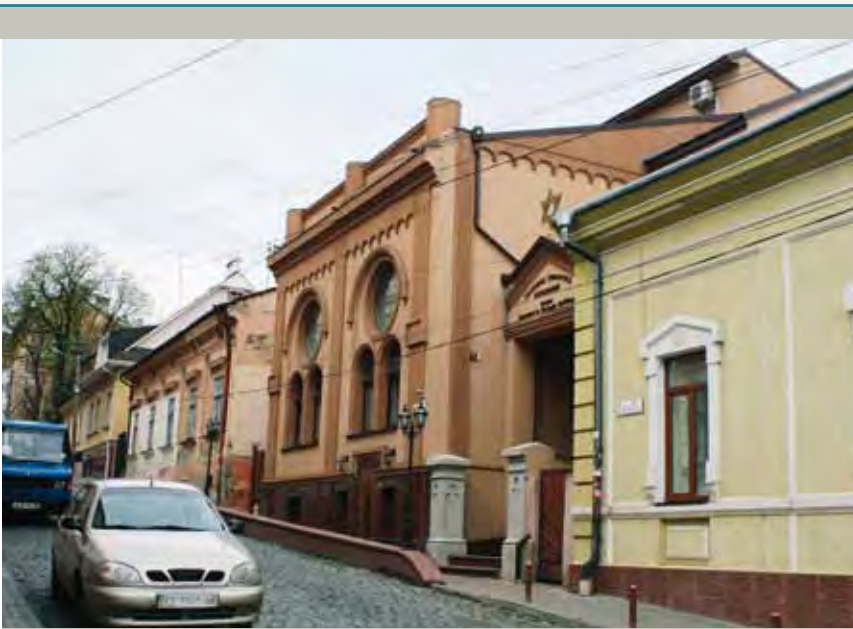
tesdienst kommen konnten, was auch die Lage neben Krankenhaus und Altersheim erklärt. Es ist außerdem davon auszugehen, dass diese Synagoge bis zur Errichtung des neuen jüdischen Friedhofs 1855 Sitz der Chewra Kadischa, der Bestattungsgesellschaft, war. Die Chewra Tehillim wurde wahrscheinlich schon 1940, spätestens jedoch mit der Errichtung des Ghettos, geschlossen. Sie wurde nicht wiedereröffnet und unmittelbar nach dem Krieg zu einem Lager umfunktioniert. Seit Mitte der 1990er Jahre ist sie die Kirche einer evangelikalen Gemeinde. Im Zuge des Stadtjubiläums 2008 wurde sie außen renoviert.

Benjamin-Synagoge (Razboiene 33, Л. Кобилиці/L. Kobylyzi 53). Alternative Namen: Bejt Tfila Benjamin, Benjamin-Kloiz, Schapiro-Synagoge, kleine Synagoge.

1923 errichtete die Familie Benjamin Schapiro am Rande der alten Stadt die Benjamin-Synagoge. Sie wirkt von außen relativ unscheinbar, hat aber einige Besonderheiten: Die farbigen Wandmalereien zu biblischen Szenen gelten als herausragendes Beispiel der osteuropäischen jüdischen Kunst. Eine Tafel an der Fassade würdigt 1938 zum 15-jährigen Jubiläum des Hauses die Spenderfamilie und verdienstvolle Gemeindemitglieder, bemerkenswerter Weise auf Hochdeutsch, jedoch in hebräischen Buchstaben transkribiert. Die Benjamin-Synagoge war die erste, die nach dem Krieg wieder

Mordko und Taubi Korn Synagoge (St. Nikolausgasse 7, Садовського/Sadovskoho 11). Alternative Namen/Schreibweisen: Mordok, Mordachai, Mordechai, Taube, Kron, Bethaus Synagoge.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts errichtete die Familie Korn in der St. Nikolausgasse ein Steinhaus, das ursprünglich nur straßenseitig einen Betraum enthielt. Die philanthropischen Korn, die mit mehreren Branntweinbrennereien und Großgrundbesitz im Czernowitzer Umland zu Reichtum gekommen waren, gestalteten das Gebäude Ende des 19. Jahrhunderts zu einer neo-romanischen Synagoge um. Sie war bis zur Einrichtung des Ghettos geöffnet. Nach dem Krieg wurde sie nicht mehr als Synagoge genutzt; Raumgestaltung und Interi-



Vor, während und nach der Renovierung: Mordko und Taubi Korn Synagoge
© Benjamin Grilj

eröffnet wurde. Nachdem 1959 die Große Synagoge geschlossen worden war, war die Benjamin-Synagoge bis 2012 die einzige funktionierende Synagoge der Stadt. Rabbi Koufmansky, der Haupt-Rabbiner der Bukowinaer Juden, glaubt, dass das unscheinbare Äußere der Grund dafür gewesen sei. Da sich jedoch in Sichtweite sowohl ein Gebäude des NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) als auch eine Polizeikaserne befanden, scheint diese Begründung eher unwahrscheinlich. Die Benjamin-Synagoge entspricht nicht mehr der ursprünglichen Planung, weil die Frauen-Galerie entfernt wurde. Sie ist aber bis heute aktiv.

eur wurden mit der vorübergehenden Verwendung als Transformator-Haus zerstört. Das von der Stadt bis knapp vor der Jahrtausendwende für Büro Zwecke verwendete Gebäude verfiel danach ungenutzt binnen kürzester Zeit: Dach und Wände stürzten ein. Schließlich überließ die Stadtverwaltung die Ruine der jüdischen Gemeinde, die 2011–2012 eine neue Synagoge mit Cheder und Kulturzentrum errichtete. Die feierliche Eröffnung wurde schließlich zweimal zelebriert: einmal vom Haupt-Rabbiner der Bukowinaer Juden, Rabbi Koufmansky aus der Benjamin-Synagoge, und einmal vom neuem Hausherrn, dem Haupt-Rabbiner der Czernowitzer Juden Rabbi Mendel Glizenstein.

Beit Ares (Mickiewiczgasse 6, Міцкевича/Мізкевичуца 8). Alternative Namen/Schreibweisen: Bejt, Beyt, Beth, Ares, Aries, Aros, Haroe, Choral Synagoge, Choir Synagoge, Alte Chorschule, Khor Schil.

Zwischen 1900 und 1905 wurde in der Mickiewiczgasse die Beit Ares Synagoge errichtet, die vor allem durch ihre Akustik glänzte. Die Gestaltung von Fassade und Innenraum wurde in den ersten Jahren mehrfach geändert. Hier gründete sich 1907 der angeblich erste jüdische Chorverein Europas, der zur Blütezeit aus bis zu 100 Männern bestand und Konzerte in ganz Europa gab. Vermutlich mit der Errichtung des Ghettos stellte die Beit Ares den Betrieb ein. Paul Celan versteckte sich hier während der Deportation seiner Eltern nach Transnistrien 1942, er beschreibt die Synagoge als Seifen- oder Kosmetikfabrik.¹⁰ 1944 erfolgte die Wiedereröffnung, doch war sie nur bis 1952 in Betrieb. Nach einer kurzen Phase als Lagerhaus wurde die Beit Ares Heimat des Box-Clubs Avantgarde, was sie bis heute ist. Die Fassade wurde im Zuge des Stadtjubiläums 2008 erneuert.

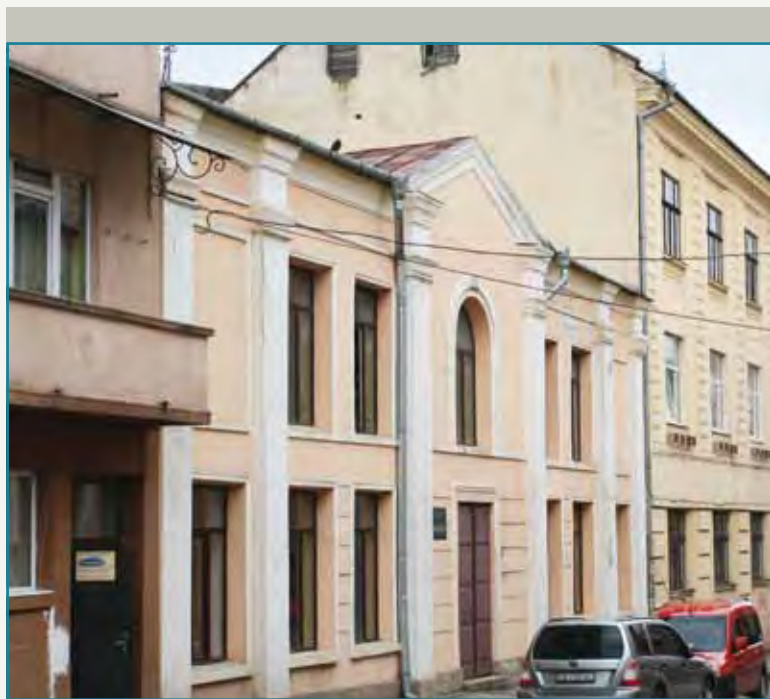
Bojaner Synagoge (Str. Серна 4, Симовича/Сумовичуца 19). Alternative Namen/Schreibweisen: Bojany Shul, Friedmann-Synagoge.

Das Wohnhaus und die Synagoge des Rabbiners von Bojan, Menachem Nachum Friedmann, einem Nachfolger des Wunderrabbi von Sadagora, wurde erst in den späten 1920er Jahren errichtet. Für das Wohnhaus wurden architektonische Anleihen beim rumänischen Futurismus genommen, während die Synagoge neo-romanisch ist. Sie wurde im Krieg geschlossen – ob unter den Rumänen oder den Sowjets ist unklar, vermutlich aber bereits unter ersteren, weil die Umland-Gemeinden einem wesentlich höheren Verfolgungsdruck ausgesetzt waren. Nach dem Krieg wurde sie in ein Bürogebäude der Stadtverwaltung umgewandelt. Wie viele ehemalige jüdische Gebäude ging die Bojaner Synagoge in den Besitz der Medizinischen Universität über und wurde als Labor genutzt. Heute ist sie ein Verwaltungsgebäude derselben.

Aron und Frida Goldfrucht Synagoge (Kluggasse 5, П. Мирного/Мурного 6). Alternative Namen/Schreibweisen: Aaron, Aron Isaac, Aron Isac, Aron Izik, Aron Jzik, Frieda, Friederike, Goldfrucht Bethaus.

Aron Isak Goldfrucht war ein streitbarer Czernowitzer Großhändler, der in der Kultusgemeinde sehr aktiv war und unterschiedlichste Sozialprojekte unterstützte. Bei der Spaltung der Gemeinde war er einer der prominentesten Vertreter des orthodoxen Flügels und

bemühte sich nach Kräften um den Bau einer neuen Synagoge. Goldfrucht suchte dafür ein Grundstück in unmittelbarer Nähe zu seinem Wohnhaus und führte deswegen einen Rechtsstreit gegen die »Societate pentru cultura și literatura Română in Bucovina« um eine Liegenschaft am Ferdinandsplatz, den er verlor. Ein Jahr später erwarb er die Parzelle in der Kluggasse 5, wo er zwischen 1900 und 1904 die Goldfrucht-Synagoge errichten ließ. Sie war bis 1941 in Betrieb, wurde nach dem Krieg wiedereröffnet, 1953 aber wieder geschlossen. Seitdem befindet sich in dem Gebäude eine Musikschule. Bis auf die Fassadengestaltung erinnert nichts mehr an die ursprüngliche Funktion.



Beit Itzik Synagoge (Stefan Wolf-Gasse 1, Братів Руснаків/Brativ Rusnakiv 3). Alternative Namen/Schreibweisen: Bais, Beis, Bejt, Beyt, Itchik, Itzig, Izik, Jizach, Itzak, Izig, Bais Bethaus, Beit, Beyt, Bejt.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in diesem Bereich der Stadt vor allem militärische Infrastruktur ausgebaut, darunter auch das Gebäude der Landwehr-Kanzlei. Nach der Fertigstellung der Landwehr-Kaserne in der Russischen Gasse übersiedelte die Kanzlei in den Neubau. Das leerstehende Gebäude erwarb ein zionistischer Verein und gestaltete die Fassade und den Innenraum um. Im Zuge des Zweiten Weltkriegs wurde das Gebäude völlig zerstört, wobei heute unklar ist, wer dafür verantwortlich



Oben links und unten
rechts: Bojaner-Synagoge
© Benjamin Grilj

Unten links und Mitte:
Beit Ares © Benjamin Grilj



war. Da keine umliegenden Gebäude der geschlossenen Blockbauweise zerstört wurden, ist ein Bombentreffer durch Flugzeuge oder Artillerie eher unwahrscheinlich. Vermutlich wurde die Beit Itzik angezündet. Erst in den 1970er Jahren wurde die Baulücke geschlossen. Seitdem befindet sich hier der regionale Radio- und Fernsehsender der Bukowina.

Beit Israel Axelrad Synagoge (Russische Gasse 57, Руска/Ruska 53). Alternative Namen/Schreibweisen: Beit, Beyt, Jsrael, Akselrad, Akselrod, Axelrod.

Emanuel und Fanny Axelrad waren Großhändler aus Storozhynetz. Emanuel betrieb ursprünglich ein Holz-

geschäft, kam allerdings mit seiner um 1900 in Putna errichteten Zementfabrik zu Reichtum. Er war einer der größten Unterstützer der jüdischen Landgemeinden der Bukowina und finanzierte neben vielem anderen die Talmud-Thora-Schule in Radautz und eine Synagoge in Kotzmann. In Radautz, wo die Familie lebte, war er Kultusrat und Präsident der Kultusgemeinde.

Für den Radautzer Ortsrabbiner Itzik (Yitzak) Israel Kunststadt errichtete er 1907 in der Russischen Gasse ein Stadthaus, das aber stetig ausgebaut wurde: anfangs wurde ein Betraum, dann ein Cheder eingerichtet und schließlich wurde das gesamte Gebäude zu einer Synagoge umkonstruiert und der Wohnbereich in einen

Zubau disloziert. Im Gegensatz zu den anderen Synagogen, die durch ihre imposante Fassadengestaltung hervorstachen, fiel und fällt die Axelrad-Synagoge neben der angrenzenden Kaserne nicht auf. Obwohl Privatbesitz, wurde sie 1938 geschlossen, war im »Russenjahr« allerdings geöffnet und wurde unmittelbar nach der Rückeroberung durch die Rumänen wieder geschlossen. Mit der Befreiung durch die Sowjets 1944 folgte die Wiedereröffnung. Die Axelrad-Synagoge hatte den gesamten Osten der Stadt als Einzugsgebiet. Vor 1953 wurde sie geschlossen und umgebaut. Seitdem ist sie eine Berufsschule.



Synagoge, die in der Zwischenzeit aufgestockt worden war. Außerdem berichtet eine Zeitung von der Gründung des Krankenunterstützungsverein »Bikur Choilim« (wörtlich: »Krankenbesuch«) an dieser Adresse gegenüber dem jüdischen Altersheim. Einer der wesentlichen Finanziers dieses Vereins war der erwähnte Aron Goldfrucht.

Die Beit Aron wurde im »Russenjahr« 1940 geschlossen und stand bis Kriegsende leer. Von 1944 bis 1946 nahm sie den Betrieb wieder auf und wurde dann endgültig gesperrt. Im Zuge der sowjetischen Kollektivierung ging sie in den Besitz der Stadt über und ist seitdem ein Wohnhaus. □



Beit Aron (Kuczurmärerstraße 21, Червонармійська/Chervonarmijska – Героїв Майдану/Heroi Maydan 33).

Die Geschichte der Beit Aron Synagoge ist bis heute nicht eindeutig zu klären. Sie kann frühestens 1885 entstanden sein, weil dieses Viertel zuvor militärische Sperrzone war. 1887 besuchte Kronprinz Rudolf die Stadt. Die Berichte davon erwähnen die Lampen einer einstöckigen Synagoge an der Adresse der Beit Aron. 1890 stritt an diesem Ort ein polnischer Steinhändler mit dem Magistrat um eine Schotterlieferung und ließ diese aus Wut, wie es im betreffenden Gemeinderatsprotokoll heißt, vor einer zweistöckigen Synagoge liegen. Wahrscheinlich handelte es sich also um dieselbe

Anmerkungen

- 1 Raimund Friedrich Kaindl, *Das Ansiedelungswesen in der Bukowina seit der Besitzergreifung durch Österreich*. Czernowitz 1902, S. 157. Die Zitate aus den Zwischentiteln stammen aus folgenden Werken: Harnik und Benzer wurden Gaby Coldewey et al. (Hg.), *Zwischen Jordan und Pruth. Lebenserinnerungen Czernowitzer Juden*. Köln-Weimar-Wien 2003, S. 9 und 26 entnommen. Rose Ausländer stammt aus Dies., *Wir ziehen mit den dunklen Flüssen. Gedichte 1924–1947*. Frankfurt/Main 1993, S. 143, Paul Celan aus Ders., *Von Schwelle zu Schwelle*. Frankfurt/Main 2002, S. 112, Andree aus Helmuth Braun, *Czernowitz. Geschichte einer untergegangenen Kulturmetropole*. München 2005, S. 150.
- 2 Mariana Hausleitner, *Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Grossrumäniens 1918–1944*. München 2001, S. 116.
- 3 Zvi Yavetz, *Erinnerungen an Czernowitz: Wo Menschen und Bücher lebten*. München 2007, S. 76.



Linke Seite, links: Aron und Frida Goldfrucht Synagoge © Benjamin Grilj

Linke Seite, rechts: Beit Israel Axelrad Synagoge © Benjamin Grilj

Rechte Seite, oben: Beit Aron © Benjamin Grilj

Rechte Seite, unten: Beit Itzik Synagoge © Benjamin Grilj



- 4 Coldewey et al. (Hg.), *Zwischen Jordan und Pruth*, S. 35.
- 5 Als Datumsangabe finden sich sowohl der 5. als auch der 9. Juli. Da Rabbiner Mark nach seiner Verhaftung noch mehrere Tage im Keller des Hotels »Schwarzer Adler« gefoltert wurde, ist der spätere Termin wahrscheinlicher. Vgl. Mathias Carp, *Carta Negra. Suferintele evreilor din Romania 1940–1944*, Bd. III. Bukarest 1948, S. 33–35.
- 6 Chernivezkij Oblasnij Derzhavnij Archiv (i.F. DACO): F 15/O1/Ed19282/62.
- 7 Liviu Cărare, *Concluziile Comisiei de anchetă pentru »Cercetarea neregulilor săvârșite cu ocazia evacuării evreilor din Cernăuți« (1941)*. In: *Anuarul Institutului de Istorie »G. Barițiu«* 2011, S. 252.
- 8 Svitlana Frunchak, *The Making Of Soviet Chernivtsi. National »Reunification«, World War II and the Fate of Jewish Czernowitz in Postwar Ukraine*. Toronto 2014, S. 356f.
- 9 DACO, F 623/2/1/1–15.
- 10 John Felstiner, *Paul Celan. Poet, Survivor, Jew*. New Haven 1995, S. 14.

Literatur

- Wolfgang Benz et al. (Hg.), *Holocaust an der Peripherie. Judenpolitik und Judenmord in Rumänien und Transnistrien 1940–1944*. Berlin 2009.
- Andrei Corbea-Hoisie, *Jüdisches Städtebild: Czernowitz*. Frankfurt 1998.
- Simon Geissbühler, *Blutiger Juli. Rumäniens Vernichtungskrieg und der rumänische Massenmord an den Juden 1941*. Paderborn 2013.
- Benjamin Grilj (Hg.), *Schwarze Milch. Zurückgehaltene Briefe aus den Todeslagern Transnistriens*. Innsbruck-Wien-Bozen 2013.
- Gaby Coldewey et al. (Hg.), *Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtodt. Überlebende berichten*. Berlin-Czernowitz 1998.

inhalt

Sabine Hödl	Editorial	1
Philipp Mettauer	Strafsache Novemberpogrom Der Fall St. Pölten 1946–1952	2
Christoph Lind	»Wer kann den Judentempel brauchen?« Die St. Pöltner Synagoge nach 1945	12
Georg Traska	Der zerstörte Turnertempel in Wien und das Gedächtnis seines Ortes	26
Gerald Lamprecht	Erinnerungszeichen – Bethaus – Lernort? Die wiedererrichtete Grazer Synagoge	36
Martha Keil	Ein Grabstein für Ilona Schwartz Die Steinsetzung für 228 Opfer des Massakers von Hofamt Priel	43
Katrin Keßler, Ulrich Knufinke	Religiöse Bauwerke jüdischer Gemeinschaften als Orte der sakralen Topographie	46
Rebekka Denz	Die »Judenschul« im Dorf Vom Umgang mit Spuren jüdischen Lebens in Unterfranken	56
Katharina Friedla	»Wir wollen, dass unsere Gebetshäuser wieder belebt werden...« Die Synagogen in Breslau und Krakau	64
Benjamin Grilj	Synagogen in Czernowitz Die Zerstörung Jerusalems am Pruth	72

Impressum: Juden in Mitteleuropa. Erscheint jährlich. Zweck: Information über jüdische Geschichte und Kultur. Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Institut für jüdische Geschichte Österreichs, Dr. Karl Renner-Promenade 22, A-3100 St. Pölten, Tel.: +43-2742-77171-0, Fax: DW-15, office@injoest.ac.at, www.injoest.ac.at. Chefredaktion und PR-Verwaltung: Dr. Sabine Hödl. Gestaltung: Renate Stockreiter. Lithographie: pixelstorm. Druck: rema print.

© Institut für jüdische Geschichte Österreichs. Alle Rechte vorbehalten. Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht in allen Fällen gelungen, die Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen. Bitte wenden Sie sich zwecks Abgeltung allfälliger Ansprüche an das Institut für jüdische Geschichte Österreichs.

Wir danken dem Bundeskanzleramt, der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland, der Erzdiözese Wien, der Diözese St. Pölten und der Mondi Neusiedler GmbH für die Unterstützung der Zeitschrift.